



II- 4917 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER
Zl.353.100/21-III/4/79

Wien, am 13. März 1979

An den

Präsidenten
des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament
1017 W i e n

2279/AB
1979 -03- 13
zu 2299/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat THALHAMMER, Dr. EYPELTAUER, RADINGER und Genossen haben am 24. Jänner 1979 (eingelangt im Bundeskanzleramt am 26. Jänner 1979) unter der Nr.2299/J an die Bundesregierung eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Maßnahmen für Oberösterreich während der laufenden Gesetzgebungsperiode gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Ist die Bundesregierung im Rahmen der Beantwortung dieser Anfrage bereit, eine Zusammenstellung der Leistungen vorzulegen, die vom Bund für das Bundesland Oberösterreich bisher während dieser Legislaturperiode erbracht wurden und die bis zum Ende dieser Legislaturperiode geplant sind?"

Ich beehre mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten.

Der Übersicht halber erlaube ich mir, die Maßnahmen der Bundesregierung die für das Bundesland Oberösterreich von Bedeutung sind, nach den einzelnen Ressorts getrennt darzustellen.

Im Hinblick auf den außergewöhnlichen Umfang der gegenständlichen Anfragebeantwortung sowie wegen der Vielzahl anderer gleichzeitig an die Bundesregierung gerichteter Anfragen wurden aus verwaltungsökonomischen Überlegungen zum Teil Abdrucke verwendet. Ich darf für diese Vorgangsweise um Verständnis ersuchen.

- 1 -

Bundeskanzleramt

Von den in den Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramtes für das Bundesland Oberösterreich fallenden Maßnahmen sind folgende hervorzuheben:

Förderungsmaßnahmen des Bundes in der laufenden Legislaturperiode im Rahmen des ERP-Verfahrens der Zinsenstützungsaktionen der Sonderkreditaktion und Kommunaldarlehen

a) ERP-Kredite (in 1000 S)

Sektor	Anzahl der Kredite	Kreditbetrag	Gesamtinvestitionen	neue Arbeitsplätze
<u>ERP-Mittel</u>				
Energie	2	90,0	959,5	-
Industrie Gewerbe, u. Handel	71	535,6	4.222,4	199
Grenzland	9	27,3	88,0	149
Land- und Forstwirtschaft	68	150,9	287,9	-
Fremdenverkehr	22	74,0	194,2	-
Verkehr	3	29,0	175,3	-
Summe ERP	175	906,8	5.927,3	348
=====				

- 2 -

b) Sonderaktionen (in 1.000 S)

	Anzahl der Kredite	Kredit- betrag	Gesamtin- vestitionen	neue Arbeits- plätze
<u>Zinsensstützung I 1975</u>				
Industrie	11	237,2	853,1	-
Landwirtschaft	11	6,4	12,7	-
Verkehr	1	1,5	3,0	-
<u>Sonderkredit- aktion 1976</u>				
Industrie	3	81,0	1.278,1	-
Landwirtschaft	17	29,5	45,2	-
Fremdenverkehr	10	30,7	87,3	-
<u>ERP-Ersatzaktion 1978</u>				
Industrie	3	49,0	384,6	21
<u>Zinsensstützung d. Bundesreg. 1978</u>				
Industrie	29	734,8	1.176,6	474
Summe Sonder- aktion	85	1.170,1	3.840,6	495
=====				

Gemäß den Bestimmungen des ERP-Gesetzes ist eine Angabe über die im einzelnen geförderten Betriebe nicht zulässig.

Insgesamt wurden somit 260 Kredite mit einem Kreditbetrag von 2,07 Mrd. S bewilligt, wodurch Gesamtinvestitionen von 9,8 Mrd.S ermöglicht und 843 neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind.

c) Kommunaldarlehen

Während der Jahre 1975 bis 1978 wurden für das Bundesland Ober-österreich von der vom Bund unterstützten Österreichischen Kommunalkredit AG insgesamt neun Kommunaldarlehen mit einer Gesamtsumme von 121,35 Mio. S bewilligt. Die Darlehenshöhe lag bei zwei Projekten unter 5 Mio. S, bei fünf Projekten zwischen 5 und 10 Mio. S und bei zwei Projekten über 20 Mio.S.

- 3 -

Aktivitäten der Raumplanung

Hinsichtlich der grundsätzlichen Orientierung der regionalen Strukturpolitik hat die Bundesregierung der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme immer besondere Beachtung geschenkt.

Die regionale Entwicklungspolitik war und ist auf die Zielsetzung der Anhebung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungsstandes zum Zwecke der Schaffung von annähernd gleichen Erwerbs- und Lebensbedingungen in allen Siedlungsgebieten ausgerichtet.

a) Regionalprogramm Hausruckbergbaugebiet:

Zur zeitgerechten Vorsorge für Ersatzarbeitsplätze für die in den Jahren 1982/83 bzw. 1985 ausgekohlten Bergbaue der WTK AG hat die Bundesregierung folgende Maßnahmen getroffen.

- Erarbeitung von Grundlagen für ein regionales Entwicklungsprogramm für das Hausruckgebiet (vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebene Studie über "Wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten des Kohlenbergbaugebietes Hausruckviertel", 1977).
- Bereitstellung von Mittel aus dem "ERP-Sonderprogramm zur Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen im Kohlenbergbaugebiet Wolfsegg mit dem Nahpendelbereich Vöcklabruck, Grieskirchen und Ried i.T." (Ministerratsbeschuß vom 25. April 1978) und aus der Zinsenstützungsaktion der Bundesregierung.
- Errichtung einer "Entwicklungsgesellschaft Hausruck Ges.m.b.H." (50 % Bund, 30 % Land Oberösterreich, 10 % ÖIAG, weiters sind die 12 Hausruckgemeinden, die AK und HK Oberösterreich mit zusammen 10 % beteiligt), deren Aufgabe es sein wird, konkrete Förderungsprojekte der Betriebsansiedlung und -erweiterung sowie der Strukturverbesserung vorzubereiten und durchzuführen (Errichtung des Gesellschaftsvertrages am 21. Dezember 1978).

b) Förderungsmaßnahmen des Bundes für die Oberösterreichischen Grenzgebiete gegenüber der CSSR.

- 4 -

Das 1976 von der Bundesregierung beschlossene Programm von Förderungsmaßnahmen des Bundes für die Grenzgebiete gegenüber der CSSR steht in Durchführung und soll in nächster Zeit im Zuge von Verhandlungen mit der Oberösterreichischen Landesregierung aktualisiert werden.

3. Verstaatlichte Industrie

Bezüglich der in Oberösterreich gelegenen Unternehmen betreffend Betriebsstätten darf im einzelnen bemerkt werden:

Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG

Das Unternehmen erzielte 1978 einen Umsatz (vorläufig) von 2.415,7 Mio S was gegenüber 1975 (1.399,5 Mio S) eine beträchtliche Steigerung bedeutet. Der Beschäftigtenstand konnte dabei im wesentlichen stabil gehalten werden.

In den Aluminiumwerken Ranshofen werden 1979 weitere Rationalisierungen durchgeführt. Als wesentlichste Investitionen sind der Ersatz des seit 30 Jahren in Verwendung stehenden Warmduos durch ein modernes Gerüst im Walzwerk und der Ausbau der Umschmelzkapazität in der Gießerei zu nennen. Die Marktbearbeitung im Inland und Ausland wird weiter intensiviert. Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit in Richtung auf eine verstärkte Anwendung von Aluminium, z. B. im Verkehr und im Bauwesen, wird weitergeführt.

VÖEST-ALPINE AG

Der genannte Zeitraum ist gekennzeichnet durch die weltweite Krisensituation der Eisen- und Stahlindustrie, deren nachhaltige Beeinflussung sich auch der VA-Konzern nicht entziehen konnte. In den meisten Fällen gelang es jedoch, durch rechtzeitige Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen große Einbrüche zu vermeiden.

- 5 -

Trotz der bekannten Krisensituation ist es gelungen, den Umsatz von 1975 im folgenden Jahr erheblich anzuheben und bis 1978 mit vorläufig rund 24,67 Mrd S im großen und ganzen auf diesem hohen Niveau zu stabilisieren.

Der Personalstand konnte auf Grund einer Verlagerung der Geschäftstätigkeit zur Finalindustrie (Industrieanlagenbau) trotz der schwierigen Lage im wesentlichen gehalten werden.

Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG

Das Unternehmen schloß im Jahre 1978 mit einer Gesamtförderung an Kohle von 610.389, to, was gegenüber dem Betriebsplan eine Mehrförderung von 22.389 to ergibt. Der Beschäftigtenstand wurde im abgelaufenen Jahr mit 841 Mann ausgewiesen und ist damit nur unwesentlich geringer als 1975. Die Investitionstätigkeit beschränkt sich im wesentlichen auf Ersatzinvestitionen zur Aufrechterhaltung der Betriebe. Zufolge der unbefriedigenden Erlössituation, die insbesondere durch die nicht kostendeckende Kraftwerkskohle bedingt ist, hat in den vergangenen Jahren eine erhebliche Zuführung aus Mitteln der Bergbauförderung in der Höhe von insgesamt 161 Mio. S zur Sicherung der Liquidität erfolgen müssen. Für den Zeitpunkt der Auskohlung der Bergbaubetriebe wurde das bereits vorerwähnte regionale Entwicklungsprogramm für das Hausruckbergbaugebiet erstellt.

ÖMV Aktiengesellschaft

Das Unternehmen betreibt in Piberbach einen Erdöl-Förderbetrieb. Die in den letzten Jahren durchgeführten Investitionen betreffen im wesentlichen den Ausbau der Erdölförder- und Abwassereinrichtungen sowie den Anschluß, die Ausrüstung und die Inbetriebnahme neuer Erdölsonden in Oberösterreich.

- 6 -

Mit der Fertigstellung der West-Austria-Gasleitung (WAG) wird sich die Erdgasversorgung Oberösterreich weiter verbessern.

Elin-Union AG

Das Unternehmen verfügt in Linz über ein eigenes Vertriebsbüro, das sowohl über Produkte aus dem eigenen Erzeugungsprogramm verfügt, als auch fremde Erzeugnisse absetzt. Darüber hinaus werden mit Hilfe ihrer Montagekapazität kleinere elektrische Anlagen installiert.

Chemie-Linz AG

Das Unternehmen ist in Oberösterreich mit dem Hauptsitz in Linz, dem Werk Enns und dem Außenbetrieb "Leifa" in Neumarkt vertreten. Für 1978 konnte mit Erzeugnissen aus diesen Betriebsstätten ein Umsatz von rund 7 Mrd. S erzielt werden. Der Beschäftigtenstand betrug rund 7.300 Dienstnehmer. An Investitionen wurden seit 1975 insgesamt 3.041 Mio. S getätigt.

Für 1979 ist eine Weiterführung der konsequenten Ausweitung der weltweiten Exporte vorgesehen.

- 7 -

Familienberatung

Gemäß dem Familienberatungsförderungsgesetz BGBl. Nr. 80/1974 hat der Bund die von verschiedenen Rechtsträgern durchgeführte Familienberatung zu fördern. In welchem Ausmaß dies im Bereich des Bundeslandes Oberösterreich geschehen ist, möge der beiliegenden Tabelle entnommen werden.

Außerdem liegt eine Zusammenstellung bei, aus der die vom Bund aus Mitteln des Ausgleichfonds für Familienbeihilfen erbrachten Leistungen ersichtlich sind. Schließlich wird auf die Auswirkungen der Koordinationstätigkeit des Bundeskanzleramtes auf dem Gebiete des EDV-Einsatzes hingewiesen: Sie wirkt zwar grundsätzlich auf die einzelnen Bundesländer nur mittelbar, doch besteht im Bereich des höheren Schulwesens insofern eine Ausnahme als das Bundesministerium für Unterricht und Kunst im Zusammenwirken mit dem Bundeskanzleramt ein EDV-Konzept ausgearbeitet hat. Gemäß diesem Konzept sind am Akademischen Gymnasium in Linz sowie an den Bundeshandelsakademien und Bundeshandelsschulen Wels, Braunau am Inn und Vöcklabruck Kleinrechenanlagen installiert. Darüber hinaus erfolgt eine Kooperation mit dem Interfakultären Rechenzentrum der Universität Linz, wodurch die Schulen Rechenkapazität des Hochschulrechners in Anspruch nehmen können.

Das Bundeskanzleramt ist seit dem Inkrafttreten des Bundesministeriengesetzes 1973 auch für die Koordination in Angelegenheiten der Umfassenden Landesverteidigung zuständig. Da es sich hierbei um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt, erscheint es mir nicht erforderlich bei der Anfragebeantwortung auf ein einzelnes Bundesland darauf einzugehen, da sich die Maßnahmen nur mittelbar auswirken.

Familienberatungsstellen im Bundesland OÖ.

Klienten und Aufwand der Jahre 1975, 1976, 1977 und 1.-3.Quartal 1978

Rechtsträger/ Beratungsstelle	1975		1976			1977			1.-3.Quartal 1978		
	Klienten:	Aufwand:	Klienten:	Beratungen:	Aufwand:	Klienten:	Beratungen:	Aufwand:	Klienten:	Beratungen:	Aufwand:
<u>Land:</u>											
Gmunden	140	24.560,--	199	180	24.656,--	250	232	27.962,--	189	185	41.600,--
Linz	805	46.300,--	986	992	59.650,50	970	970	65.777,--	645	645	48.075,--
Ried/Innkreis	128	72.220,--	199	210	74.060,--	138	138	66.354,--	141	141	47.150,--
Steyr	275	93.660,--	465	483	131.468,--	669	685	138.694,--	493	503	98.575,--
Vöcklabruck	169	45.080,--	221	292	62.157,50	295	376	70.808,50	241	286	53.587,50
Wels	287	46.310,--	400	476	49.703,--	621	705	62.674,--	390	468	50.825,--
<u>Magistrat:</u>											
Linz	993	130.519,93	914	3.091	157.825,21	976	3.455	166.745,70	602	2.752	129.030,32
<u>Diözese:</u>											
Linz	456	137.736,--	562	979	175.351,20	852	1.511	266.078,--	652	1.130	202.523,--
Grieskirchen	----	-----	----	----	-----	3	5	5.628,--	55	81	46.010,--
St.Georgen/Gusen	----	-----	----	----	-----	3	5	5.628,--	55	81	46.010,--
<u>Verein "Aktion Familie":</u>											
Wels	----	-----	56	45	48.850,--	104	95	65.050,--	237	205	51.600,--
<u>OÖ. Jugendcenter-Unterstützungsverein:</u>											
Linz	----	-----	----	----	-----	37	68	43.000,--	123	193	73.640,--
<u>Stadtgemeinde</u>											
Braunau	----	-----	----	----	-----	108	108	38.940,--	214	214	96.052,--
Die Berichte für das 4. Quartal 1978 stehen noch nicht zur Verfügung.											

- 9 -

Die Leistungen aus den Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen haben im Bundesland Oberösterreich betragen:

<u>für Familienbeihilfen</u>	in Mio.S (1 Dez.St.)
1.10.75 - 31.12.1975	483'7
1. 1.76 - 31.12.1976	2.049'4
1. 1.77 - 31.12.1977	2.374'4
1. 1.78 - 31.12.1978	3.587'2
1. 1.79 - +)	+))

Die Steigerung des Aufwandes für Familienbeihilfen im Jahre 1978 gegenüber 1977 ergibt sich aus der Umwandlung des Kinderabsetzbetrages in eine direkte Geldbeihilfe, die gemeinsam mit der Familienbeihilfe ausbezahlt wird.

<u>für Geburtenbeihilfe</u>	
1.10.75 - 31.12.1975	59'4
1. 1.76 - 31.12.1976	245'0
1. 1.77 - 31.12.1977	241'0
1. 1.78 - 31.12.1978	237'3
1. 1.79 - +)	+))

<u>für Schulfahrtbeihilfe und Schülerfreifahrten</u>	
1.10.75 - 31.12.1975	66'9
1. 1.76 - 31.12.1976	299'8
1. 1.77 - 31.12.1977	331'6
1. 1.78 - 31.12.1978	343'9
1. 1.79 - +)	+))

<u>für Schulbücher</u>	
1.10.75 - 31.12.1975	40'2
1. 1.76 - 31.12.1976	160'0
1. 1.77 - 31.12.1977	173'8
1. 1.78 - 31.12.1978	175'8
1. 1.79 - +)	+))

+) Die Weiterführung dieser Leistungen u. Maßnahmen ist ebenso für die Zeit ab 1. Jänner 1979 beabsichtigt. Daher wird der Aufwand für die Leistungen im Jahre 1979 pro Monat betragen (lt. BVA 1979):

in Mio.S (1 Dez.St.)

für Familienbeihilfen	349'5
für Geburtenbeihilfen	19'9
für Schulfahrtbeihilfen und Schülerfreifahrten	31'1
für Schulbücher	13'1

- 10 -

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Wenn auch bei der Tätigkeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten im allgemeinen gesamtösterreichische Interessen im Vordergrund stehen, so werden doch auch durch die Zentrale und die österreichischen Vertretungsbehörden Leistungen für die einzelnen Bundesländer und seine Bewohner erbracht.

In allen Fragen der Aussenpolitik, insbesondere im nachbarschaftlichen Bereich, die das Bundesland Oberösterreich tangieren, war das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten immer darum bemüht, den spezifischen Interessen Oberösterreichs soweit wie möglich Rechnung zu tragen.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und mit den Aussenhandelsstellen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft intensiv um eine Förderung der österreichischen Ausfuhren bemüht. Dies kommt nicht nur den einschlägigen Wirtschaftszweigen zugute, sondern stellt auch einen erheblichen Beitrag zur Sicherung der Arbeitskräfte dar, wie dies insbesondere für ein so hoch industrialisiertes Bundesland wie Oberösterreich von Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang darf vor allem die Reise des Herrn Bundesministers nach Mexiko, Venezuela und Trinidad und Tobago hervorgehoben werden, wie bereits zu einem konkreten Grossauftrag für die VÖEST-ALPINE geführt hat.

Für die oberösterreichische Landwirtschaft wären die intensiven und laufend unternommenen Interventionen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft) für eine liberalere Behandlung der österreichischen Agrar- und Viehexporte in die EG von Bedeutung.

Ferner ist die Bundesregierung laufend bemüht um eine liberalere Handhabung der Sonderbestimmungen im Freihandelsvertrag Österreich-EWG bzw. Österreich-EGKS betreffend die österreichischen Exporte von "sensiblen Produkten" (Stahl und Papier) in die EG zu erwirken. Weiters wären die Bemühungen des Bundesmini-

steriums für Auswärtige Angelegenheiten im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie um eine Verbesserung des Preisniveaus bei den wichtigsten Stahlprodukten (Abschluss eines Briefwechsels Österreich/EGKS im März 1978; Verlängerung für 1979 im Jänner 1979) zu erwähnen.

Schliesslich wären die Bemühungen um eine Finanzierungshilfe der EG für den beschleunigten Ausbau der Nord-West/Süd-Ost Transversale (Gastarbeiterroute). Aufgrund wiederholter österreichischer Vorstellungen in Brüssel haben die EG die Ausarbeitung einer detaillierten Studie zu dieser Frage in Angriff genommen, welche eine Entscheidungsgrundlage für die Gewährung einer derartigen Finanzierungshilfe sowie deren Höhe abgeben soll. Die Ergebnisse dieser Studie werden zur Zeit sowohl von den zuständigen österreichischen Stellen als auch von der EG-Kommission geprüft und Gegenstand von Expertengesprächen Anfang März d.J. sein.

Die seit mehreren Jahren laufenden Bemühungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Richtung auf eine stärkere Einbeziehung der österreichischen Wirtschaft in die Zusammenarbeit mit der UNIDO hat im Jahre 1978 zur erstmaligen Durchführung eines Workshop über die Erhaltung und den Betrieb von Kunstdüngerfabriken im Werk der Chemie-Linz AG geführt. Der von Angehörigen aus zehn Entwicklungsländern besuchte zweimonatige Lehrgang wurde aus Mitteln der öffentlichen Entwicklungshilfe sowie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft finanziert. Auf Grund des grossen Erfolges dieses Lehrganges ist eine Wiederholung im Jahr 1979 in Linz vorgesehen.

Eine nicht unwesentliche Nebenwirkung dieses Lehrganges ist die damit erzielte bessere Kenntnis des österreichischen Industrieanlagenbaus in den Entwicklungsländern.

Zurückgehend auf einen Besuch des Exekutivdirektors der UNIDO, Dr. Abd-El Rahman KHANE, im Werk Linz der VÖEST-Alpine Montan AG im Jahre 1976 wurde vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten gemeinsam mit der VÖEST-Alpine Montan AG ein Lehrgang für künftige Führungskräfte der Stahlindustrie aus den Entwicklungsländern vorbereitet und auf der zweiten UNIDO-Konsultations-

- 12 -

tagung über die Eisen- und Stahlindustrie (New Delhi, 15. bis 19. Jänner 1979) angekündigt. Auch dieser Lehrgang wird aus Mitteln der öffentlichen Entwicklungshilfe sowie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft finanziert und in Linz durchgeführt werden.

Weitere positive Auswirkungen auf die oberösterreichische Wirtschaft stellt die Einbeziehung der oberösterreichischen Plastikverarbeitungsindustrie in das Ausbildungsprogramm der alljährlich in Wien durchgeführten Plastik-Seminare für Angehörige der Entwicklungsländer dar. Auf diese Weise sind der oberösterreichischen Wirtschaft bereits Aufträge von beträchtlichem Umfang zugegangen.

Was den Einsatz von Oberösterreichern in internationalen Entwicklungshilfeprojekten betrifft, sei erwähnt, dass unter den in der Expertenkartei des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten gegenwärtig verzeichneten Experten 38 aus Oberösterreich aufscheinen, denen die Beschreibungen der für sie in Frage kommenden UN-Expertenposten laufend zur Verfügung gestellt werden. Von den Experten oberösterreichischer Herkunft haben bisher sieben durch Vermittlung des Expertenbüros Einsätze in diversen UN-Programmen absolviert.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten macht u.a. auch die Werbung um Touristen zu seinem Anliegen. So erhalten die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland regelmässig Material der österreichischen Fremdenverkehrswerbung über Oberösterreich, um mit Broschüren und anderen Publikationen für dieses Bundesland werben zu können. Diese Aktion ist besonders zielführend, weil die ausländischen Touristen schon vor Antritt ihrer Reise eine Information über ihren Urlaubsort erhalten können. Es gelangen Prospekte, Plakate, Illustrierte, Broschüren zur Verteilung. Zahlreiche Fremdenverkehrsfilme, die bei den österreichischen Vertretungsbehörden für die Öffentlichkeitsarbeit in Verwendung stehen, spielen zum Teil in Oberösterreich und werben damit für den oberösterreichischen Fremdenverkehr.

Die Beliebtheit des Bundeslandes Oberösterreich bei ausländischen Touristen hat in der Vergangenheit zu einem Ansteigen des Grunderwerbes durch Ausländer in diesem Bundesland geführt.

- 13 -

Soweit das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten Angelegenheiten des Grundverkehrs zu behandeln hat, werden auf die den Ländern zukommenden Kompetenzen auf diesem Gebiet im grösstmöglichen Umfang Rücksicht genommen. So wird die - von einem aussenpolitischen Standpunkt sehr wünschenswerte - Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens für Einzelpersonen erst jetzt vollzogen, wobei sichergestellt wird, dass den Interessen der Bundesländer entsprechend Rechnung getragen wird. Einem Ersuchen des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten im März 1978 folgend, haben auch die Bundesländer ihre Überlegungen hinsichtlich der anlässlich der Ratifikation des genannten Abkommens durch Österreich abzugebenden Vorbehalte bekanntgegeben. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten wird selbstverständlich danach trachten, diese Vorstellungen entsprechend zu berücksichtigen.

Auch im Bereich des Presse- und Informationswesens findet Oberösterreich bei der österreichischen Öffentlichkeitsarbeit im Ausland, soweit diese vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten betrieben wird, entsprechend Berücksichtigung. Die Dienste der ha. Abteilung Presse und Information werden auch sowohl von verschiedenen Stellen in Oberösterreich insbesondere von der Lokalpresse, als auch von ausländischen Journalisten, die über dieses Bundesland Informationen benötigen, in Anspruch genommen.

Ausländischen Journalisten wurde durch Kontakte mit dem oberösterreichischen Landespressediens die Möglichkeit geboten, auch dieses Bundesland zu besuchen. Dadurch war es möglich, bei Einladungen ausländischer Journalisten nach Österreich auch einen Presseniederschlag über die Leistungen Oberösterreichs in ausländischen Zeitungen zu erhalten. Im allgemeinen wird darauf geachtet, dass eine möglichst gleichmässige Streuung von Auslandsjournalistenbesuchen in den einzelnen Bundesländern erfolgt.

Zahlreiche ausländische Journalisten besuchten -insbesondere im Rahmen von Staatsbesuchen - die VÖEST. Das Presseecho hierüber war jeweils ein sehr positives. In Zusammenarbeit mit dem Bundespressediens werden auch Sonderexkursionen für die in Wien

- 14 -

akkreditierten Journalisten, bzw. für Journalisten, die Wien aus einem bestimmten Anlass - wie z.B. den Wiener Festwochen - besuchten, durchgeführt. Diese Besichtigungsfahrten in Oberösterreich haben jeweils einen grossen Presseniederschlag zu verzeichnen. Als Beispiel hiefür kann der Besuch der Ausstellung "1200 Jahre Kremsmünster", die im Sommer 1977 durchgeführt wurde, dienen.

Die österreichischen Botschaft im Ausland werden in beschränktem Ausmass mit illustrierten Büchern zur Überreichung an Persönlichkeiten des Empfangsstaates beteiligt. Insbesondere befinden sich unter diesen Widmungswerken Bücher, die die einzelnen Bundesländer - also auch Oberösterreich - darstellen.

Die österreichischen Vertretungsbehörden und Kulturinstitute erhalten schliesslich zur Information und allfälligen Verwendung in ihrem Amtsbereich auch oberösterreichische Zeitungen.

Die Redaktionen der oberösterreichischen Lokalpresse nehmen in grossem Masse Anteil am Schicksal ihrer Landesangehörigen im Ausland. In Fällen, in denen Oberösterreicher im Ausland in Schwierigkeiten gerieten, wandten sich die Redaktionen in der Regel an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bzw. direkt an die zuständige österreichische Vertretungsbehörde mit der Bitte um Auskunft. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist stets bemüht, zu den jeweiligen Anfragen raschest Stellung zu nehmen und in Zusammenarbeit mit den Vertretungsbehörden die Lösung des jeweiligen Falles zu erleichtern. Die konsularischen Hilfeleistungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten für Österreicher im Ausland kommt auch zahlreichen Bewohnern des Bundeslandes Oberösterreich zugute, die entweder durch Krankheit in Not gerieten oder durch Verstösse gegen ausländische Rechtsvorschriften in Schwierigkeiten gekommen sind, wobei besonders Urlauber, Jugendliche und Berufskraftfahrer den Hauptanteil der betroffenen Personen ausmachen.

Im Zuge der Gewährung von Rechtshilfe und Rechtsschutz für österreichische Staatsbürger, die im Ausland in Not geraten, hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten als Serviceleistung eine Informationsbroschüre "Tips für Auslandsreisende" herausgebracht.

- 15 -

Diese Broschüre, die an den Grenzübergängen verteilt wird und in Reisebüros aufliegt, enthält zahlreiche praktische Hinweise für das Verhalten in kritischen Situationen bzw. die Hilfsmöglichkeiten der Vertretungsbehörden.

Neben diesen für die einzelnen Staatsbürger auf dem Gebiet des Rechtsschutzes erbrachten Leistungen werden auch die Interessen des Bundeslandes Oberösterreich gegenüber dem benachbarten Ausland im Bereich des Konsular- und Rechtswesens vertreten.

Für das an die CSSR angrenzende Bundesland Oberösterreich spielt der Kleine Grenz- und Ausflugsverkehr, die Eröffnung neuer Grenzstellen und Erleichterungen bei der Grenzabfertigung eine wichtige Rolle. Auf diesem Gebiet konnte in der laufenden Legislaturperiode eine Reihe von Fortschritten erzielt werden:

Eröffnung eines neuen Grenzüberganges in die CSSR

Auf Grund des Abkommens über die Schaffung von Strassenübergängen an der gemeinsamen Staatsgrenze vom 22. November 1977 wurde am 29. Dezember 1978 der Grenzübergang Weigetschlag eröffnet.

Sichtvermerkserleichterungen im Verhältnis zur CSSR

Am 10. Oktober 1978 trat das Abkommen über die Erteilung von gebührenfreien Sichtvermerken für Reisen zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Aufgaben vom 19. Oktober 1977 in Kraft.

Damit ist auch für den in Oberösterreich lebenden, vom Abkommen betroffenen Personenkreis eine bedeutende Erleichterung bei der Durchführung von Reisen in die CSSR bzw. bei Aufenthalten in der CSSR eingetreten.

Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und Durchbeförderung von Häftlingen

Die Verhandlungen betreffend einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der BRD über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen, die im Jahre 1974 begannen, wurden im wesentlichen abgeschlossen. Gegenwärtig werden die beiderseitigen Durchgangsstrecken festgelegt. Nach Inkrafttreten des Vertrages werden die betroffenen österreichischen Organe für

- 16 -

dienstliche Verrichtungen, insbesondere die Gefangenenüberstellung, zeit- und wegsparende Routen durch deutsches Gebiet benützen dürfen (eine der für Oberösterreich bedeutsamen Strecken ist Schärding-Passau).

Grenzüberschreitende Flüge von Segelflugzeugen und Freiballonen

Zur Erleichterung von Zollformalitäten für grenzüberschreitende Flüge von Segelflugzeugen und Fahrten von Freiballonen zu sportlichen und wissenschaftlichen Zwecken zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland wurde nach innerösterreichischen Besprechungen nunmehr mit der Bundesrepublik Deutschland die ehebaldige Aufnahme von Verhandlungen beschlossen, die voraussichtlich im März 1979 stattfinden werden. Das geplante Abkommen sollte eine Lockerung des bisherigen Flugplatzzwanges für grenzüberschreitende Flüge beinhalten und würde einschlägigen Freizeitbetrieben in Oberösterreich zum Vorteil gereichen.

Erleichterungen der Grenzabfertigung

In Ergänzung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Strassen- und Schiffsverkehr kamen die beiden Staaten in zwei vom Nationalrat am 1. März 1978 genehmigten Änderungsabkommen überein, zum Zwecke der Beschleunigung der Grenzabfertigung den Organen des Eingangsstaates unter Umständen Zoll- und Passkontrollen vor solchen des Ausgangsstaates zu ermöglichen, sowie ihren (insbesondere Grenz-)Bediensteten bei Ausübung ihres Dienstes und auf dem Weg von und zu ihrem im anderen Land gelegenen Wohnort das Tragen ihrer Dienstkleidung und ihrer Dienstwaffe zu gestatten.

Beide Abkommen durchlaufen gegenwärtig das deutsche Ratifikationsverfahren.

Kleiner Grenzverkehr und Ausflugsverkehr

Österreich bemüht sich seit einiger Zeit, mit der BRD ein zeitgemässes "Abkommen über den Kleinen Grenzverkehr und Ausflugsverkehr", das die respektiven Abkommen vom 1. Oktober 1954 und vom 10. Mai 1955 ersetzen und, vom Grundsatz weitestgehender Freizügigkeit

- 17 -

beherrscht, sich den derzeitigen Bedürfnissen der Grenzbevölkerung anpassen soll, abzuschliessen.

Das Abkommen soll in Oberösterreich die politischen Bezirke Rohrbach, Schärding, Grieskirchen, Ried und Braunau umfassen und der dort lebenden Grenzbevölkerung einen leichten und unbürokratischen Grenzübertritt mit einem Personaldokument oder einer Grenzkarte ermöglichen.

Besonders hinzuweisen ist auf Bestimmungen über den erleichterten Grenzübertritt zum Besuch touristischer Einrichtungen und zur land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung sowie über eine Vereinfachung beider Ausstellung der Grenzkarte.

Nach Abschluss der innerösterreichischen Gespräche wurde die BRD zu Regierungsverhandlungen eingeladen, für die gegenwärtig ein Terminvorschlag seitens der Bundesrepublik Deutschland erwartet wird.

Verhandlungen über ein Sichtvermerksabkommen mit der CSSR für Journalisten und deren Angehörige

Zwecks Erleichterung der Arbeitsbedingungen für akkreditierte Journalisten wurde im Laufe des Jahres 1978 ein Entwurf eines Abkommens mit der CSSR ausgearbeitet, der für diese Personengruppe Sichtvermerke für mehrmalige Einreisen mit 6-monatiger Gültigkeitsdauer vorsieht.

Damit werden sich für viele österreichische Journalisten, zu einem beträchtlichen Teil Oberöreicher, auf Grund der geographischen Nachbarschaftslage, Reisen und Behördenwege fühlbar vereinfachen.

Auf der Grundlage dieses Abkommensentwurfes wird demnächst ein Notenwechsel durchgeführt werden.

Verbesserung der Eisenbahnzulaufstrecken im Verhältnis zur CSSR

Nachdem österreichischerseits seit dem Jahre 1976 immer wieder die Abhaltung von gemeinsamen Expertengesprächen über die Planung für eine Verbesserung der beiderseitigen Zulaufstrecken zu den bestehenden Eisenbahngrenzübergängen vorgeschlagen worden war, fanden am 17./18. Oktober 1978 diesbezügliche Gespräche in Wien statt, die in einer konstruktiven Atmosphäre verliefen.

- 18 -

Besonderes Augenmerk schenkt das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Auslandskulturpolitik, die für Gesamtösterreich repräsentativ sein muss. Um den hiefür unerlässlichen Kontakt mit den Bundesländern sicherzustellen und ihre Intentionen und Anregungen kennenzulernen, werden die Vertreter aller Bundesländer im Rahmen der im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten abgehaltenen Tagungen des Kontaktkomitees zur Koordinierung der Auslandskulturpolitik zwischen Bund und Ländern laufend über die Aktionen und Zielvorstellungen der österreichischen Auslandskulturpolitik informiert. Diese Tagungen finden in der Regel alle drei Monate statt.

In letzter Zeit wurde eine Verbesserung des Informationsflusses zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Auslandskulturpolitik durch folgende Massnahmen erreicht:

- Zweimal jährlich, jeweils bis Ende Mai bzw. Ende Oktober, sollen dem ha. Ressort im Wege der Verbindungsstelle der Bundesländer Zusammenstellungen der Bundesländer über ihre geplanten Auslandsaktivitäten übermittelt werden. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten übermittelt den Ländern gleichartige Aufstellungen.
- Einmal jährlich soll eine Sitzung des Kontaktkomitees zur Koordinierung der Auslandskulturpolitik zwischen Bund und Ländern unter Teilnahme aller Länder stattfinden.

Vertrags- und Verhandlungsprojekte auf dem Gebiet der Auslandskulturpolitik - wie Kulturabkommen, Technisch-wissenschaftliche Abkommen, Gemischte Kommissionen usw. - werden den Ländern zur Stellungnahme unterbreitet. Gegebenenfalls werden Ländervertreter zu bilateralen Kulturverhandlungen zugezogen.

Im Rahmen von Europaratsaktivitäten, insbesondere betreffend den Naturschutz, wird - meist im Wege der Verbindungsstelle der Bundesländer - auch der Beitrag der zuständigen oberösterreichischen Stellen verwertet und zur Geltung gebracht.

- 19 -

Auch bei UNESCO-Konventionen und Tagesordnungspunkten der UNESCO-Generalkonferenz, die Kompetenzen der Bundesländer berühren, wird regelmässig Kontakt mit der Verbindungsstelle der Bundesländer gepflogen.

Auf dem Ausstellungssektor ist vorgesehen, eine Kubin-Ausstellung aus Beständen des Oberösterreichischen Landesmuseums in Mailand und Polen zu zeigen.

Ferner ist die Ausstellung "Positionen der Zeichnung in Österreich heute" der Neuen Galerie Linz für Einsätze in Europa vorgesehen.

Das Oberösterreichische Landesmuseum beteiligt sich ebenso wie das Keltenmuseum Hallein und das Landesmuseum Joanneum an der für 1981 in Petit Palais in Paris geplanten Internationalen Keltenausstellung.

Dozent Dr. Anton Staudinger nahm am Historiker-Symposium "60 Jahre Republik Österreich" in Moskau teil und hielt einen Vortrag.

Der oberösterreichische Schriftsteller Franz Innerhofer hielt eine Lesung in Bergamo.

Aus Mitteln des ha. Ressorts erhielt der Steyrer-Männer-gesangsverein "Sängerlust" einen Beitrag von öS 10.000,-- zu seiner Rumänien-Tournee.

Das Bundesland Oberösterreich wurde in den vergangenen Jahren immer wieder in das Besuchsprogramm für offizielle Gäste einbezogen. Hier wäre zu erwähnen, dass ein Teil des Programmes des offiziellen Besuches des tschechoslowakischen Aussenministers Dipl.Ing. Bohuslav CHNOUPEK in Österreich im Bundesland Oberösterreich (Nächtigung in St. Wolfgang am 12. Mai 1978 und Mittagessen in Bad Leonfelden am 13. Mai 1978) abgewickelt wurde.

In diesem Zusammenhang ist weiters zu erwähnen, dass das Bundesland Oberösterreich zu wiederholten Malen in das von der Österreichischen Präsidentschaftskanzlei und dem Bundeskanzleramt erstellte Programm für ausländische Staatsoberhäupter und Regierungschefs einbezogen wurde:

- 20 -

Der Vorsitzende des Staatsrates der Volksrepublik Polen, Professor Henryk JABLONSKI: Besichtigung der VÖEST und des Konzentrationslagers Mauthausen am 27. April 1976.

König Juan Carlos von Spanien: Besichtigung der VÖEST am 2. Februar 1978.

Polnischer Ministerpräsident Piotr JAROSZEWICZ: Besichtigung des Steyr-Werkes der Steyr-Daimler Puch AG am 11. September 1975.

Portugiesischer Ministerpräsident Admiral José Baptista Pinheiro de AZEVEDO: Besichtigung der VÖEST am 6. April 1976.

Bulgarischer Ministerpräsident, Stanko TODOROV: Besichtigung von Linz (u.a. Bruckner-Haus) am 11. Mai 1976.

Rumänischer Premierminister Manea MANESCU: Besichtigung des Steyr-Werkes der Steyr-Daimler Puch AG am 29. September 1976.

Diplomatenausflug nach Göttweig am 22. Juni 1978 (Besichtigung des Stiftes, Chorkonzert in der Stiftskirche, Abendessen mit Landeshauptmann ÖkRat Andreas Maurer - ca. 180 Personen).

Schliesslich soll noch erwähnt werden, dass das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in enger Zusammenarbeit mit den Vertretungsbehörden im Ausland immer wieder Auslandsreisen politischer Mandatare und offizieller Delegationen der Bundesländer und Landeshauptstädte vorbereitet und die jeweils benötigte Unterstützung und Förderung zuteil werden lässt.

- 21 -

Bundesministerium für Bauten und Technik

Das Bundesministerium für Bauten und Technik hat in der laufenden Legislaturperiode für das Bundesland Oberösterreich bedeutende Maßnahmen, insbesondere in folgenden Bereichen gesetzt:

Straßenbau,
 Bundeshochbau,
 Wohnbauförderung,
 Wasserwirtschaftsfonds,
 Wasserbautenförderung

Straßenbau

Zu Beginn des Jahres 1979 standen im Bundesland Oberösterreich folgende Bundesstraßen unter Verkehr:

Autobahnen	149,9 km	
Bundesstraßen	1.457,5 km	} Stand 1.1.1977
Ersatzstraßen für		
Bundesschnellstraßen	104,5 km	

Autobahnen per 1.1.1979:

	in Bau	in Betrieb
A 1 West Autobahn	-	115,1 km
A 7 Mühlkreis Auto- bahn	8,8 km	18,0 km
A 8 Innkreis Auto- bahn	4,2 "	-
A 9 Pyhrn Autobahn	3,4 "	-
A25 Linzer Autobahn	3,1 "	16,8 "
	19,5 km	149,9 km

Für den Straßenbau standen dem Bundesland Oberösterreich in der laufenden Legislaturperiode folgende Mittel zur Verfügung:

- 22 -

1975	1.062 Millionen Schilling
1976	1.085 Millionen Schilling
1977	1.223 Millionen Schilling
1978	1.416 Millionen Schilling

Das Bauprogramm 1979 sieht 1.672 Millionen Schilling vor (einschl. Vorfinanzierung).

Vorfinanzierungen:

85 Mio. S für die Mühlkreis Autobahn A 7 und

80 Mio. S für die Innkreis Autobahn A 8.

Der Ausbau des Bundesstraßennetzes (incl. der zugehörigen Hochbauten) konzentrierte sich auf folgende Schwerpunkte:

Autobahnen

Baukosten
in Mio. S

A 1 West Autobahn

Betonplattenerneuerungen
auf Brücken

12,0

Sanierung Obj. Wangauer Ache
(fertiggestellt)

16

Sanierung Aitertalbrücke
(in Bau)

40

A 7 Mühlkreis Autobahn

Erdbaulos "Anschlußstelle Wiener Straße"
(0,7 km durchgehende Autobahnstrecke)

42

Baubeginn April 1977

Teilweise Verkehrsfreigabe 9. Feber 1978

Gesamtfertigstellung 14. Oktober 1978

Erdbaulos "Katzbach"

(4,9 km lang)

75

Baubeginn März 1977

Verkehrsfreigabe von Anschlußstelle "Linz/
Dornach" bis Anschlußstelle "Treffling"

(4,2 km lang) mit 1 Richtungsfahrbahn im
Gegenverkehr am 31. Oktober 1978

Vorgesehene Gesamtfreigabe im Oktober 1979

Erdbaulos "Knoten VÖEST-ALPINE"

(0,8 km durchgehende Autobahnstrecke)

24

Baubeginn Juli 1978

Teilweise Verkehrsfreigabe 9. Feber 1979

Vorgesehene Gesamtfreigabe im Oktober 1979

Baukosten
in Mio. S

Erdbaulos "Treffling"

(2,9 km lang)

90

Baubeginn September 1978

Vorgesehene Verkehrsfreigabe von der
Anschlußstelle "Treffling" bis Halbanschluß-
stelle "Gallneukirchen" (3,2 km lang) im
Oktober 1980

Erdbaulos "Engerwitzdorf"

(4,5 km lang)

110

Baubeginn November 1978

Vorgesehene Verkehrsfreigabe von der Halb-
anschlußstelle "Gallneukirchen" bis provi-
sorische Abfahrt bei Unterweikersdorf
(5,0 km lang) im Juni 1981

3 Brücken und 2 Fußgängerunterführungen
im Bereich Anschlußstelle "Wiener Straße",
fertiggestellt

104

Posseltbrücke über die Westbahn (Fertig-
stellung + Instandsetzung)

eine Richtungsfahrbahn fertig, zweite
Richtungsfahrbahn fertig Ende 1979

33

2 Brücken im Knoten "VÖEST-ALPINE", fertig-
gestellt

100

Talübergänge Auhof und Treffling sowie
7 Objekte im Baulos "Katzbach", bis auf
die 2. Richtungsfahrbahn des Talüberganges
Treffling (Fertigstellung Sommer 1979) fertig-
gestellt

195

12 Brücken im Baulos Treffling, bis auf das
Objekt M 14 (Fertigstellung Mitte 1980) fertig-
gestellt

44

- 24 -

Baukosten
in Mio.S

4 Brücken im Baulos Engerwitzdorf
Fertigstellung Ende 1979 bis Sommer 1980

25

A 8 Innkreis Autobahn

Erdbaulos "Pichl - Krenglbach"

(6,9 km lang; schließt den 2,5 km langen
Restabschnitt der A25 Linzer Autobahn
von ihrem derzeitigen Ende bei Anschluß-
stelle "Wels/Nord" bis Knoten "Wels" ein)
Erdbaulos in Vergabe, voraussichtlicher
Baubeginn März 1979

180

Voraussichtliche Verkehrsfreigabe Juli 1982

Innbrücke Suben, Grenzbrücke

Fertigstellung Ende 1981

91 (österr.
Anteil)

15 Brücken im Abschnitt Erdbaulos "Pichl-
Krenglbach" fertiggestellt

125

A9 Pyhrn Autobahn

Herstellung des Lüftungs-bzw. Entwässe-
rungsstollens "Bosruck/Nord"

(2,7 km lang); wird von der Pyhrn-Autobahn AG gebaut
Stollenanschlag am 19. Jänner 1979

198

Voraussichtliche Fertigstellung März 1981

(ohne Finan-
zierungskosten)A 25 Linzer Autobahn

Erdbaulos "PUCKING" (4,9 km lang; Baube-
ginn Jänner 1974),

"Weißkirchen" (5,8 km lang; Baubeginn
Dezember 1973) und

"Marchtrenk" (2,7 km lang; Baubeginn
November 1974)

197

Verkehrsfreigabe der Strecke vom Knoten

"Haid" bis Anschlußstelle "Wels/Ost"

(11,9 km lang) am 25. August 1976

Erdbaualos "Wels-Nord"

(5,4 km lang)

Baubeginn Mai 1975

Verkehrsfreigabe von der Anschluß-

61

stelle "Wels/Ost" bis Anschlußstelle

"Wels/Nord" (4,9 km lang) am 19. Aug. 1977

Schnellstraßen

S 9 Innviertler Schnellstraße

Innbrücke Braunau-Simbach

34

Grenzbrücke (österr. Anteil)

Fertigstellung 1980

Bundesstraßen

B 1 Wiener Bundesstraße

Traunbrücke Ebelsberg

42

(fertiggestellt 1976)

Ebelsberg Ortsdurchfahrt (1,5 km)

Bauzeit 1978-1980

23

Pernau (3,9 km)

(fertiggestellt 1977)

36

Vöcklabruck (Wagrainer

Kreuzung, 1 km)

(fertiggestellt 1976)

11

B 3 Donau Bundesstraße

Plesching (2,5 km)

Bauzeit 1975 bis 1977

15

Chemie (2km)

Bauzeit 1977-1979

31

Chemiebrücke

(Halbausbau)

54

Fertigstellung Herbst 1979

- 26 -

Baukosten
in Mio. S

Anschlußstelle Steyregg (1,4km)

Bauzeit 1977-1979

22

Donaubrücke Steyregg

seit 1976 in Bau

Fertigstellung Herbst 1979

230

ÖBB-Brücke Steyregg

seit 1977 in Bau

13

Pulgarn (2,2 km)

Bauzeit 1978-1980

12

B 115 Eisen Bundesstraße

Märzenkellerbrücke im Baulos Märzenkeller

Baubeginn Jänner 1978

Fertigstellung Sommer 1979

23

B 119 Greiner Bundesstraße

Rutschungen auf der Bundesstraße (5 km)

Bauzeit 1976 - 1979

17

B 120 Scharnsteiner Bundesstraße

Traunbrücke Gmunden I (364 m)

seit 1977 in Bau

37

Almbrücke Scharnstein (1240 m)

Bauzeit 1977 - 1978

22

B 122 Voralpen Bundesstraße

Verlängerung Seifentruhe (1,0 km)

(Steinfeld I)

Bauzeit 1976 - 1978

18

- 27 -

Baukosten
in Mio. SB 126 Leonfelder Bundesstraße

Harbach II (1,1 km)

4-spuriger Ausbau in Linz

Bauzeit 1975 - 1977

23

B 127 Rohrbacher Bundesstraße

Dürnberg (3,4 km)

Fertigstellung 1977

72

Eglberg (4,6 km)

Fertigstellung 1977

41

B 130 Nibelungen Bundesstraße

Hartkirchen (1,6 km)

Bauzeit 1975-1978

14

B 133 Theninger Bundesstraße

Westbahnbrücke Hörsching

Fertigstellung Sommer 1980

10

B 137 Innviertler Bundesstraße

Puchberg (3,3 km)

Fertigstellung 1978

40

(4-spuriger Ausbau in Wels im
Zusammenhang mit der A 25)

Westbahnüberführung (Weiglviadukt)

in der Osttangente Wels

Fertigstellung Herbst 1980

51

- 28 -

Baukosten
in Mio. S

Rainding I (1,4 km)

Bauzeit 1975 -1977

19

4 Brücken im Baulos Raiding II und III

Fertigstellung Ende 1979

25

Bad Schallerbach (3,4 km)

Bauzeit 1978 - 1981

21

B 138 Pyhrnpaß Bundesstraße

Dornleithen (2,3 km)

Fertigstellung 1977

27

Unterhart (3,8 km)

Bauzeit 1976-1978

21

Bahnüberführung Spital/Pyhrn

Fertigstellung Sommer 1979

15

B 139 Kremstal Bundesstraße

Kematen I (1,2 km)

Bauzeit 1978 - 1980

7

B 145 Salzkammergut Bundesstraße

Lawinengalerie Sonnstein

Bauzeit 1976-1978

15,1

B 309 Innviertler Ersatzstraße

Ried West (2,5 km)

Fertigstellung 1977

19

- 29 -

Baukosten
in Mio. SHochbaumaßnahmen der Bundesstraßenverwaltung

Autobahnmeisterei Ansfelden, Erweiterung

Fertigstellung 1978 ca. 9,0

Bezirksbauhof Linz I, Um- und Ausbau

Fertigstellung 1978 27,5

Straßenmeisterei Ried/Innkreis, Erweiterung

Fertigstellung 1977 5,6

Straßenmeisterei Rohrbach, Erweiterung

Fertigstellung 1977 14,3

Straßenmeisterei Bad Ischl, Endausbau

Baubeginn Herbst 1978 14,2

- 30 -

BUNDESHOCHBAU

Für die in Oberösterreich in Durchführung befindlichen bzw. fertiggestellten Bauvorhaben wurden in der laufenden Legislaturperiode (1976 - 1978) rd. 941,3 Millionen Schilling verausgabt. Für 1979 stehen für Neubauten und Instandsetzungen laut Bundesvoranschlag 311,7 Millionen Schilling zur Verfügung. Dadurch wurde nicht nur ein Beitrag zur Vollbeschäftigung geleistet, sondern es wurde auch dringend notwendiger Schulraum geschaffen und dem Bundesheer und auch den Beamten entsprechende Unterkünfte zur Verfügung gestellt.

A. Neubauten

1. Folgende Hochbauten des Bundes wurden in diesem Zeitraum fertiggestellt und zur Benützung freigegeben:

<u>Linz</u>	Gesamtkosten in Mio. S
Hochschule für Sozial.-und Wirtschaftswissenschaften Chemieturm Nov. 1978 fertiggestellt	312, 0
Bundesgymnasium Khevenhüllerstraße Turnsaalneubau Mai 1977 fertiggestellt	8,0
Bundesgymnasium Hamerlingstraße, Zubau 1977 fertiggestellt	6,0
Landesgendarmeriekommando, Zubau 1976 fertiggestellt	38,7
Oberlandesgericht, Zubau 1977 fertiggestellt	15,0

- 31 -

	Gesamtkosten in Mio.S.
Bundesstaatl. bakteriologisch- serologische Untersuchungsanstalt Dez. 1977 fertiggestellt	85,0
<u>Linz-Urfahr</u>	
"Lentia 2000" Bundesoberstufenrealgymnasium Ankauf, Übergabe 24. 11. 1978	96,0
<u>Linz-Auhof</u>	
Schulzentrum 1. Bauabschnitt 1977 fertiggestellt 2. Bauabschnitt 1978 fertiggestellt	216,0
<u>Wels</u>	
Bundesgymnasium Dr. Schauerstraße Zubau, 1977 fertiggestellt	13,0
Bundesamtsgebäude 1977 fertiggestellt	165,0
Hessenkaserne Mannschaftsgebäude III Dez. 1975 fertiggestellt	13,0
Mannschaftsgebäude IV Okt. 1976 fertiggestellt	13,0
Dienstgebäude für Bundes- gebäudeverwaltung II 1978 fertiggestellt	21,0

- 32 -

Gesamtkosten
in Mio. S.Wels/Thalheim

Bundesanstalt für künstl. Befruchtung
Erweiterungsbau
1978 fertiggestellt

10,0

Braunau

Höhere techn. Bundeslehranstalt
(Leasingfinanzierung)
1976 fertiggestellt

103,0

Höhere Bundeslehranstalt
(Leasingfinanzierung)
Fertigstellung 1979

15,0

Kirchdorf/Krems

Bundesrealgymnasium und
Bundeshandelsakademie
Juli 1976 fertiggestellt

77,5

Bundesamtsgebäude
1977 fertiggestellt

22,9

Steyr

Höhere techn. Bundeslehranstalt
Turnhalle
1977 fertiggestellt

18,6

Schulzentrum
(Leasingfinanzierung)
1978 fertiggestellt

65,0

- 33 -

Gesamtkosten
in Mio.S.Ried/Innkreis

Schulzentrum

(Leasingfinanzierung)

Juni 1977 fertiggestellt

140,0

Kaserne

Mannschaftsgebäude

1977 fertiggestellt

28,0

Kaserne

Heizzentrale

1977 fertiggestellt

11,0

Arbeitsamt

Dez. 1976 fertiggestellt

7,5

Obertraun

Bundessporthaus

Erweiterung u. Sanierung

1977 fertiggestellt

7,0

Rohrbach

Bundesrealgymnasium

(Leasingfinanzierung)

1978 fertiggestellt

60,0

Finanzamt

März 1976 fertiggestellt

25,0

Schärding

Schulzentrum

Nov. 1978 fertiggestellt

80,0

- 34 -

	Gesamtkosten in Mio. S.
Bundesamtsgebäude Dez. 1978 fertiggestellt	30,0
<u>Grein</u>	
Strombauabteilung Bauzeit 1975 - 1976	6,75
<u>Perq</u>	
Arbeitsamt Sept. 1977 fertiggestellt	12,0
<u>Vöcklabruck</u>	
Amtsgebäude 1. Bauabschnitt Nov. 1976 fertiggestellt	60,0
<u>Enns</u>	
Kaserne Mannschaftsgebäude 1977 fertiggestellt	25,0
2. An folgenden größeren Hochbauten wird derzeit gebaut:	
<u>Linz</u>	
Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften Chemieturm Hörsaaltrakt	22,0
Pädagogische Akademie seit 1975 in Bau	170,0

- 35 -

Gesamtkosten
in Mio.S.

Bundespolizeidirektion
seit 1976 in Bau

207,0

Wels

Höhere techn. Bundeslehranstalt
2. Bauabschnitt seit 1976 in Bau

150,0

Kaserne
Stabskompaniegebäude
seit 1978 in Bau

55,0

Garnison
Heizzentrale u. Bauarbeiten
im KFZ-Bereich
seit 1977 in Bau

9,0

Altmünster

Bundeserziehungsanstalt
für Mädchen
seit 1976 in Bau

74,0

Steyr

Bundesgymnasium
Zubau u. Sanierung
1978 fertiggestellt

45,0

Vöcklabruck

Höhere techn. Bundeslehranstalt,
Werkstätte, Bundeshandelsakademie,
Bundeshandelsschule, Baubeginn 1977

50,0

- 36 -

Gesamtkosten
in Mio.S.

Höhere techn. Bundeslehranstalt
Theorietrakt u. Internat
(Leasingfinanzierung)
Baubeginn 1977

125,0

Ried/Innkreis

Zehnerkaserne
KFZ-Werkstätte
seit 1978 in Bau

20,0

Hörsching

Wohnhausanlage
2. Bauabschnitt
seit 1976 in Bau

49,5

3. Im Planungsstadium befinden sich:

Linz

Ari-Kaserne
Ständige Stellungskommission u.
Wirtschaftsgebäude

60,0

Linz-Oed

Schulzentrum

150,0

Hallstatt

Bundesfachschole für
Holzbearbeitung

34,0

Steyr

Bundesrealgymnasium
Zubau

40,0

- 37 -

Gesamtkosten
in Mio.S.Bad IschlHöhere Bundeslehranstalt für
Fremdenverkehr

50,0

Suben

Gemeinschaftszollamt

10,0

Strafanstalt

Verwaltungs- u. Zellentrakt

20,0

Traun

Gendarmeriegebäude

Aufstockung

10,0

Braunau/Simbach

Gemeinschaftszollamt

20,0

Hörsching

Flugsicherung

Wohnhaus

10,0

Fliegerhorst

Betriebsgebäude für

Rettungskolonne

15,0

Ried/Innkreis

Zehnerkaserne,

Wirtschaftsgebäude

22,0

- 38 -

Gesamtkosten
in Mio.S.Kirchdorf/Krems

Kaserne

1. Etappe

115,0

Ort/Gmunden

Forstl. Ausbildungsstätte

3. Baustufe

16,0

B. Instandsetzungen

1. In der Zeit von 1976 - 1978 abgeschlossene Bauvorhaben:

Linz

Höhere techn. Bundeslehranstalt I

Goethestraße 15 - 17

Generalsanierung

Fertig -stellung 1979

20,1

Finanzlandesdirektion

Generalsanierung

Fertigstellung 1976

8,2

Linz-Urfahr

Bezirksgericht

Ferihumerstraße 1

Generalsanierung

Fertigstellung 1979

14,7

Steyr

Trollmannkaserne

Mannschaftsgebäude

Sanierung 1976 abgeschlossen

5,7

- 39 -

Gesamtkosten
in Mio.S.

Hörsching

Fliegerhorst-Vogler

Start- und Landebahn, Ostteil

Sanierung 1977 abgeschlossen 13,7

Erweiterung der Abwasserbeseitigungs-
anlage, 1978 abgeschlossen

19,0

Hangar 2,

Vorfeldsanierung

1977 fertiggestellt 2,3

2. An folgenden Hochbauvorhaben werden derzeit Instand-
setzungsarbeiten durchgeführt:

Linz

Artillerie-Kaserne

Mannschaftsgebäude I

Generalsanierung seit 1977 13,0

Ebelsberg

Hiller Kaserne

Mannschaftsgebäude, Obj. 12

Generalsanierung seit 1976 10,0

Freistadt

Tilly-Kaserne

Mannschaftsgebäude III

Sanierung seit 1978 3,0

- 40 -

Gesamtkosten
in Mio.S.Hörsching

Fliegerhorst Vogler
Werfthangar O, Vorfeld,
Sanierung seit 1978 5,9

Hangar 6,
Instandsetzung seit 1978 4,8

Steyr

Trollmann-Kaserne
Werkstättengebäude
Instandsetzung seit 1978 3,0

3. In Planung befindliche Bauvorhaben:

Wels

Hessen-Kaserne
Objekt 59
Dachinstandsetzung 1,5

Hörsching

Fliegerhorst Vogler
Fernheizanlage und Kohlenlager
Instandsetzung 3,0

- 41 -

WOHNBAU

Dem Bundesland Oberösterreich wurden und werden im Rahmen der Wohnbauförderung und Wohnungsverbesserung in der laufenden Gesetzgebungsperiode folgende Mittel zur Verfügung gestellt:

Wohnbauförderung

An Wohnbauförderungsmittel wurden bzw. werden überwiesen:

1975	1.113,2 Millionen Schilling
1976	1.163,8 " "
1977	1.326,0 " "
1978	1.475,0 " "
1979	1.588,3 " "

Mit diesen Mitteln wurde der Neubau folgender Anzahl von Wohnungen gefördert:

1975	3.216 Wohneinheiten
1976	5.122 "
1977	6.292 "

An Darlehen wurden aus Bundesmitteln zugesichert:

1975	682,5 Millionen Schilling
1976	1.311,2 " "
1977	1.807,3 " "

Weiters konnten sowohl Heime für Schüler, Studenten, Lehrlinge und jugendliche Arbeitnehmer als auch Heime für betagte Menschen und Ledigenheime gefördert werden. 1976 wurden 153,2 Millionen Schilling und 1977 165,4 Millionen Schilling zugesichert.

- 42 -

Zusätzlich zu den gewährten Darlehen konnten zum Zwecke der Minderung der Wohnungsaufwandbelastungen Annuitätenzuschüsse gewährt werden, und zwar im Gesamtbetrag von 1.409,8 Millionen Schilling.

Besondere Schwerpunkte konnten mit den zur Verfügung stehenden Bundesmitteln bei der Subjektförderung gesetzt werden.

An Eigenmittellersatzdarlehen wurden 1976 62,6 Millionen Schilling und 1977 107,3 Millionen Schilling zugesichert, im selben Zeitraum konnten an Wohnbeihilfen 68,7 Millionen Schilling bzw. 120,1 Millionen Schilling ausbezahlt werden.

Wohnungsverbesserung

Für Zwecke der Wohnungsverbesserung wurden zugeteilt:

1975	16,8 Millionen Schilling
1976	19,6 " "
1977	22,4 " "
1978	25,2 " "

Für 1979 ist ein Betrag von 28,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Durch diese Bundesmittel wurden im Lande Oberösterreich für die Jahre 1976 und 1977 ein Gesamtbauvolumen von 489,1 Millionen Schilling ausgelöst und damit 7.479 Wohnungen verbessert; hiefür wurden Annuitätenzuschüsse in der Höhe von 324,5 Millionen Schilling gewährt.

WASSERWIRTSCHAFTSFONDS

In der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden für das Land Oberösterreich bisher 1.901,0 Millionen Schilling an Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds freigegeben, wodurch ein Bauproduktionswert von 3.233,0 Millionen Schilling ausgelöst wurde.

Hievon entfallen:

Wasserversorgungsanlagen:

(einschließlich Einzelwasserversorgungsanlagen)

Bundesmitten:	278,8 Millionen Schilling
Gesamtkosten:	616,7 " "

Öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen:

Bundesmitten:	1.610,6 Millionen Schilling
Gesamtkosten:	2.593,0 " "

Betriebliche Abwasserreinigung

Bundesmitten:	11,7 Millionen Schilling
Gesamtkosten:	23,3 " "

Für das Jahr 1979 wird Ende Februar eine weitere Fondsmittelverteilung in der Größenordnung des Fondsmittelverteilung 1978 erfolgen.

- 44 -

Wasserbautenförderung

Dem Bundesland Oberösterreich wurden in der laufenden Legislaturperiode folgende Bundesmittel nach den Bestimmungen des WBFG für vorbeugende Maßnahmen zum Schutz gegen Donauhochwässer gewährt:

Hochwasser-Schutzdamm Urfahr - Plesching.....	S 11,715.000,--
Hochwasserschutz Ottensheim.....	<u>S 3,235.000,--</u>
1975 - 1978:	S 14,950.000,--
vorgesehen für 1979:	<u>S 15,000.000,--</u>
insgesamt:	<u>S 29,950.000,--</u>
	=====

Darüber hinaus wird der Ausbau des Linzer Donauhafens durch Gewährung eines zinsenlosen Darlehens gefördert, wobei in den Jahren 1975 - 1978 rund 2,611.600,-- bereitgestellt wurden bzw. hierfür im Jahre 1979 ein Betrag von S 400.000,-- vorgesehen ist.

Bundesministerium für Finanzen

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen wurden während der laufenden Legislaturperiode folgende Maßnahmen, die für das Bundesland Oberösterreich von Bedeutung sind, gesetzt.

Haftungsübernahmen (Kapitalbeträge)

Übernahmen der Nachbürgschaft nach dem EE-Fondsgesetz für 4 Projekte mit einer verbürgten Kreditsumme von 30'5 Mill.S.

Inanspruchnahme aus der Nachbürgschaft nach dem EE-Fondsgesetz mit S 5,735.792'43.

Übernahme der Entschädigungsbürgschaft nach dem Garantiegesetz 1977 für 4 Projekte mit einer verbürgten Kreditsumme von 88'4 Mill.S.

Übernahme der Ausfallsbürgschaft in Höhe von 15'39 Mill.S für vom bäuerlichen Besitzstrukturfonds geförderte Kredite.

Übernahme der Bundeshaftung für Kreditoperationen der VÖEST-ALPINE AG in Höhe von 500 Mill.S.

Übernahme der Bundeshaftung für Kreditoperationen der Chemie Linz AG in Höhe von 750 Mill.S.

Übernahme der Rückbürgschaft für einen Kredit an die Chemie Linz AG in Höhe von 50 Mill.S.

Übernahme der Bundeshaftung für eine Kreditoperation der ÖIAG in Höhe von 270'4 Mill.S zur Durchführung von Kapitalerhöhungen bei der Chemie Linz AG und der VMW Ranshofen-Berndorf AG.

Übernahme der Bundeshaftung für Kreditoperationen der ÖIAG in Höhe von 847 Mill.S zur Durchführung von Kapitalerhöhungen insbesondere bei der VÖEST-ALPINE AG.

Übernahme der Bundeshaftung für eine Kreditoperation der VMW Ranshofen-Berndorf AG in Höhe von 111 Mill.S.

- 46 -

Autobahn-Sonderfinanzierung

Für den beschleunigten Ausbau der Linzer Autobahn (A 25) wurden 180 Mill.S, für den der Mühlkreisautobahn (A 7) rd. 80 Mill.S im Rahmen der Bedeckung des Gesamtgebarungsabganges als Finanzschuld aufgenommen.

Ferner wurden im Rahmen der Sonderfinanzierung gemäß Artikel VIIIA des Bundesfinanzgesetzes 1978 für den beschleunigten Ausbau der Innkreisautobahn (A 8) 80 Mill.S als Finanzschuld aufgenommen.

Weiters wäre zu erwähnen, daß am 1. Juli 1977 das neue Zollamtsgebäude des Zollamtes Wels mit einem für die Zollabfertigung von LKW-Zügen geeignetem Arbeitsplatz in Betrieb genommen und am 29. Dezember 1978 der Grenzübergang Weigetschlag mit dem dort errichteten Zollamt eröffnet wurde.

Die Zollverwaltung wirkt derzeit an der Planung österr.-deutscher Gemeinschaftszollämter und der zugehörigen Grenzabfertigungsanlagen mit, die bei Suben und Braunau in Abhängigkeit von den dort vorgesehenen neuen Innbrücken in nächster Zeit errichtet werden sollen.

Die bereits getroffenen sowie auch die vorgesehenen Maßnahmen kommen einer wesentlichen Verbesserung der Verkehrs- und Abfertigungsverhältnisse im Bundesland Oberösterreich zugute.

Darüber hinaus möchte ich noch 2 Beilagen bezüglich der Leistungen des Bundes im Rahmen des Finanzausgleiches bzw. der Beitragsleistungen an privatwirtschaftliche Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, beilegen.

- 47 -

Oberösterreich

Aktivitäten des Bundes
im Interesse des Landes

1975

1976

1977

1978

1979 1)

in Mill. S

Nach FAG 1973

Ertragsanteile an gemeinschaftl.
Bundesabgaben einschließlich
Spielbankabgabe

582'0 4.130'6 4.470'2 4.816'6 1.737'3

Finanzzuweisungen

Ertragsanteilekopffquoten-Aus-
gleich

. 15'1 12'5 15'7 .

Salinenbetriebsstättengemeinden

.

ÖBB-Betriebsstättengemeinden

.

Theater-u.Orchestergemeinden

.

Zweckzuschüsse

Entwicklungsgebiete

. 5'6 5'6 5'6 .

Wirtschaftsförderung

. 4'6 4'6 4'6 .

Naturschutzförderung

. 0'8 0'8 0'8 .

Theaterführung

. 4'9 4'9 4'9 .

Umweltschutzförderung

. 7'3 7'3 7'3 .

Fremdenverkehrsförderung

. 0'1 0'1 0'1 .

Personennahverkehrsförderung

.

Pflichtschulbauaufwand

.

Sportförderung

. 0'3 0'3 0'3 .

nach Wohnbauförderungsgesetz 1968,BGBI.Nr. 280/1967 i.d.g.F.

gemäß §§ 4 und 5

. 1.102'5 1.265'1 1.420'2 795'2

gemäß § 36

. 37'2 27'1 26'5 .

nach Rückzahlungsbegünstigungsgesetz,BGBI.Nr. 336/1972 i.d.g.F.

gemäß § 10

. 24'4 34'3 27'9 13'1

nach Wohnungsverbesserungsgesetz,BGBI.Nr. 426/1969 i.d.g.F.

gemäß § 4

. 19'6 22'4 25'2 28'0

nach Katastrophenfondsgesetz,BGBI.Nr. 207/1966 i.d.g.F.

für Schäden im Privatvermögen

. 0'0 8'0 0'0 2)

für Schäden im Vermögen d.Länder

. 15'7 10'6 60'6 27'9

für Schäden im Vermögen d.Gmdn.

.

für Einsatzgeräte d.Feuerwehren

. 4'0 4'6 5'2 1'4

1) FAG 1979

2) kann derzeit nicht abgeschätzt werden

- 48 -

Oberösterreich

Aktivitäten des Bundes im Interesse der Gemeinden	1975	1976	1977	1978	1979 1)
--	------	------	------	------	---------

in Mill. S

FAG 1973

Ertragsanteile an gemeinschaftl. Bundesabgaben einschl. Spielbankabgabe	486'8	2.914'6	3.163'8	3.410'4	1.208'5
---	-------	---------	---------	---------	---------

Finanzzuweisungen

Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich
Salinenbetriebsstättengemeinden	.	1'0	1'0	1'0	.
ÖBB-Betriebsstättengemeinden	.	3'5	3'5	3'5	.
Theater- u. Orchestergemeinden	1'0	1'7	1'9	1'9	.

Zweckzuschüsse

Entwicklungsgebiete
Wirtschaftsförderung
Naturschutzförderung
Theaterführung	4'7	4'9	4'9	4'9	.
Umweltschutzförderung	.	7'8	7'8	7'8	.
Fremdenverkehrsförderung	.	4'9	4'9	4'9	.
Personennahverkehrsförderung	7'9	8'0	8'1	8'0	.
Pflichtschulbauaufwand	.	22'0	22'8	24'0	.
Nahverkehr (KFZ-Steuer)	.	2'4	6'9	14'5	8'0

nach Wohnbauförderungsgesetz 1968,BGBI.Nr. 280/1967 i.d.g.F.

gemäß §§ 4 und 5
gemäß § 36

nach RückzahlungsbegünstigungsgesetzBGBI.Nr. 336/1972 i.d.g.F.

gemäß § 10
------------	---	---	---	---	---

nach Wohnungsverbesserungsgesetz,BGBI.Nr. 426/1969 i.d.g.F.

gemäß § 4
-----------	---	---	---	---	---

nach Katastrophenfondsgesetz,BGBI.Nr. 207/1966 i.d.g.F.

für Schäden im Privatvermögen
für Schäden im Vermögen d. Länder
für Schäden im Vermögen d. Gmd.	.	5'4	7'0	17'2	7'3
für Einsatzgeräte d. Feuerwehren

1) FAG 1979

- 49 -

Beitragsleistungen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen an
denen der Bund beteiligt ist

	1975 - 1978 in Mill.S	1979 (BVA)
1. Dachstein Fremdenverkehrs AG (Darlehen)	.	11'000
2. Elektrobau AG (Kap.Einz.)	25'681	.
3. PAG (Kap.Einz.)	79'750	34'750
4. WAG Linz (Kap. Einz.)	3'388	1'600
5. BUWOG (Darlehen)	23'523	4'000
6. Flughafen Linz (Einz.i.THV)	92'252	8'000
7. ESG Linz (Kap.Einz.)	17'193	4'900
8. Entwicklungsges. Hausruck (Kapitaleinzahlung)	0'250	.
Summe (1. - 8.)	242'037	64'250

- 50 -

BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

Einleitend ist festzuhalten, daß die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz getroffenen Maßnahmen legislativer und administrativer Art grundsätzlich gleichermaßen für alle Bundesländer von Bedeutung sind. Eine lückenlose Aufzählung würde daher in diesem Rahmen zu weit führen; eine ausführliche Darstellung ist aber im Bericht über das Gesundheitswesen in Österreich enthalten, der jährlich vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt herausgegeben wird. Es wird daher nur auf einige Schwerpunkte hinzuweisen sein.

So wurde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens durch die Novelle zum Ärztegesetz, BGBl.Nr. 425/1975, bestimmt, daß an Krankenanstalten so viele Ärzte zu beschäftigen sind, daß höchstens auf je 30 Spitalsbetten ein in Ausbildung zum praktischen Arzt stehender Arzt entfällt. Durch diese Bestimmungen wurden an den Krankenanstalten zusätzlich Ausbildungsstellen geschaffen.

Die Zahl der promovierten Mediziner ist von 1200 im Wintersemester 1973/74 auf 2200 im Wintersemester 1977/78 angestiegen, wodurch in absehbarer Zeit der derzeit bestehende Mangel an praktischen Ärzten zu beheben sein wird.

Seit Oktober 1976 werden vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Förderungsbeiträge für die Spitalsausbildung zum praktischen Arzt gewährt. Durch die Gewährung dieser Förderungsbeiträge sollen 300 zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden.

- 51 -

Seit Beginn der Aktion (Oktober 1976) bis Dezember 1978 wurden in ganz Österreich bisher 170 Ärzte mit Förderungsbeiträgen aus Bundesmitteln an die Rechtsträger von Krankenanstalten gefördert.

Im Rahmen der Facharztausbildung hat der Wissenszuwachs in den letzten Jahren eine Reihe von Subspezialisierungen im Rahmen bestehender Sonderfächer notwendig gemacht. Mit der Novelle zur Ärzte-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 529/1975, wurde eine ergänzende spezielle Ausbildung in Kinderchirurgie, plastischer Chirurgie, Nuklearmedizin, Kinderneuro-psychiatrie, sowie Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie im Rahmen bestehender Sonderfächer eingeführt. Mit der Novelle zur Ärzte-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 661/1976, wurde der Facharzt für Neurochirurgie in Österreich eingeführt.

Die Anzahl der Fachärzte im Land Oberösterreich ist von 512 Fachärzten und 148 Zahnärzten im Jahre 1973 auf 791 Fachärzte und 212 Zahnärzte im Jahre 1978 angestiegen.

Die Zahl der Ausbildungsstellen zum Facharzt konnte von 147 (Stand 31. Dezember 1976) auf 173 (Stand 31. Dezember 1978) erhöht werden.

Die Zahl der an Krankenanstalten Österreichs insgesamt in Ausbildung stehenden Ärzte konnte von 2.704 (Stand Dezember 1973) auf 4.224 (Stand Dezember 1978) gesteigert werden.

- 52 -

Im Land Oberösterreich konnte von Dezember 1973 auf Dezember 1978 eine Steigerung von 284 auf 509 Turnusärzte erzielt werden.

Zur Sicherstellung der künftigen zahnmedizinischen Versorgung der Bevölkerung wurde im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung der Ausbau der Universitätszahnkliniken weiter intensiviert. Die Zahl der zahnmedizinischen Ausbildungsplätze bzw. die Zahl der bezahlten Ausbildungsstellen konnte wesentlich erhöht werden. Zur Beschleunigung der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsstellen hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz aus Mitteln der Krankenanstalten-Investitionsförderung im Jahre 1976 für die apparative Ausgestaltung der Zahnklinik Innsbruck einen Beitrag von S 5.000.000,-- geleistet. Für die apparative Ausstattung der Zahnklinik in Graz wurde 1977 ein Beitrag von S 1.500.000,-- gewährt.

Derzeit bestehen in Innsbruck 50, in Wien 160 und in Graz 34 Ausbildungsstellen, ab 1. März 1979 werden es in Graz 50 Ausbildungsstellen sein. Die gesamtösterreichische Ausbildungskapazität wird dann 260 Ausbildungsstellen betragen, d.h. es werden 130 Zahnärzte pro Jahr fertig werden. Die Abgänge an Zahnärzten betragen in ganz Österreich jährlich ca. 30, die der Dentisten zwischen 40 und 60.

Da die Gesamtausbildungskapazität ab 1979 nach Ansicht aller Experten ausreichend sein wird, könnte mittelfristig die gewünschte Meßzahl von 2.400 Einwohnern/Zahnarzt überall in Österreich erreicht werden.

- 53 -

Auch auf dem Gebiet der Ausbildung im Krankenpflegefachdienst hält die seit Inkrafttreten der Krankenpflegegesetznovelle 1973 (Senkung des Eintrittsalters in die Krankenpflegeschulen) eingesetzte Steigerung der Schülerzahlen an Krankenpflegeschulen an. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Krankenpflegefachdienst konnte von 5.874 (Stand vom 31. Dezember 1976) auf 6.085 (Stand 31. Dezember 1977) gesteigert werden. Die Bewerbungen übersteigen weiterhin die Aufnahmekapazität der Ausbildungsstätten und dies obwohl die Aufnahmekapazität der Krankenpflegeschulen wesentlich höher werden konnte. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat durch eine gezielte Investitionsförderung dazu beigetragen, daß nicht nur neue Krankenpflegeschulen errichtet wurden, sondern auch die Zahl der an den Schulen geführten Ausbildungslehrgänge gesteigert werden konnte.

Diese erfreuliche Tendenz zeigt sich auch am Personalstand des Krankenpflegefachdienstes in den Krankenanstalten Österreichs, der von 1976 auf 1977 von 19.098 auf 20.123 gesteigert werden konnte.

Auch in den anderen Sparten der durch das Krankenpflegegesetz geregelten Berufe zeigt sich eine erfreuliche Tendenz der Steigerung der Schülerzahlen und der Ausbildungskapazität sowie des Personalstandes in den Krankenanstalten.

Durch Novellierung des Krankenpflegegesetzes und des Ärztegesetzes im Jahre 1975 wurde ferner die Verabreichung von Injektionen und die Blutabnahme durch das diplomierte Pflegepersonal bzw. durch medizinisch-technische Assistentinnen vorgesehen. Die Neuregelung ist einerseits eine Entlastung für die Ärzte in österreichischen Spitälern und trägt andererseits zur Hebung des Berufsbildes dieses

- 54 -

Personenkreises im Sinne einer vermehrten Eigenverantwortung bei.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat einen österreichischen Krankenanstaltenplan in zwei Teilen (A-Akutversorgung, B-Langzeit- und Sonderversorgung) ausgearbeitet, der die von der zweiten Novelle zum Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 281/1974, festgelegten Gliederungsprinzipien und Minimalanforderungen der Krankenanstalten (Standard-, Schwerpunkt- und Zentralversorgung) in einen gesamtösterreichischen Regionalplan umsetzt. Teil B befaßt sich mit der Langzeit- und Sonderversorgung, also mit der Betreuung von chronisch Kranken, psychisch Kranken und Behinderten. In diesem Teil wird ein Katalog von notwendig erscheinenden Versorgungsrichtlinien angeführt und für die einzelnen Gruppen von Betreuungsbedürftigen angegeben, welche Einrichtungen in welcher regionalen Verteilung vorhanden sein müssen.

An Zweckzuschüssen des Bundes gemäß §§ 57 - 59 des Krankenanstaltengesetzes wurden für das Land Oberösterreich im Jahre 1975 S 81,085.716.04, im Jahre 1976 S 68,400.153,16 und im Jahre 1977 S 94,161,662,48 geleistet.

Im Rahmen der Krankenanstalten-Investitionsförderung wurden in den Jahren 1973 - einschließlich 1. Halbjahr 1978 - dem Bundesland Oberösterreich Förderungsbeträge in Gesamthöhe von S 224,027.700,-- gewährt. Außerdem wurden im Rahmen der Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Perinatalogie und Neonatologie in den Jahren 1974 - 1978 insgesamt S 21,212.000,-- für Geräteanschaffungen angewiesen.

- 55 -

Am 31. August 1978 wurden eine zwischen dem Bund und den Ländern auf Grund des Artikel 15a B-VG abgeschlossenen Vereinbarung über eine Neuregelung der Krankenanstaltenfinanzierung unter BGBl.Nr. 453 im Bundesgesetzblatt verlautbart.

Auf Grund dieser Vereinbarung werden in den nächsten Jahren den Krankenanstalten in den einzelnen Bundesländern wesentlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Im Jahre 1977 wurden den Krankenanstalten seitens des Bundes an Zweckzuschüssen zum Betriebsabgang und an Zuwendungen für Investitionen insgesamt S 945,985.071,-- zur Verfügung gestellt. Demgegenüber werden die Zuwendungen für die Krankenanstalten im Jahre 1978 das Zweieinhalbfache erreichen. Dementsprechend wird sich auch der auf die Krankenanstalten des Landes Oberösterreich entfallende Anteil verhältnismäßig erhöhen. Das gleiche gilt für die weitere Dauer des Bestehens dieser Vereinbarung.

Ferner wurde allen Krankenanstalten die Patientencharta "Es ist Ihr gutes Recht im Krankenhaus - Charta des Patienten" in beliebiger Anzahl vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zur kostenlosen Abgabe an die Patienten zur Verfügung gestellt.

Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß einerseits durch den Mutter-Kind-Paß mit seiner regelmäßigen Betreuung von Mutter und Kind, sowie durch den gleichzeitigen Ausbau geburtshilflicher Abteilungen und Neonatologiestationen in den Spitälern - zu dem die vorstehend erwähnten Förderungsmaßnahmen nicht unwesentlich beigetragen haben - die Säuglingssterblichkeit und die Behindertenrate der Neugeborenen erheblich zurückgegangen ist.

- 56 -

Insgesamt ist seit den ersten Maßnahmen des Gesundheitsministeriums im Jahre 1972 die Säuglingssterblichkeit von 26,1 Promille auf 16,9 Promille im Jahre 1977 und 14,9 Promille im Jahre 1978 reduziert worden. Dies bedeutet bereits eine Senkung im Bundesdurchschnitt um 43,7 Prozent, also eine Senkung um fast die Hälfte in nur 7 Jahren.

Diese Tendenz einer kontinuierlich von Jahr zu Jahr sinkenden Säuglingssterblichkeit hält erfreulicherweise an, wobei der Rückgang in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ist, - ja bis zu einem gewissen Aufwärtstrend geht.

Am 27. Mai 1975 wurde der Beirat für Psychische Medizin und am 20. Februar 1976 der Bundesbeirat für Behinderte errichtet. Diese Beiräte wurden ins Leben gerufen, um den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz in seinen Bestrebungen hinsichtlich der Verbesserung und Modernisierung der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung und einer Besserstellung der Behinderten in ihren gesundheitlichen, sozialen und beruflichen Chancen beratend und begutachtend zu unterstützen.

Der Beirat für Psychische Hygiene hat dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Leitlinien hinsichtlich der weiteren Planung des Bundeskrankenanstaltenplanes gesetzt und zwar in zweifacher Hinsicht:

1. Eine Trennung der geistig Behinderten aus den Psychiatrischen Krankenanstalten herbeizuführen und
2. die Schaffung von Psychiatrisch-Neurologischen Abteilungen an den Schwerpunktkrankenhäusern.

Ferner wurde der Österreichischen Gesellschaft für Psychische Hygiene, Landesgruppe Steiermark, ein Forschungsauftrag "Evaluierung der Arbeit eines Beratungszentrums für psychische und soziale Fragen" erteilt. Diese Projektstudie liegt auf der Linie des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, die psychiatrische Versorgung der österreichischen Bevölkerung zu modernisieren und zu humanisieren.

Auf dem Gebiet der Selbstmordverhütung wurde durch großzügige Subventionierung des mit Unterstützung des ho. Bundesministeriums gegründeten Vereins "Kriseninterventionszentrum" ermöglicht, daß sich der Verein ein ambulantes Behandlungszentrum in Wien schaffen konnte, welches am 13. Juni 1977 eröffnet wurde.

Um den Ärzten und Kurgästen sowie den Fremdenverkehrswerbestellen und Reisebüros präzise Informationen über die österreichischen Heilbäder und Kurorte in die Hand zu geben, hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz das "Österreichische Heilbäder- und Kurortebuch" herausgegeben und im Jahre 1975/76 unter anderem an alle praktizierenden Ärzte zur Verteilung gebracht. Dieses Buch enthält vor allem fachliche Informationen über den neuesten Stand der Bäder- und Klimabehandlung und leistet hiermit einen wesentlichen Beitrag, um die Aufmerksamkeit der Ärzteschaft auf ein bislang weniger beachtetes Teilgebiet medizinischer Therapiemöglichkeiten zu lenken.

Das Buch wird auch weiterhin vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz allen in Österreich niedergelassenen Ärzten über Anforderung kostenlos zur Verfügung gestellt.

- 58 -

Weiters wird allen österreichischen Staatsbürgern, demnach auch den Einwohnern des Bundeslandes Oberösterreich, über Anforderung die Notfallkarte kostenlos zur Verfügung gestellt. Insgesamt wurden bis jetzt nahezu 2,5 Millionen Notfallkarten kostenlos abgegeben. Die Notfallkarten sind auch in Apotheken kostenlos erhältlich.

Außerdem wurde ein Merkblatt für psychisch erkrankte Personen und deren Angehörige herausgebracht, welches an alle in Frage kommenden Krankenanstalten, Fachärzte sowie Krankentransporteinrichtungen und sonstige in Frage kommenden Institutionen, ebenfalls kostenlos, verteilt wurde.

Auf dem Sektor der Gesundheitsaufklärung wurde zur Bekämpfung des Mißbrauchs von Alkohol eine großangelegte Aufklärungskampagne unter dem Motto "Aktion klarer Kopf" in Form einer Broschüre durchgeführt, die nach wie vor über Anforderung kostenlos erhältlich ist.

Der vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Auftrag gegebene Alkohol-Aufklärungsfilm "Das verlorene Maß" ist bereits fertiggestellt und wurde sowohl dem Österreichischen Gewerkschaftsbund als auch dem Österreichischen Filmservice zur Vorführung bzw. zum Verleih zur Verfügung gestellt.

Der Alkohol- und Suchtmittelbeirat hat für seine Tätigkeit während der neuen Funktionsperiode 1978/81 als Grundlage eine Prioritätenliste erstellt, welche folgende Schwerpunkte beinhaltet:

1. Aufklärung über Mißbrauch von Alkohol und Drogen,
2. sinnvolle Gesundheitsstatistik,
3. interministerielle Hilfestellung,
4. Auswirkungen der 1960 eingeführten 0,8 Promille-Grenze.

- 59 -

Weiters hat das Bundesministerium eine Raucherfibel in großer Auflage herausgebracht, deren Nachfrage derart stark war, daß diese Broschüre zweimal nachgedruckt werden mußte. Raucherfibel und Raucherklebeetiketten werden zur Aufklärung der Bevölkerung kostenlos abgegeben.

Auf dem Gebiet der Gesundheitsaufklärung sind ferner noch zwei neue Broschüren zu erwähnen. Es handelt sich um die Fibel "Mein Kind soll zu dick sein?" und befaßt sich mit richtiger Ernährung bei Säugling, Kleinkind und Schulkind. Die zweite Broschüre trägt den Titel "Die ersten 12 Monate" und stellt einen Leitfaden für die Kontrolle der Entwicklung des Säuglings, sowie für Babypflege und Ernährung dar.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat während der laufenden Legislaturperiode für das Bundesland Oberösterreich den gesamten Impfstoff, der für die Durchführung öffentlicher Impfmaßnahmen (BCG-Vakzine und Tuberkulin, DPT-Vakzine, Pockenvakzine, Polio-oral-Vakzine und Rötelnimpfstoff) und für die postexpositionelle Wutprophylaxe erforderlich war, kostenlos zur Verfügung gestellt.

Dem vom Amt der Oberösterreichischen Landesregierung jeweils angegebenen Bedarf wurde immer in vollem Umfang entsprochen.

Wie alle Bundesländer erhält auch das Bundesland Oberösterreich für die Werbung für die Polio-Oralimpfaktion 1978/79 die erforderliche Menge an Werbegeschenken (Poli-Bären aus Karton und Taschen mit Aufdruck des Poli-Bären) zur Ausgabe an die Impflinge vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz.

- 60 -

Auf dem Gebiete des Arzneimittelwesens steht die Institutionalisierung eines Arzneimittelinformations- und -meldesystems unter dem Titel "Rote Hand" bevor, welches - analog den Verhältnissen anderer Länder - im Sinne der notwendigen Arzneimittelsicherheit eine weitgehend lückenlose Erfassung aller mit einer bestimmten Arzneimittelanwendung zusammenhängenden Gefahren, sowie die erforderlichen Maßnahmen seitens der Gesundheitsbehörde bei Auftreten dieser Gefahren ermöglichen soll.

Weiters ist bis zum Ende der Legislaturperiode noch die Herausgabe einer Aufklärungsschrift über den vernünftigen Umgang mit Arzneimitteln vorgesehen, welche vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz gemeinsam mit der Apothekerkammer und dem Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs durchgeführt wird und welche den Titel "Arzneimittelfibel - Der vernünftige Umgang mit Arzneimitteln" trägt.

- 61 -

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz während der laufenden Legislaturperiode, dem gesetzlichen Auftrag folgend, seine Tätigkeit als Koordinator in Zusammenarbeit mit den in Betracht kommenden Bundesministerien, aber auch mit den Bundesländern fortgesetzt.

Diese schwierige Aufgabe konnte nur durch die Kooperation aller Beteiligten, wozu auch die verschiedenen Interessenvertretungen und andere gesellschaftstragende Kräfte zu zählen sind, bewältigt werden. Wesentliche Hilfe leistete auch das Interministerielle Komitee für Umweltschutz, der Beirat für Umweltschutz und der Wissenschaftliche Beirat für Umwelthygiene. Der Wissenschaftliche Beirat für Umwelthygiene bzw. seine Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit der Erarbeitung von fachlichen Beiträgen zum Umweltschutzgesetz, den Richtlinien 3 und 4 (Bleikerzenmethode und Bergerhoff-Verfahren), der Richtlinie 5 (Empfehlungen über die Lärmbelastung), der Richtlinie 6 (Bestimmung von Flugriden mit den Silberkugelsorptionsverfahren), die in der weißblauen Buchreihe des Bundesministeriums herausgegeben wurden und der vorläufigen Richtlinie Kohlenmonoxid, die das Ressort in der weiß-grünen Reihe publizierte.

Ein bedeutender Schwerpunkt der Tätigkeit des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz lag in der Zweckforschung. Das im Jahre 1976 erstellte mittelfristige Forschungskonzept gibt nicht nur nach innen und außen die fachlichen Intentionen des Ressorts auf dem jeweiligen Fachgebiet wieder, sondern dient darüber hinaus als mittelfristiges Orientierungs- und Planungsinstrument bei der Prüfung von Vorhaben der einschlägigen Zweckforschung.

Die im Jahre 1974 eröffnete Publikationsreihe "Beiträge zum Umweltschutz" wurde in etwas abgeänderter Form weiterge-

- 62 -

führt und dient der Veröffentlichung von Ergebnissen der Zweckforschung und Zweckforschungsförderung. Diese Arbeiten bilden eine wertvolle Basis für eine effiziente Planungstätigkeit und helfen bei der Entscheidungsfindung der einschlägigen öffentlichen und privaten Stellen.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat ferner seine Aktion, die Bundesländer mit Geräten zur Messung umweltschädigender Substanzen sowie mit Umweltmeßwagen als fahrbare Meßplattformen auszustatten, fortgeführt, so daß nunmehr alle Bundesländer über derartige Einrichtungen verfügen. Die Organisation der Ausstattung erfolgt im Einvernehmen mit der Abteilung für Lufthygiene der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Wien.

Dem Land Oberösterreich wurden seit Beginn dieser Legislaturperiode Meßgeräte im Wert von 8,7 Millionen Schilling, den Ländern insgesamt im Wert von über 40 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Durch die Vergabe von Meßgeräten an alle Bundesländer - und zwar jeweils Geräte derselben Bauart - sowie durch die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz erarbeiteten einheitlichen Meßmethoden ist eine einheitliche Erfassung der Umweltsituation in Österreich gewährleistet. Nur gleichartige Meßgeräte, die nach einheitlichen Meßmethoden eingesetzt werden, liefern auch vergleichbare Ergebnisse. Durch diese bundesweite Aktion wurden daher erstmalig die Voraussetzungen für eine einheitliche Feststellung der Umweltbelastungen in Österreich geschaffen. Das ist eine wesentliche Aufgabe im Rahmen der dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zukommenden Zuständigkeit zur Koordinierung auf allen Gebieten des Umweltschutzes. Durch die Initiative des Ressorts konnte auch eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und den Landesexperten einerseits und zwischen den Landesexperten

untereinander andererseits erreicht werden. Der Erfolg der Geräteaktion zeigt sich bereits derzeit in einer immer genaueren und engermaschigen Erfassung von umweltfremden und umweltschädigenden Substanzen, die eine wertvolle und unerlässliche Grundlage für alle Maßnahmen auf dem Gebiete des Umweltschutzes darstellt.

Neben der erwähnten Bedeutung der Langzeitbeobachtungen haben sich die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zur Verfügung gestellten Geräte durch den jederzeit möglichen konzentrierten Einsatz an neuralgischen Punkten auch hinsichtlich der raschen Erfassung einer konkreten Umweltsituation bewährt.

Die Arbeiten an dem in Aussicht genommenen Umweltschutzgesetz, durch das bundeseinheitliche Rechtsvorschriften zur Minimierung der Umweltbelastung im Interesse der menschlichen Gesundheit erlassen werden, wurden fortgesetzt. Dieses Gesetz soll das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in die Lage versetzen, seinem gesetzlichen Koordinationsauftrag besser als bisher entsprechen zu können.

Auf der Grundlage eines vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz herausgegebenen "Rahmenkonzepts für die Abfallbeseitigung Österreichs" strebt das Ressort einen Müllbeseitigungsplan an, der bei Wahrung der derzeitigen Kompetenzverteilung Verbesserungen in der umweltfreundlichen Wiederverwertung und Beseitigung des Mülls unterstützt. Die wirtschaftliche Unterstützung von Einrichtungen der Müllbeseitigung soll in Abhängigkeit von den im "Rahmenkonzept Abfallbeseitigung" umrissenen allgemeinen Planung und den darauf noch zu entwickelnden Spezialplanung erfolgen.

Wie der Verfassungsgerichtshof in seinem Kompetenzfeststellungserkenntnis zum Entwurf eines Wiener Sonderabfallbeseitigungsgesetzes festgestellt hat, kommen dem Bund

zahlreiche Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft zu. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ist daher bestrebt, die gesamte Problematik der schadlosen Wiederverwertung oder Beseitigung von Sonderabfällen einschließlich Altölen einer den Anliegen des Umweltschutzes aber auch den wirtschaftlichen Interessen gerecht werdenden Lösung zuzuführen. Das Ressort arbeitet daher an einem umfassenden Abfallwirtschaftsgesetz, das den gesamten Problembereich der Sonderabfälle umfassen wird.

Lärm ist zu einem negativen Indikator für Lebensqualität, zum unmittelbarsten negativen Umwelterlebnis geworden. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat daher mit Unterstützung hervorragender Fachleute eine Anti-Lärm-Kampagne gestartet.

Die Lärmfibel soll die Bevölkerung über die gesundheitlichen Risiken der Lärmbelastung aufklären; die Lärmfibel soll aber auch jeden einzelnen zum Nachdenken anregen, wieviel er eigentlich selbst Lärm vermeiden und damit zu einer Verbesserung der Umwelt beitragen kann.

In bestimmten Bereichen ist aber der einzelne weitgehend außerstande, sich und seine Mitmenschen vor Lärm zu schützen. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat daher seine Zielvorstellungen über die Grenzen zumutbarer Lärmbelastung in Wohngebieten in einer Empfehlung dargelegt. Es wird sich dafür einsetzen, daß die in dieser Empfehlung angeführten Grenzwerte den Maßstab für die Praxis der behördlichen Planungs- und Entscheidungstätigkeit darstellen.

Das Ministerium hat auch Richtlinien zur Lärmmessung und -begrenzung ausgearbeitet. Es wird Aufgabe der betroffenen Behörden, aber auch der Wirtschaft sein, durch dieses vom Ressort geschaffene Instrumentarium zu einer Verringerung der Lärmbelastung und damit zu einer fühlbaren Verbesserung der Lebensqualität der österreichischen Bevölkerung beizutragen.

- 65 -

Auf dem Gebiet des Strahlenschutzes wurden die gesundheits- und umweltschutzpolitischen Aktivitäten während der laufenden Legislaturperiode weiter verstärkt.

Als gemäß § 41 des Strahlenschutzgesetzes in 1. Instanz zuständige Behörde hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz umfangreiche Bewilligungsverfahren für das Kernkraftwerk Zwentendorf, das Forschungszentrum Seibersdorf, insbesondere für das International Analytical Safeguard Laboratory und für Elektronikbeschleuniger in Krankenanstalten durchgeführt.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurden die Beobachtungsstationen bei Bezirksverwaltungsbehörden im Sinne des § 38 Strahlenschutzgesetz zum Zwecke der raschen Erkennung von großräumigen Anstiegen von Strahlenpegeln weiter ausgebaut. Als langfristiges Ausbauziel sind etwa 300 Beobachtungsstationen, verteilt über ganz Österreich, vorgesehen. Im Bundesland Oberösterreich steht derzeit eine Beobachtungsstation des Strahlenfrühwarnsystems in Betrieb. Dieses Strahlenwarnsystem wird mit Hilfe der bereits in Angriff genommenen Datenfernübertragung über ein Strahlenschutzmeldenetz (Fernwirksystem), das alle Stationen mit den Warnzentralen der Länder und des Bundes verbindet, als Strahlenfrühwarnsystem für Anlaßfälle der umfassenden Landesverteidigung dienen.

Zur großräumigen Überwachung des Bundesgebietes wurden Radioaktivitätsmessungen in der Luft, in Niederschlägen und in Lebensmitteln durchgeführt.

- 66 -

Weiters hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz den Ankauf von Trinkwasserbereitern mit einer Einrichtung zur Dekontamination allenfalls radioaktiv verseuchter Wässer durch die Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz gefördert sowie den Ankauf von Strahlenmeßeinrichtungen durch den Bundesfeuerwehrverband. Letztere kommen auch dem Landesfeuerwehrkommando Oberösterreich zugute. Die oberösterreichische Feuerwehr ist dadurch in der Lage, bei allfälligen Einsätzen in verstrahlten Zonen sowohl ihr eigenes Personal zu schützen, als auch radioaktiv kontaminierte Flächen besser zu kontrollieren.

Seit dem Jahr 1976 werden die Kosten für ärztliche Untersuchungen für nicht unfallversicherte, beruflich strahlenexponierte Personen vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz an die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter rückerstattet. Diese Vereinbarung wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung getroffen.

Über die "Radioaktivitätsmessungen in Österreich 1970 - 1974" wurde im Jahre 1975 ein Bericht des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz veröffentlicht.

Im Jahre 1975 wurde ferner vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz die "Strahlenkarte Österreichs" veröffentlicht, in der die mittleren Bevölkerungsdosen im Freien durch terrestrische und kosmische Strahlung tabellarisch und in 5 Österreichskarten dargestellt sind.

Das neue Lebensmittelgesetz 1975 trägt dem Gesundheitsschutz des Verbrauchers in einer die Fortschritte von Wissenschaft und Technik berücksichtigenden Weise voll Rechnung. Die bisherigen Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung lassen bereits die Vorzüge dieses Gesetzes erkennen. Bisher wurden bereits zehn Verordnungen auf Grund des Lebensmittelgesetzes erlassen; insbesondere wird auf die Schädlings-

- 67 -

bekämpfungsmittel-Hochstwerteverordnung, die Verordnung über die Einfuhr von Eipräparaten, die Konservierungsmittel-Verordnung, die Verordnung über Extrawurst, die Lebensmittelimportmeldeverordnung und die Zusatzstoffkennzeichnungsverordnung hingewiesen. Vier weitere Verordnungsentwürfe werden derzeit von einem eigens hiezu eingesetzten Expertenkomitee beraten.

Durch das Lebensmittelgesetz 1975 wurde auch die Tätigkeit der Lebensmitteluntersuchungsanstalten wesentlich intensiviert. Die fortschreitende Technisierung und die notwendige Rationalisierung bedingen einen steigenden Bedarf an aufwendiger apparativer Ausrüstung.

Auf Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurden auch in Zusammenarbeit mit den Lebensmitteluntersuchungsanstalten die Untersuchungsprogramme hinsichtlich Inhalt und Umfang den modernen Erfordernissen entsprechend ausgebaut. Als Schwerpunkte sind neben der verstärkten Überwachung von Pestizidrückständen auf Lebensmitteln eine intensivierte Kontrolle der Lebensmittelimporte zu nennen. Ferner wurde das Programm für bakteriologische Lebensmitteluntersuchungen wesentlich erweitert.

Auf dem Gebiet des Veterinärwesens kann darauf hingewiesen werden, daß seit 1975 im gesamten Bundesgebiet kein Fall von Maul- und Klauenseuche aufgetreten ist, obwohl 1976 in der Bundesrepublik Deutschland vereinzelt und in Italien ausgebreitet die Maul- und Klauenseuche herrschte. Auf Grund besonderer Maßnahmen konnte jedoch die Einschleppung dieser Seuche aus dem Ausland verhindert werden.

- 68 -

Für die Amtstierärzte sämtlicher Bundesländer wurden von der Veterinärverwaltung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz mehrtägige Fortbildungskurse abgehalten. Die Vorträge umfaßten aktuelle Probleme der Tierseuchenbekämpfung, insbesondere der Wutkrankheit und der für die Massentierhaltung ausschlaggebenden Geflügelseuchen, verschiedene veterinärmedizinische Aspekte der Fleischschau bei Wildtieren und die Tierkörperbeseitigung.

In der Reihe von Zivilschutzkursen soll die gesamte Amtstierärzteschaft Österreichs mit den neuesten Erkenntnissen auf diesem Gebiet vertraut gemacht werden. Bisher fanden vier Kurse statt, an denen insgesamt 13 Vertreter aus dem Bundesland Oberösterreich teilnahmen.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und IndustrieAußenhandel und Integration

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat im Berichtszeitraum im Interesse der österreichischen Exportwirtschaft an der weiteren Verbesserung der Förderungs- und Finanzierungsinstrumente und am Ausbau des bestehenden Netzes von Informations- und Kontaktmöglichkeiten mitgewirkt. In zahlreichen Wirtschaftsverhandlungen war es bestrebt, die Voraussetzungen für eine bessere geographische Streuung der österreichischen Exporte - ohne Vernachlässigung der traditionellen Handelspartner - sowie eine Erhöhung des Fertigwarenanteiles zu schaffen. Durch die Ausweitung bereits bestehender Handels-, Zahlungs- und Kooperationsabkommen und den Abschluß neuer Verträge ist es gelungen, die Grundlage für gedeihliche wirtschaftliche Beziehungen zu festigen.

Auf legislativem Sektor stand weiters die Außenhandelsgesetznovelle 1976, die die Einbeziehung wichtiger mineralischer Rohstoffe zur Krisenvorsorge zum Gegenstand hat, im Mittelpunkt. Unter dem gleichen Gesichtspunkt wurde die bis dahin gegebene Bewilligungspflicht für Erdöl, Gasöl und Heizöle im Gesetz selbst verankert und schließlich einige Sprengstoffe von militärischer Bedeutung in die Liste der bewilligungspflichtigen Waren in der Ausfuhr aufgenommen, um nötigenfalls Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität treffen zu können. In Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmungen sowie verschiedener internationaler Verträge sind zahlreiche Verordnungen ergangen.

Unter den legislativen Aktivitäten wurde als weiterer Schwerpunkt ein Einfuhrscheinverfahren im Rahmen der Ermächtigung der Zollämter zur Erteilung von Einfuhrbewilligungen in vereinfachter Form für bestimmte Produkte der Textil- und Bekleidungsindustrie geschaffen, das ein frühzeitiges Erkennen der Importentwicklung ermöglicht. Einfuhrscheine sind schließlich auch für Waren des Kapitels 73 vorzulegen, die in einem Briefwechsel Österreichs mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl über ein Basispreissystem genannt werden.

- 70 -

Novellen zum Antidumpinggesetz und zum Anti-Marktstörungsgesetz beinhalten die Rezeption der im Antidumping-Kodex des GATT vorgesehenen Möglichkeit, vorläufige Maßnahmen zu verhängen, wenn in einer Vorentscheidung festgestellt worden ist, daß ein Dumping vorliegt und wenn ausreichende Beweise für eine Schädigung erbracht sind. Damit im Zusammenhang fiel auch die Versandklausel, die zum Zeitpunkt der Festsetzung eines Antidumping- bzw. Ausgleichszolles auf dem Weg nach Österreich befindliche Ware von der jeweiligen Maßnahme ausnahm, weg.

Zum Schutz der österreichischen Textil- und Bekleidungsindustrie wurde wegen der in bedrohlichem Maße gestiegenen Billigimporte von Strumpfhosen mit Wirkung vom 6. November 1978 eine Richtpreisverordnung nach dem Anti-Marktstörungsgesetz erlassen. Durch diese Maßnahme wurde dem mehrfach vorgebrachten Wunsch hinsichtlich eines Schutzes für hochwertige Waren Rechnung getragen.

Dumpingimporten von Baustahlgittern mit Ursprung in Italien wurde schließlich durch die Festsetzung eines einheitlichen Basispreises aufgrund des Antidumpinggesetzes mit Wirkung vom 18. Dezember 1978 ein Riegel vorgeschoben.

Trotz der zunehmenden Multilateralisierung des österreichischen Außenhandels hat sich die Pflege der bilateralen Beziehungen für die Erschließung neuer Absatzmärkte für österreichische Produkte, etwa in Entwicklungsländern, als sehr nützlich erwiesen. Österreich hat seinerseits den Entwicklungsländern nach Verhandlungen Vorzugszölle für Waren aus diesen Staaten (erwähnt seien hier nur tropische Produkte und handwerkliche Erzeugnisse) im Rahmen des Präferenzzollgesetzes gewährt.

Im Hinblick auf das große Defizit in der Handels- und Leistungsbilanz gegenüber unserem größten Außenhandelspartner, den Europäischen Gemeinschaften, wurden mehrere Initiativen gesetzt. Konkret wurden dabei Maßnahmen der Gemeinschaft zur Beseitigung oder Verringerung bestehender Handelshemmnisse bei industriell-gewerblichen Produkten und am Agrarsektor verlangt. In diesem Zusammenhang dringt Österreich stets auf eine möglichst liberale Durchführung der Freihandelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere bei der Handhabung der nunmehr nach Realisierung der Zollfreiheit am 1. Juli 1977 noch bestehenden restriktiven Regelungen bei den sensiblen Produkten. So ist das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mit Nachdruck bemüht, die Erhaltung und den Ausbau der österreichischen Exporte von Papier und Papierprodukten in die Gemeinschaft in Form ausreichender Richtplafonds der EG bzw. Zollfreikontingente seitens Großbritanniens und Dänemarks sowie einer liberalen Handhabung der Sonderbestimmungen des Freihandelsabkommens allgemein sicherzustellen. Auch am Agrarsektor konnte die Gemeinschaft zu einem gewissen Entgegenkommen bei Käse und Wein, insbesondere aber am Rindersektor, durch Aufhebung der Einfuhrsperre per 1. April 1977 bewogen werden.

Die österreichischen Bemühungen um Lösung der ab 1. Jänner 1978 durch Inkrafttreten der EG-Richtlinien für reinrassige Zuchtrinder zu befürchtenden Exportschwierigkeiten, insbesondere nach Italien, wurden intensiv fortgesetzt. Österreichische Lösungsvorschläge, wie die gegenseitige Anerkennung der Herdbucheintragungen und die Einräumung eines Kontingentes für österreichische Rinder, wurden in den EG-Mitgliedstaaten vorgebracht und diskutiert. Das Problem wurde auch anlässlich des Besuches des Vizpräsidenten der EG-Kommission, Gundelach, in Wien am 28. und 29. September 1978 erörtert, wobei von Vizpräsident Gundelach eine diesbezügliche Verwendungszusage abgegeben wurde. In derselben An-

- 72 -

gelegenheit fanden kürzlich auch eingehende Gespräche des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft mit Kollegen aus mehreren EG-Mitgliedstaaten und Vertretern der EG in Brüssel statt. Abgesehen von diesen Bemühungen um die Sicherstellung des österreichischen Zuchtrinderexportes in die EG konnten durch eine Aufstockung des EG-Nutzrinderkontingentes für weibliche Nutzrinder der Höhenrassen von bisher 30.000 auf 38.000 Stück die Exportbedingungen für dieses wichtige Bergbauernprodukt bedeutend verbessert werden.

Aufgrund dieser Schritte hat das österreichische
Landwirtschaftsministerium wesentliche Erfolge erzielt.

Am Stahlsektor, auf dem die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl für die EG-Stahlindustrie Schutzmaßnahmen eingeführt hat, wurde in laufenden Kontakten mit den Kommissionsdienststellen auf die Abwendung von negativen Auswirkungen auf die österreichische Stahlindustrie hingewirkt.

Zwischen EGKS einerseits sowie Österreich und weiterer EFTA-Staaten andererseits wurde durch einen Notenwechsel eine Vereinbarung über die Einhaltung einer Preisdisziplin getroffen. Dieses System mit einer Stabilisierung und teilweisen Verbesserung der Preise auf dem Stahlmarkt, das im Frühjahr 1978 wirksam wurde, hat sich grundsätzlich bewährt, sodaß eine Verlängerung des Arrangements für 1979 erfolgte.

Schließlich war die Frage der Ausgleichsabgabe für nach Österreich importiertes Bier 1978 Gegenstand intensiver Kontakte mit den EG. Es galt dabei, diese für die österr. Brauereiindustrie wichtige Frage gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß die österr. Ausgleichsabgabe nicht im Einklang mit dem Freihandelsabkommen Österr.-EWG stehe. Nach eingehenden Gesprächen ist diese Angelegenheit, die für den Sektor der landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte von grundsätzlicher Bedeutung ist, nunmehr nicht mehr

- 73 -

kontroversiell. In diesem Zusammenhang ist weiters anzuführen, daß Österreich auch gegen die Exporterstattungen der Gemeinschaft bei Malz und zwar insbesondere gegen das System der langfristigen Vorausfixierung dieser Erstattungen nach Österreich, wodurch für die Industrie der EG zweifelsohne Wettbewerbsvorteile entstanden, vorstellig geworden ist. Nicht zuletzt auf Grund dieser Schritte hat die Gemeinschaft das System der Vorausfixierung von Erstattungen modifiziert.

Der Gemischte Ausschuß des Freihandelsabkommens Österreich - EWG faßte mehrere Beschlüsse zur Anpassung der Zoll- und Ursprungsregeln an die internationalen Gegebenheiten sowie zur leichteren Handhabung der geltenden Regelungen im Interesse von Wirtschaft und Verwaltung.

Auf meine Einladung fand am 13. Mai 1977 in Wien eine Konferenz der Regierungschefs sämtlicher EFTA-Länder statt. Dieses Treffen auf höchster Ebene basierte auf der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Interdependenz der einzelnen Staaten heute das hervorstechendste Faktum der weltwirtschaftlichen Beziehungen ist. Bei der Beurteilung der derzeitigen Lage bekräftigten die Regierungschefs erneut ihr Bekenntnis zum Freihandel und ihre Überzeugung, daß die EFTA auch in Zukunft eine bedeutende Funktion als nützliches und flexibles Instrument für die teilnehmenden Regierungen in der Verfolgung ihrer Ziele hinsichtlich des europäischen Freihandels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu erfüllen haben wird.

Auf diplomatischem Wege bzw. im Rahmen des Antidumping-Komitees des GATT ist unter Berufung auf Art. VI des GATT bzw. auf den Antidumping-Kodex wiederholt, zumeist erfolgreich gegen bereits gesetzte bzw. geplante Antidumpingmaßnahmen anderer Staaten gegen die Einfuhr österreichischer

- 74 -

Waren interveniert worden. Derartige Interventionen erfolgten im Berichtszeitraum beispielsweise zugunsten der österreichischen Ausfuhren von Skibindungen, Käse, Zellwollfasern und Bahnbaumaschinen nach den USA, von Käse und Unkrautvertilgungsmitteln nach Australien; von Maleinsäureanhydrid, Polyester- und Nylongarnen nach Kanada sowie von Schnellarbeits- und Werkzeugstählen nach Großbritannien.

Die Interventionen nach Australien und Australien

Auf dem Textilsektor wurden in Anbetracht der Notwendigkeit eines Schutzes der österreichischen Textil- und Bekleidungsindustrie eine Reihe von Maßnahmen gesetzt.

Österreich hat am 23. Juni 1978 das Protokoll betreffend die Verlängerung des Abkommens über den internationalen Handel mit Textilien durch Hinterlegung der diesbezüglichen Urkunde angenommen. Durch das vorgenannte Protokoll wurde das Abkommen über den Internationalen Handel mit Textilien, das mit 31. Dezember 1977 ablief, für einen Zeitraum von 4 Jahren bis 31. Dezember 1981 verlängert.

Im Rahmen dieses Abkommens hat Österreich hinsichtlich der Bekleidungsimporte, vor allem aus dem Fernen Osten, eine Reihe von Abkommen mit Exportländern abgeschlossen. Die meisten dieser Abkommen enthalten Konsultationsklauseln, sodaß bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen - somit bei Gefahr einer Marktstörung - von Österreich jederzeit die Aufnahme von bilateralen Konsultationen mit den betreffenden Ländern verlangt werden kann.

- 75 -

Im einzelnen bestehen derzeit die nachstehenden Vereinbarungen:

- 1) Hongkong: Vereinbarung über ein Exportautorisationssystem bei der Einfuhr bestimmter Textilien, das sind insbesondere Hemden, bestimmte Hosen, Sakkos, Mäntel, Sport- und Badebekleidung, Anzüge, Schlafanzüge und Nachthemden, Blusen, Kleider, Röcke, Kostüme und Hosenanzüge, Jacken, bestimmte Unterhosen und Kleider.
- 2) Republik Korea: Hier bestehen die nachgenannten 4 Abkommen über:
 - a) Kontingentierung der Einfuhr von Baumwollgeweben sowie Bekleidung und anderer Fertigwaren aus Baumwolle
 - b) Kontingentierung der Einfuhr bestimmter Oberbekleidung sowie bestimmter Blusen und Hemdblusen für Frauen, Mädchen und Kleinkinder sowie Einfuhrbewilligungen gegen Vorlage von Exportempfehlungen bezüglich der Exporte von Mänteln, Skikleidung, Sakkos und Blazern, Pyjamas und anderer Unterbekleidung.
 - c) Festlegung eines Kontingentes von 5.376.602 Paar für Socken
 - d) Festlegung eines Kontingentes von 951.360 Stück für Hemden
- 3) Macao: Vereinbarung von Kontingenten für Hemden für die Jahre 1978, 1979, 1980, 1981.
- 4) Pakistan: Exportautorisationssystem bezüglich der Einfuhr von diversen Baumwolltextilien.
- 5) Indien: Vereinbarung von Kontingenten für die Einfuhr von bestimmten Textilerzeugnissen aus Baumwolle für die Jahre 1978, 1979, 1980, 1981.

Bezüglich der Exporte von Garnen, Rohgeweben, Frottiertuchhandtüchern und Frottiertuchgeweben aus Baumwolle wurde keine mengenmäßige Beschränkung mehr vereinbart, sondern werden gegen Vorlage von Exportzertifikaten Einfuhrbewilligungen erteilt.
- 6) Japan: Einfuhrbewilligungen für bestimmte Gewebe bzw. Hemden sind an die Vorlage von Ursprungszeugnissen gebunden.

- 76 -

- 7) Singapur: Vereinbarung eines Exportautorisationsystems für die Einfuhr von Hemden. Singapur wurde allerdings mitgeteilt, daß bei Importen dieser Hemden aus Singapur im Ausmaß von mehr als 25.000 Stück im Monatsschnitt Maßnahmen ergriffen werden müßten.
- 8) Ägypten: Vereinbarung einer Konsultationsklausel für den Fall, daß die Einfuhr von Baumwollgarnen aus Ägypten die Gefahr einer Marktstörung verursacht.
- 9) Malaysia: Anstelle der Kontingentierung der Hemdenausfuhr nach Österreich auf 300.000 Stück wurde vereinbart, daß Österreich ab 1. Oktober 1978 gegen Vorlage von Exportlizenzen Einfuhrbewilligungen für Hemden erteilen wird.
- 10) Brasilien: Für den Zeitraum bis 1. November 1981 wurden für Baumwollgarne und bedruckte Baumwollgewebe Exportkontingente vereinbart.
Für Bettwäsche und Küchenwäsche aus Baumwolle ist die automatische Einfuhrlizenzierung und eine Konsultationsklausel mit der Möglichkeit von unilateralen Einfuhrbeschränkungsmaßnahmen vorgesehen, wenn eine Einigung im Verhandlungswege nicht erzielt werden kann.
- 11) Indonesien: Für die Einfuhr von Hemden wurde ein Kontingent von 50.000 Stück pro Jahr festgesetzt.

Abschließend wird darauf hingewiesen, daß durch Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 1. Juli 1977 für bestimmte Warenpositionen des Textil- und Bekleidungssektors zum Zweck einer möglichst frühen statistischen Erfassung der Einfuhr dieser Produkte die Vorlage einer Einfuhrerklärung vorgesehen wurde.

- 77 -

Hinsichtlich des Rohstoffsektors wird folgendes bemerkt:
Österreich gehört gegenwärtig folgenden Übereinkommen an:

1. Protokoll über die vierte Verlängerung des Übereinkommens betreffend Weizenhandel 1971

Österreich hat das gegenständliche Protokoll am 11. Mai 1978 in Washington unterzeichnet. Das parlamentarische Verfahren für die Ratifikation des Protokolls wird in Kürze abgeschlossen sein.

2. Das fünfte Internationale Zinn-Übereinkommen wurde im BGBl. Nr. 557/1977 veröffentlicht.
3. Das Internationale Kakao-Übereinkommen 1975 sowie die Kontrollregeln für die Durchführung dieses Übereinkommens wurden in den BGBl. Nr. 311/1977 und Nr. 312/1977 veröffentlicht.
4. Das Internationale Kaffee-Übereinkommen 1976 sowie die Kontrollregeln zur Durchführung dieses Übereinkommens wurden in den BGBl. Nr. 325/1977 und Nr. 326/1977 kundgemacht.
5. Das Internationale Zuckerübereinkommen 1977
Das parlamentarische Verfahren ist abgeschlossen, die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde demnächst zu erwarten.

- 78 -

Messe-, Ausstellungs-, Werbe- und Verpackungswesen
In der laufenden Legislaturperiode gewährte Subventionen

	1975	1976	1977	1978
<u>Für alle Bundesländer ge-</u> <u>währte Forderungszuwendungen:</u>				
Arbeitsgem. Österr. Messen				
"ARGE-Werbeprospekt"	40.000,-	(76)160.000,-	(77)170.000,-	170.000,-
WIFI d. Bundeskammer d.g.W.				
"Österreichwoche i. Inland"	50.000,-	70.000,-	100.000,-	-
Ö. Institut f. Verpackungswesen				
"Staatspreisaktion f. vor-				
bildliche Verpackung"	60.000,-	130.000,-	130.000,-	130.000,-
Ö. Werbewissenschaftl. Ges.				
"Staatspreisaktion f.				
Werbung"	70.000,-	70.000,-	70.000,-	80.000,-
"Werbewissenschaftl. Tagung"	50.000,-	50.000,-	60.000,-	60.000,-
Bundeskammer d.g.W. u.				
sonstige Förderungswerber				
(Unterstützg. ö. Ausstellungen im In- u. Ausland				
sowie der Österreichwochen im Ausland)				
Sonderausstellung				
"Einzelraumbeheizung"	200.000,-	-	-	-
Verband d. Köche Österr.	-	40.000,-	-	-
Österr. Filmarchiv	-	100.000,-	-	-
Kongreß d. Union d. Inter-				
nat. Messen (UFI) 1977 in Wien				
(Wr. Messe AG)	-	-	100.000,-	-
Symposium "Neuer Österr. Film"				
Innsbruck (21.-23.1.1977)	-	-	21.319,40	-
Tagung Filmförderungssysteme				
"Europa-Österreich" in Klagen-				
furt (22.-28.10.1976)	-	-	25.000,-	-
Ausstellung "Umdenken-Um-				
schwenken; Alternativen zur				
großtechnischen Zivilisation"	-	-	30.000,-	-
<u>Für einzelne Bundesländer ge-</u> <u>währte Forderungszuwendungen</u> <u>(Österr. Messen-Planungskosten)</u>				
Dornbirner Messe	1.000.000,-	1.000.000,-	-	-
Grazer Südost-Messe	400.000,-	600.000,-	1.000.000,-	1.000.000,-
Innsbrucker Messe	54.780,-	77.525,-	-	-
Klagenfurter Messe	800.000,-	228.344,-	210.280,-	-
Rieder Messe	150.890,-	12.992,-	32.500,-	-
Welser Messe	408.925,-	-	368.300,-	366.631,-
Wr. Internationale Messe	466.443,-	725.771,-	-	670.348,-
Wr. Neustädter Aus-				
stellungsverein	-	-	41.489,-	-

- 79 -

Berufsausbildung

Die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten, war und ist das Ziel der Bundesregierung.

Auch das Problem der Jugendbeschäftigung konnte bei uns gut gelöst werden.

Da jugendliche Arbeitslose wirtschaftlich und sozial schwach sind, wird der Aufrechterhaltung der Jugendbeschäftigung in Österreich durch die Bundesregierung Vorrang eingeräumt. In den nächsten Jahren ist noch mit einem steigenden Angebot von Lehrstellensuchenden zu rechnen. Um der Vielzahl der jugendlichen Arbeitssuchenden in den verschiedenen Bereichen auch in der Zukunft Rechnung zu tragen, wurden und werden folgende Initiativen gesetzt:

Volle Ausnützung des Lehrstellenpotentials der öffentlichen Hand und ihrer Wirtschaftsbetriebe in Bund, Ländern und Gemeinden (Bahn, Post etc.),

Aufrechterhaltung und Ausbau des Lehrstellenangebotes im Bereich der verstaatlichen Unternehmungen,

Verstärkter Einsatz der Mittel der produktiven Arbeitsmarktförderung und der Beratungs- und Vermittlungstätigkeit der Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung zugunsten der Jugendbeschäftigung.

Zusammenarbeit mit den Arbeiterkammern und Handelskammern in allen Bundesländern zur Sichtung der bestehenden Lehrstellen und Ausarbeitung der Möglichkeit der Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen in der Privatwirtschaft.

Weiterführung der Gespräche mit den Verantwortlichen der Bankenkonzernbetriebe.

Stärkere Berücksichtigung eines Lehrstellenangebotes bei der Vergabe von öffentlichen Investitionsförderungen.

- 80 -

Außerdem werden die Möglichkeiten des Ausbaus von staatlichen Lehrwerkstätten, vor allem in strukturschwachen Gebieten, sowie die Errichtung von Lehrlingsheimen in Gebieten, in denen ein Überangebot an Lehrlingen besteht, geprüft. Damit wird ein Fangnetz für den Fall geschaffen, daß die Beschäftigung Jugendlicher unerwartet auf Probleme stoßen würde.

Die Erlassung von Ausbildungsverschriften (Berufsbilder und Verhältnisszahlenregelungen) sowie von Prüfungsordnungen für die Ablegung der Lehrabschlußprüfung wurde fast zur Gänze durchgeführt. Es sind nur mehr für wenige Lehrberufe mit sehr geringer Lehrlingszahl bzw. für Lehrberufe, in denen derzeit keine Lehrlinge ausgebildet werden, diese Vorschriften zu erlassen (und zwar bereits unter Bedachtnahme auf die diesbezüglich neue, durch die Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 geschaffene Rechtslage). Diese auf einläßlichen und zahlreichen Beratungen mit Vertretern der Sozialpartner beruhende Novelle (sowie die durch sie veranlaßte Gewerbeordnungs-Novelle 1978) ist im Bundesgesetzblatt unter der Nr. 232/1978 kundgemacht worden und hinsichtlich der meisten Bestimmungen am 1. 8. 1978 in Kraft getreten.

Als einige der Neuerungen seien genannt:

Die Einführung einer obligatorischen Ausbilderprüfung, die Schaffung neu und einheitlich organisierter Lehrlingsstellen sowie die von Landes-Berufsausbildungsbeiräten, der Ausbau der Mitwirkungsrechte der Kammern für Arbeiter und Angestellte, die Einführung der bescheidmäßigen Feststellung der Eignung des Betriebes für die Lehrlingsausbildung in den Fällen der erstmaligen Lehrlingsausbildung, die Ermöglichung der bescheidmäßigen Erhöhung oder Verringerung der Lehrlingshöchstzahl, die Ermöglichung der Durchführung von Ausbildungsversuchen u.a.

- 81 -

In Durchführung der Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 ist in der Folge die Ausbilderprüfungsordnung erlassen und unter BGBl. Nr. 433/1978 kundgemacht worden (die Erlassung einer Verordnung, mit der die Prüfungen, die die Ausbilderprüfung ersetzen, angeführt werden, ist in Vorbereitung).

Ebenso wurde in Realisierung des durch die Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 weiter ausgebauten Grundsatzes der Kostenfreiheit der Lehrabschlußprüfung für Lehrlinge die "Allgemeine Prüfungsordnung" für Lehrabschlußprüfungen, BGBl. Nr. 170/1974, entsprechend abgeändert (BGBl. Nr. 432/1978).

- 82 -

Preispolitik

Für eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes ist auch eine Verminderung des Preisauftriebes wesentlich. Die Herabsetzung der Preissteigerungen war und ist eine der wichtigsten Zielsetzungen der Bundesregierung.

Preisentwicklung:

Österreich gehört zu den Ländern mit den geringsten Preissteigerungen. Als Ergebnis der Stabilitätspolitik können seit 1974 fallende Steigerungsraten verzeichnet werden.

Und zwar:

1974:	9,5 %
1975:	8,4 %
1976:	7,3 %
1977:	5,5 %
1978:	3,6 %

1977 wurde aufgrund der Konsumerhebung 1975 eine Revision des Verbraucherpreisindex durchgeführt. Die beiden letzten Konsumerhebungen (1954, 1955 und 1964) richteten sich ausschließlich an städtische Haushalte, meist in Gemeinden über 20.000 Einwohner. Die Konsumerhebung 1975 lieferte erstmals Ergebnisse, die auch für den ländlichen Raum und daher für die gesamte österreichische Bevölkerung repräsentativ sind. Außerdem wurde der Warenkorb des VPI erweitert und die Gewichtung den geänderten Lebensgewohnheiten angepaßt. Der VPI 1976 wird daher der tatsächlichen Preisentwicklung besser gerecht als der VPI 1966.

- 83 -

Das Preisregelungsgesetz 1957 und das Preistreibereigesetz 1959 wurden mit Wirkung vom 1. Juli 1976 durch das neue Preisgesetz abgelöst, sodaß das Preisrecht nunmehr in einem einzigen Gesetz zusammenfassend geregelt ist.

Das neue Gesetz sieht verstärkte Möglichkeiten des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zur Preisregelung vor. Für bestimmte, nicht preisgeregelter Waren kann der Bundesminister bei betriebswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Erhöhungen, bzw. wenn Rohstoffpreissenkungen nicht weitergegeben werden, für die Dauern von sechs Monaten einen volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preis bestimmen. Dadurch ist es auch möglich, die Weitergabe von Zolllsenkungen besser zu überwachen.

Eine bedeutsame Änderung brachte das neue Gesetz jedoch hinsichtlich der Preistreiberei, indem die früheren gerichtlichen Straftatbestände der allgemeinen Tendenz zur Entkriminalisierung des Strafrechtes folgend in Verwaltungsstrafatbestände umgewandelt wurden, sodaß die Preistreiberei nun ausschließlich von den Verwaltungsbehörden zu ahnden ist.

Mit 1. Juli 1978 trat das Bundesgesetz vom 23. Mai 1978, BGBl. Nr. 271, mit dem das Preisgesetz geändert wird, in Kraft. Es wurden hauptsächlich Vorschriften über die Ersichtlichmachung von Preisen abgeändert und ergänzt, außerdem die dritte Rechtsregel des § 14 Abs. 3 Preisgesetz durch eine Einfügung der herrschenden Spruchpraxis des VwGH angepaßt, und schließlich die Geltungsdauer des Preisgesetzes bis 30. Juni 1980 verlängert.

- 84 -

Die im Jahre 1972 aufgrund des Kartellgesetzes für bestimmte Warengruppen erlassene Nettopreisverordnung wurde bis 31. März 1979 verlängert (Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 15. März 1978, BGBl. Nr. 148).

Preisüberwachung:

Seitens der Landespreisbehörden erfolgte monatlich eine ausführliche, breitgestreute Information über festgestellte Preisveränderungen. Unternehmungen, welche Preiserhöhungen ohne Befassung des Preisunterausschusses der Paritätischen Kommission vorgenommen haben, wurden diesem gemeldet.

Das Schwerpunkteprogramm der zusätzlich durchgeführten Preis-erhebungen umfaßte:

Preiserhöhungen im Zusammenhang mit der Erhöhung des Umsatzsteuersatzes, bei Blumen und Grabschmuck im November und anlässlich der Bierpreiserhöhung. Im Dezember wurde die Preisauszeichnungspflicht im Einzelhandel in den Hauptverkehrsstraßen besonders überwacht.

Ab 1. Jänner 1977 wurde die bisherige monatliche Preisberichterstattung durch gezielte Preiserhebungen ersetzt.

Jänner 1977	Röstkaffee im Lebensmitteleinzelhandel
Februar 1977	Kfz-Werkstätten, Gas-, Wasserleitungs- und Elektroinstallationsunternehmen. Verstärkte Beobachtung der Preisauszeichnung bei Schlepplifтанlagen in Wintersportorten
März 1977	Käse, Österreichische Teebutter, Semmeln
April 1977	Fleischwaren
Juni 1977	Gaststätten
August 1977	Espressi, Kaffee-Konditoreien
September 1977	Parfümerie- und Drogeriewaren

- 85 -

Oktober 1977
November 1977
Dezember 1977

Papier- und Schreibwaren

Elektrogeräte

Für Dezember 1977 war anstelle einer gezielten Preiserhebung eine intensive Kontrolle der Preisauszeichnung vorgesehen, welche insbesondere die Hauptgeschäftsstraßen und jene Waren umfaßte, die als Geschenksartikel anzusehen sind.

Jänner 1978
Februar 1978
März 1978
April 1978
Mai 1978
Juni 1978

Röstkaffee

Fotoartikel

Bier in Gaststätten

Fleischwaren

2. Bierpreiserhebung

Wurstwaren (Lebensmitteleinzelhandel)

Juli 1978
August 1978

September 1978
Oktober 1978

November 1978
Dezember 1978

Käse

Preisauszeichnung in Fremdenverkehrsbetrieben

Schreibwaren

Preisauszeichnung in Dienstleistungsbetrieben

Elektrogeräte

Geschenkartikel in den Hauptgeschäftsstraßen

Weiters wurden Erhebungen bezüglich der Zustellkosten bei Ofenheizöl in allen Landeshauptstädten durchgeführt.

- 86 -

Konsumentenpolitik

Von den zahlreichen aufgrund der Gewerbeordnung 1973 erlassenen Durchführungsverordnungen - die Mehrzahl hatte die Festlegung des Befähigungsnachweises für bestimmte Gewerbe zum Gegenstand - soll besonders auf zwei Verordnungen, nämlich die Verordnung über Ausübungsregeln für das Gewerbe der Personalkreditvermittlung, BGBl. Nr. 304/1977 und die Verordnung über Ausübungsregeln für Immobilienmakler, BGBl. Nr. 323/1978 hingewiesen werden. In diesen beiden Verordnungen wird vor allem im Interesse des Konsumentenschutzes bestimmt, wie das Gewerbe der Personalkreditvermittlung bzw. das Gewerbe der Immobilienmakler auszuüben ist.

Dem Konsumentenschutz dient weiters die Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 8. Juni 1978 über die Zurückbehaltung von Waren durch die Zollämter, die ab 1. Juli 1978 in Kraft ist und die Zurückbehaltung von Waren ermöglicht, die aufgrund bestimmter Verordnungen kennzeichnungspflichtig sind, wenn diese Kennzeichnungen nicht oder nicht vollständig erfolgt sind.

Auch das Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen, BGBl. Nr. 392, das mit 1. Oktober 1977 in Kraft trat, enthält eine Anzahl von Bestimmungen, die für den Verbraucher bedeutungsvoll sind, wie zum Beispiel Bestimmungen über die Versorgungspflicht und zur Sicherung der Nahversorgung. Ob und welche Maßnahmen zur Sicherung der Nahversorgung noch notwendig sein könnten, berät derzeit der vom Konsumentenpolitischen Beirat eingesetzte Ausschuss "Strukturwandel im Handel".

Am 15. November 1978 hat das 6. Konsumentenforum im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie stattgefunden, bei dem die bisherigen Erfolge der Konsumentenpolitik gewürdigt und Vorschläge für die weitere Politik auf diesem Gebiet erarbeitet wurden.

- 87 -

Hier darf auch angeführt werden, daß sich das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie schwerpunktmäßig den Problemen der Hebung der Produktqualität widmet. Da Produktqualität aber auch vom Konsumenten erkannt werden muß, wurden seitens des Ressorts Akzente in Richtung Qualitätsaufklärung gesetzt.

Erfolg verspricht auch die Gründung einer "Vereinigung zur Förderung des Inlandsabsatzes österreichischer Erzeugnisse", die sich der Information der Bevölkerung über die Leistungen der heimischen Wirtschaft und über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Erwerbes inländischer Qualitätswaren widmen wird.

- 88 -

Gewerbe und Fremdenverkehr

Mit 1. August 1974 ist die Gewerbeordnung 1973 in Kraft getreten. Sie hat die bis in das Jahr 1859 zurückreichende und durch zahlreiche Novellierungen unübersichtlich gewordene alte Gewerbeordnung abgelöst. Die Gewerbeordnung 1973 ist nach dem Grundsatz der Gewerbefreiheit ausgerichtet, die nur dort ihre Schranken findet, wo dies im öffentlichen Interesse geboten ist.

Seit dem Inkrafttreten der neuen Gewerbeordnung sind zahlreiche Durchführungsverordnungen entstanden. Weitere Durchführungsverordnungen zur Gewerbeordnung 1973 sind in Vorbereitung bzw. stehen vor ihrer Erlassung. Es handelt sich hierbei insbesondere um Verordnungen über den Befähigungsnachweis sowie über Ausübungsvorschriften für verschiedene Gewerbe. Diese Verordnungen sollen insbesondere zur Sicherung und zur Aufrechterhaltung eines entsprechenden Leistungsniveaus der betreffenden Gewerbe beitragen und dem Schutz der Kunden dienen (u.a. Verordnung über Ausübungsregeln für das Gewerbe der Personalkreditvermittlung, BGBl. Nr. 304/1977 und Verordnung über Ausübungsregeln für Immobilienmakler BGBl. Nr. 323/1978. In diesen Verordnungen wird vor allem im Interesse des Konsumentenschutzes bestimmt, wie das Gewerbe der Personalkreditvermittlung bzw. das Gewerbe der Immobilienmakler auszuüben ist).

Am 1. Jänner 1977 trat die Gewerberechtsnovelle 1976 in Kraft. Durch diese Novelle wurden die gewerberechtlichen Vorschriften an die durch die Bundes-Verfassungsgesetzesnovelle 1974, BGBl. Nr. 444, bewirkte Abkürzung des administrativen Instanzenzuges in der mittelbaren Bundesverwaltung angepaßt. Ziel dieser Anpassung war, daß trotz der generellen Abkürzung des administrativen Instanzenzuges in der mittelbaren Bundesverwaltung in den Fällen, in denen dies aufgrund der Be-

- 89 -

deutung der Angelegenheit gerechtfertigt ist (vgl. Art. 103 Abs. 4 B-VG in der Fassung des Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1974), der administrative Instanzenzug insbesondere im Interesse einer bundeseinheitlichen Vollziehung in dritter Instanz bis zum Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie geht. In den Angelegenheiten, in denen in Zukunft durch die Änderung der Verfassungsrechtslage der Instanzenzug beim Landeshauptmann enden wird, wird getrachtet werden, vor allem im Rahmen der jährlich stattfindenden Tagungen der Gewerberreferenten der Bundesländer, bei denen das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie den Vorsitz führt, die Verwaltungspraxis der Bundesländer abzustimmen.

Mit 1. Juli 1979 tritt die Gewerbeordnungs-Novelle 1978, BGBl. Nr. 233 in Kraft. Ausschließlicher Zweck dieser Novelle ist die Vornahme der notwendigen rechtlichen Anpassung mit Rücksicht auf die Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978, BGBl. Nr. 232. Im wesentlichen sind es Bestimmungen, die durch die Institutionalisierung der Ausbilderprüfung (vgl. die diesbezüglichen Ausführungen zu der Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 im Abschnitt Berufsausbildung) in der Gewerbeordnung 1973 erforderlich wurden und zwar insoweit, als die Ausbilderprüfung aus praktischen Erwägungen als eigener Prüfungsteil im Rahmen der Meisterprüfung und von Prüfungen im Sinne des § 22 Abs. 1 Z. 3 der GewO 1973 abgelegt werden soll.

- 90 -

Gewerbeförderung:

Für die beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie bestehende Gewerbeförderung konnten die Mittel seit 1974 wesentlich verstärkt werden.

Im Berichtszeitraum 1976 bis einschließlich 1978 wurden die bestehenden Aktionen um die Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen von bisher Unselbständigen erweitert. Die Förderungshöchstgrenze in dieser Aktion von derzeit S 500.000,-- im Einzelfall wird demnächst auf S 2,0 Mio. angehoben werden. Für den Fall des Zustandekommens von Vereinbarungen mit den dazu bereiten Bundesländern soll eine Förderung im Bereich über S 2,0 Mio. bis zu 4,0 Mio. ermöglicht werden.

Der einmalige Zuschuß zu einem aufgenommenen Bankkredit bis zu S 2,0 Mio. bzw. S 4,0 Mio. oder zu den nachgewiesenen Kosten der "Grundinvestition" bis zur selben Höhe soll von derzeit 12 % auf 15 % erhöht werden.

Weiters ist vorgesehen, daß der derzeitige Positivkatalog entfällt, sodaß mit Ausnahme von sogenannten "Bürobetrieben" und Betrieben, bei denen der Gewerbeantritt von einer Prüfung des Bedarfes oder der Konkurrenzverhältnisse abhängig ist, alle Betriebe antragsberechtigt sein werden.

Um Hinweise zu bieten, wo solche Betriebsgründungen besonders sinnvoll wären, wurde das Projekt des Instituts für Gewerbeforschung "Regionale Wirtschaftsbeobachtung" gefördert. Das Institut für Gewerbeforschung ist nunmehr in der Lage, den Bundesländern eine Reihe von Regionaldaten für das Gewerbe zur Verfügung zu stellen.

In der Förderungsaktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 ist ab 1978 eine Erhöhung der Förderungsobergrenze im Einzelfall von S 2,5 auf S 3,75 Mio. vorgenommen worden. Die notwendigen Mittel dazu wurden im Zuge der 2. Gewerbestrukturverbesserungsgesetzesnovelle durch Erhöhung der Zurverfügungstellung der Einnahmen aus der Bundesgewerbesteuer von 5 % auf 7,5 % abgesichert. Eine weitere Erhöhung der Förderungsobergrenze auf S 5 Mio. ist zum 1. Feber 1979 erfolgt.

In der Kleingewerbekreditaktion der Bürges soll Pkt. 11 j) der Richtlinien derart geändert werden, daß nunmehr Betriebe mit einem jährlichen Umsatz bis zu S 14,0 Mio. (bisher S 8,0 Mio.) bzw. einer Bilanzsumme bis zu S 4,0 Mio. (bisher S 2,0 Mio.) gefördert werden können.

Für Rationalisierungs- und Betriebsberatung, Studien und Untersuchungen, Konsumentenschutz, Lehrlingsheime, Schulungsmaßnahmen, Staatspreise, Ehrenpreise und sonstige Subventionen wurden im Jahre 1976 S 21,8 Mio., 1977 S 26,4 Mio. und 1978 S 36,9 Mio. zur Verfügung gestellt (insgesamt für alle Bundesländer).

Die Betriebsberatung in der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich Fremdenverkehr), die zusammen mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft durchgeführt wird, konnte wesentlich ausgebaut werden. Aufgrund der guten Erfahrungen, die dabei gewonnen wurden, ist eine weitere Forcierung wünschenswert, die Vorbereitungen für ein nächstes Zweijahresprogramm für 1980/81 sind bereits angelaufen.

Die im Rahmen der bestehenden Förderungsaktionen - Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969, BÜRGES-Kleingewerbekreditaktion, Betriebsneugründungen und -übernahmen, Gemeinsame Kleingewerbekreditaktion - in den Jahren 1975 bis 1978 geleisteten Förderungen für das Bundesland sind der folgenden Liste zu entnehmen.

Sektor Wirtschaftsförderung

Bundesland: O B E R Ö S T E R R E I C H

BÜRGES-Stammaktion

Gefördert wurden:

Jahr	Anzahl	Kreditvolumen	<u>davon Fremdenverkehr:</u>	
			Anzahl	Kreditvolumen
1975	366	59,995.000,-	49	8,097.000,-
1976	580	104,434.000,-	68	10,993.000,-
1977	776	145,381.000,-	108	19,719.000,-
1978	740	205,622.000,-	92	22,771.000,-

Zuschüsse nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969

Jahr	Anzahl	Kreditvolumen	Kreditkostenzusch. einschl. Haftg. Kosten	<u>davon Fremdenverkehr:</u>		
				Anzahl	Kreditvolumen	Kreditkostenzusch. einschl. Haftg. Kosten
1975	291	368,697.000,-	39,479.000,-	31	46,800.000,-	5,569.000,-
1976	371	474,445.000,-	50,843.098,-	33	40,920.000,-	4,481.347,-
1977	371	468,892.000,-	49,065.000,-	32	46,450.000,-	4,772.000,-
1978	418	672,925.000,-	70,394.000,-	35	71,500.000,-	7,847.000,-

Betriebsneugründungen und -übernahmen (einschl. Fremdenverkehr)

Jahr	Anzahl	geförd. Kreditvolumen
1977	41	14,158.000,-
1978	71	19,271.000,-

Gemeinsame Kleingewerbekreditaktion - Bundesquote

1975	1976	1977	1978
2,000.000,-	2,000.000,-	2,000.000,-	1,891.000,-

Fremdenverkehrsförderung

Die mit Beginn der sogenannten "Energiekrise" international aufgetretenen allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind auch in den für den Österreichischen Fremdenverkehr wichtigen Herkunftsländern nicht ohne Einfluß geblieben. Dies hatte auch Auswirkungen auf den österreichischen Fremdenverkehr.

Saisonal gesehen ergeben sich deutliche Unterschiede in der Entwicklung zwischen Sommer- und Winterfremdenverkehr. Während der Wintertourismus ohne Unterbrechung zunahm (relative Veränderungen jeweils gegenüber dem Vorjahreszeitraum: 1973/74 + 8,5 %; 1974/75 + 12,0 %; 1975/76 + 5,7 %; 1976/77 + 4,1 %; 1977/78 + 7,6 %) sind beim Sommerfremdenverkehr seit 1973 Tendenzen einer Stagnation bzw. eines mäßigen Rückganges festzustellen. Ausgenommen ist der Sommer 1975, welcher gegenüber dem Sommer 1974 mit einer Zunahme der Gästenächtigungen von 3,5 % abschloß. Die Ursachen für diese Entwicklung sind auf die allgemeine wirtschaftliche Situation vor allem in der BRD, die Verschiebungen der Währungsparitäten besonders gegenüber Großbritannien, USA und Italien, aber auch auf die Schlechtwetterperioden, besonders für das Sommerurlaubs publikum, zurückzuführen. Eine Unterbrechung, vielleicht eine Wende, hat diese Tendenz mit dem Sommer 1978 erfahren, der wieder eine, wenn auch geringe Zunahme (ca.+0,5 %) brachte.

Durch diese Entwicklung zwischen Winter- und Sommertourismus hat sich jedenfalls der Anteil des Winterfremdenverkehrs am Gesamtfremdenverkehr weiterhin erhöht und liegt nunmehr, gerechnet nach der Nächtigungsstatistik, bei 34 %.

Die gute Wintersaison 1977/78, das positive Ergebnis der Sommersaison 1978 und die guten Aussichten für den laufenden Winter lassen für das Jahr 1978 insgesamt einen neuen absoluten Fremdenverkehrsrekord erwarten.

- 94 -

Entsprechend der Regierungserklärung 1975 wurde das "Fremdenverkehrs-Förderungsprogramm 1971 bis 1980" weiter durchgeführt. Unter Berücksichtigung der Entwicklungen im Tourismus wurde das "Arbeitsprogramm Fremdenverkehr 1975 bis 1980" erstellt, in welchem die Schwerpunkte der Fremdenverkehrspolitik des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zusammengefaßt wurden. Beide Unterlagen wurden u.a. dem im November abgehaltenen Österreichischen Fremdenverkehrstag 1976 in Eisenstadt vorgelegt. Die Empfehlungen des Österreichischen Fremdenverkehrstages bilden jedenfalls die Leitlinien für die Fremdenverkehrspolitik der nächsten Jahre.

Im Berichtszeitraum ist die Prämienaktion "Jederzeit warme Küche" angelaufen, die über die Förderung von Investitionen im Küchengerätebereich die Abgabe von warmen Speisen während der gesamten Öffnungszeit des Betriebes erleichtern soll.

Eine Aktion "Sanitärräume auf Campingplätzen" soll demnächst begonnen werden. Diese Aktion soll als ein Teil der bestehenden Prämienaktionen abzuwickeln sein.

Die neuen Richtlinien für die Fremdenverkehrs-Kreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie (Hausaktion) sehen als Förderungsschwerpunkt Investitionsvorhaben vor, die der Schaffung von Einrichtungen für Spiel, Unterhaltung sowie Sport unter Dach (Tennis- und Reithallen, Hallenbäder, Kinderspielplätze, Plantschbecken, Wander- und Aussichtswege u.a.m.) dienen. Durch diese Einrichtungen soll die vorhandene Unterkunftskapazität besser ausgenützt werden. Die Schaffung neuen Bettenraumes hingegen soll nur mehr in Entwicklungsgebieten oder bei wesentlicher Strukturverbesserung gefördert werden.

- 95 -

Die Laufzeit der Zinsenzuschüsse und damit der Förderung soll auf 12 Jahre (bei einem tilgungsfreien Jahr) verlängert werden. Die Hausaktion wird gleichzeitig gegenüber den Förderungen nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, der Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion, ERP- und ERP-Ersatzaktion neu abzugrenzen sein.

Die Richtlinien für eine neue Aktion "Zuwendungen für Fremdenverkehrsbetriebe an Seen", die eine Förderung von Fremdenverkehrsbetrieben zum Ziel hat, wenn diese durch Gebühren für den Anschluß an Kanalisationsanlagen zur Reinhaltung österreichischer Seen wirtschaftlich erheblich belastet sind, stehen seit 1.3.1978 in Kraft.

Für Fremdenverkehrsstudien und Untersuchungen sowie sonstige Subventionen (Ausbau und Erhaltung von Schutzhütten und Jugendherbergen, Werbemaßnahmen für Fremdenverkehrsattraktionen) wurden im Jahre 1975 9,8 Mio. S, 1976 10,6 Mio. S, 1977 9,7 Mio. S und 1978 11,6 Mio. S zur Verfügung gestellt (insgesamt für alle Bundesländer).

Die im Rahmen der bestehenden Förderaktionen in den Jahren 1975 bis 1978 geleisteten Förderungen für das Bundesland sind der folgenden Liste zu entnehmen.

Sektor Fremdenverkehr

Bundesland: O B E R Ö S T E R R E I C H

I. Gefördertes Kreditvolumen

(Beträge in Mio. S)

Jahr	Hausaktion		BÜRGE- Stammaktion		GSTVG ¹⁾		FVSoka ²⁾		FAG	ERP	ERP-Ersatz	Summe	
1975	20	17,968	49	8,097	31	46,800	83	29,703	1 14,000	4 10,300	--	188	126,868
1976	45	50,120	68	10,993	33	40,920	157	53,346	--	21 90,050	7 20,800	331	266,229
1977	29	36,370	108	19,719	32	46,450	154	53,576	--	6 16,100	3 5,400	332	177,615
1978	82	99,105	92	22,771	35	71,500	138	72,497	--	3 9,300	8 28,500	358	303,673

II. Sonstige Zuschüsse

Jahr	Komfortzimmer- aktion		Jederzeit warme Küche		FAG	Zweckzuschüsse an Länder	Sicherungsfälle	Summe	
1975	107	3,708	--		10 7,640	0,151	1 0,220	118	11,719
1976	119	4,299	--		16 4,923	0,136	2 0,720	137	10,078
1977	166	5,401	114	1,363	15 5,091	0,146	8 1,926	303	13,927
1978	164	5,460	102	1,040	21 5,295	0,124	4 0,793	291	12,712

1) Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969

2) Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion

- 97 -

Industriepolitik

Sowohl kurzfristige Konjunkturabschwächungen als auch langfristige Wandlungen der Wirtschaftsstruktur zeigen in entwicklungs- und strukturschwachen Gebieten verstärkte negative Auswirkungen. Um diesen geänderten wirtschaftlichen Voraussetzungen Rechnung zu tragen, wurde bereits 1972/73 eine Erhebung dringlicher Fälle der regionalen Industriepolitik durchgeführt. Im Jahre 1976 wurde in allen Bundesländern diese Umfrage wiederholt. Die Auswertung dieser Erhebungsergebnisse dient allen denjenigen Stellen, die sich mit der Finanzierung und Förderung der österreichischen Industrie in den einzelnen Bundesländern befassen, als Entscheidungshilfe.

Im Rahmen der im Jahre 1973 geschaffenen Aktion für die Unternehmungen der Zellstoff- und Papierindustrie zur Durchführung von Umweltschutz- und Strukturverbesserungsmaßnahmen, die auch für Kärnten von großer Bedeutung ist, wurde sowohl der Förderrahmen für Umweltschutzkredite (1,8 Mrd. S) als auch für Strukturverbesserungskredite (210 Mio.S) fast zur Gänze ausgeschöpft.

Mit Ministerratsbeschluß vom 4. Juli 1978 wurde eine weitere Förderungsaktion für die Zellstoff- und Papierindustrie zur Durchführung von Strukturverbesserungsmaßnahmen ins Leben gerufen. Das geförderte Kreditvolumen beträgt 3 Mrd. S. Die Aktion ist bereits angelaufen.

Eine Aktion zur Strukturverbesserung in der österreichischen Textilindustrie wird umgehend anlaufen. Die Richtlinien, die noch durch den Ministerrat zu beschließen sein werden, sehen vor, daß Investitionen zur Modernisierung des Maschinenparks durch Gewährung einer Prämie in Höhe von 10 % der Anschaffungskosten (der neuen Maschinen) gefördert werden.

- 98 -

Eine im Rahmen der unter Leitung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie stehenden "Deutsch-österreichischen Expertengespräche über Fragen der regionalen Wirtschaftspolitik im Grenzgebiet" gemeinsam in Auftrag gegebenen Studie über einen Vergleich der Wirtschaftsförderungssysteme beider Staaten, soweit sie im Grenzgebiet wirksam werden, wurde im Entwurf fertiggestellt.

In Weiterführung des von der Bundesregierung im Jahre 1973 beschlossenen Programmes für die Entwicklung grenznaher Gebiete des Mühlviertels, Niederösterreichs, des Burgenlandes, der Steiermark und Kärntens fanden weitere Informations- und Beratungstage für die Industrie im Rahmen des Beratungsprogrammes des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie statt.

Diese Beratungsaktionen haben den Zweck, die Betriebe über begünstigte Finanzierungsmöglichkeiten durch die Finanzierungseinrichtungen zu informieren und im Falle konkreter Investitionsvorhaben auch individuell zu beraten. Bei einigen Firmen mit mehr als 100 Arbeitnehmern fanden auch unter Teilnahme von Vertretern lokaler Behörden und Stellen Betriebsbesuche statt, um die von den Firmen bekanntgegebenen Probleme an Ort und Stelle zu besprechen und Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Besonderes Augenmerk wurde seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie darauf gelegt, Klein- und Mittelbetriebe bei der Erlangung begünstigter Investitionskredite zu unterstützen. Im Zuge dieser Bemühungen wurden die Betriebe nicht nur über die ihnen zur Verfügung stehenden bundesweiten Finanzierungsinstrumente beraten, sie wurden auch mit den für das jeweilige Investitionsprojekt in Frage kommenden Bundeseinrichtungen in Kontakt gebracht.

- 99 -

Für das Mühlviertel wurden diese Informations- und Beratungstage am 22. und 23. Juni 1976 in Perg bzw. Freistadt abgehalten.

Weiters fanden am 23. und 24. November 1976 in Braunau/Inn bzw. in Schärding Beratungs- und Informationstage für die im Innviertel gelegenen Betriebe statt.

Im April d.J. ist in Bad Ischl ein Beratungstag mit den Finanzierungseinrichtungen für das oberösterreichische Salzkammergut geplant.

Auf besonderem Wunsch der Bundesländer Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark wurden für das Gebiet der "Eisenwurzten" Beratungstage abgehalten. Am 16. Mai 1977 fanden diese Informations- und Beratungstage in Waidhofen/Ybbs für den niederösterreichischen Teil der Eisenwurzten, am 17. Mai 1977 in Weyer für den oberösterreichischen und steirischen Teil der Eisenwurzten statt.

Ein weiterer Informations- und Beratungstag mit den Finanzierungseinrichtungen fand am 23. Mai 1978 in Vöcklabruck für die im politischen Bezirk Vöcklabruck gelegenen Betriebe statt.

- 100 -

Eine besondere Zielgruppe stellten im Berichtszeitraum die Mühlviertler Weber dar. Ziel der Maßnahmen war es, die Webereibetriebe im Mühlviertel zu erhalten, um durch Sicherung der Arbeitsplätze das Problem der Arbeitskräfteabwanderung und das Pendlerproblem im oberösterreichischen Grenzgebiet zu entschärfen. Die in der Arbeitsgemeinschaft der Mühlviertler Weber zusammengeschlossenen 29 Webereibetriebe beschäftigen über 500 Mitarbeiter. Diese Betriebe liegen im Ostgrenzgebiet Österreichs und stellen einen wesentlichen Bestandteil der Wirtschaftsstruktur des Mühlviertels dar. Da wenig Ausweichindustriebetriebe vorhanden sind, hätten Betriebsstillegungen in diesem Gebiet besonders schwerwiegende wirtschafts- und sozialpolitische Folgen.

Da sich die wirtschaftliche Situation dieser Betriebe in den letzten 15 Jahren trotz verschiedenster Bemühungen zunehmend verschlechtert hat, wurde 1976 mit Unterstützung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie und der Oberösterreichischen Landesregierung eine gruppenwirtschaftliche Untersuchung der Mühlviertler Webereibetriebe durchgeführt. Diese Untersuchung zeigt insbesondere, daß nur ein grundlegendes langfristiges Sanierungskonzept weitere Entwicklungschancen der Mühlviertler Weber herbeiführen könnte. Aufgrund dieser Untersuchung wurde in Zusammenarbeit mit den betroffenen Stellen ein Aktionsprogramm zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und zur Sicherung dieser Betriebe aufgestellt.

- 101 -

Für die österreichische Sägeindustrie veranstaltete das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie gemeinsam mit den Wirtschaftsförderungsinstituten eine Beratungsaktion, welche auch den betreffenden ober-österreichischen Betrieben zugute kam.

Der Wiederverwertung von Alt- und Abfallstoffen werden seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie im Hinblick auf die gebotene Sparsamkeit bei der Nutzung der Rohstoffquellen, im Hinblick auf die Ausnutzung der gegebenen Möglichkeiten zur Entlastung der Zahlungsbilanz sowie im Hinblick auf die Erfordernisse des Umweltschutzes besondere Bemühungen gewidmet. Hierbei wird einerseits versucht, durch geeignet erscheinende Maßnahmen breite Bevölkerungskreise für den Gedanken der Wiederverwertung von Alt- und Abfallstoffen zu motivieren (Herausgabe einer "Altrohstoff-Fibel"), andererseits werden einschlägige Maßnahmen initiiert bzw. maßgeblich gefördert.

So wird gegenwärtig mit Hilfe der österreichischen Produktionsförderungsgesellschaft (ÖPG) bundesweit die Sammlung und der Abtransport wiederverwertbarer Alt- und Abfallstoffe organisiert. Im Bundesland Oberösterreich wird die Aktion bereits kontinuierlich bei Altpapier, Altglas und Alttextilien durchgeführt.

Im Sinne der von der Bundesregierung angestrebten Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung war die im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingerichtete Informationsstelle für öffentliche Aufträge in Zusammenarbeit mit den Beschaffungszentralen des Bundes bemüht, eine möglichst gezielte Vergabe von Aufträgen der öffent-

- 102 -

lichen Hand zu erreichen, um solchen Unternehmen zu helfen, die kurzfristig Auftragslücken zu verzeichnen hatten und für die ein Auftrag ein wichtiger Impuls zur Wirtschaftsbelebung darstellt. In diesem Sinne wurden Betriebe aus den verschiedensten Bundesländern in ihren Bestreben, Aufträge der öffentlichen Hand zu erhalten, unterstützt.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie war und ist weiterhin darum bemüht, europäische Produzenten von Kraftfahrzeugen für einen verstärkten Bezug von Einzelteilen und Hilfsstoffen aus Österreich für ihre Erzeugung zu gewinnen.

Die seit Anfang 1977 gesetzten Aktivitäten hatten steigende Zulieferungen von heimischen Erzeugern an ausländische Automobilhersteller zur Folge.

Als Beispiel für Zulieferungen von Betrieben des Bundeslandes an ausländische Automobilhersteller werden genannt:

Lieferungen an die VW-Audi-Gruppe (Werte in 1.000 DM) OBERÖSTERREICH

Firma	Produkt	Umsatz		Planung	Stand 30.9.78	Schätzung	Planung 1979
		1976	1977	1978 SOLL		zum 31.12.78	
Fehrer KG, 4020 Linz	Polsterauflagen	-	-	1.015	335	680	1.260
Chemie Linz AG 4020 Linz	Polypropylen	-	28	287	149	207	350
Forstinger 4051 St.Martin	MP-Taschen	199	450	230	302	302	200
H.Ulbricht's Wwe GmbH. 4690 Kaufing	Schriftzüge	6	2	106	55	90	250
Voest-Alpine AG 4020 Linz	Bleche	11.249	21.606	24.064	15.538	24.535	24.285
Gruber & Kaja Druckguß-u.Metallwarenfabrik 4050 Traun	Gußteile	-	38	1.850	279	550	1.350
ERKU Präzisionsteile GmbH. 4061 Pasching	Gußteile	-	-	100	97	131	130
Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG. 5282 Ranshofen	Alu-Röhrchen	-	-	-	-	8	600
Oswaldwerk, A.Kubitschek 4020 Linz	Werkzeuge	75	170	155	152	195	195
Steyr-Daimler-Puch AG 4400 Steyr	Wälzlager	56	35	55	27	55	55
Plasser & Theurer	Maschinen	-	-	324	308	324	-
Illichmann 4813 Altmünster	Gußteile	-	18	20	12	20	-
	TOTAL	11.585	22.673	28.206	17.254	27.097	28.675

- 104 -

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie wirkte bei der Erarbeitung von Schutzmaßnahmen für die österreichische Wälzlagerindustrie mit (Beobachtung von Niedrigpreisimporten).

Bei der Errichtung einer Entwicklungs GmbH. für das Kohlenbergbaugebiet Hausruck wurden Beiträge geleistet.

Die Informationsstelle für Investoren dient schon seit Jahren der österreichischen Wirtschaft zur Erleichterung der Investitionsentscheidungen. Es wird versucht, durch Förderung von wertschöpfungsintensiven Produktionsinvestitionen die sektorale Industriestruktur Österreichs praxisnahe zu verbessern. Ebenso werden regionale Aspekte beachtet. Im Vordergrund steht jedoch der Gedanke der Schaffung von Arbeitsplätzen in wachstumsorientierten Wirtschaftsbereichen.

Die Informationsstelle für Investoren arbeitet hierbei eng mit den in Frage kommenden Dienststellen des Bundes und der Länder, den in verschiedenen Bundesländern bestehenden Betriebsansiedlungsgesellschaften, den Interessensvertretungen, den in- und ausländischen Vertretungsbehörden, Bankinstituten und ähnlichen Stellen zusammen.

Ein wichtiger Tätigkeitsbereich der Informationsstelle ist auch die Vermittlung von Kontakten zwischen Standortbietern und potentiellen Investoren sowie zwischen Beteiligungs- bzw. Kooperationswerbern.

- 105 -

Während der laufenden Legislaturperiode wurden für Oberösterreich 2 Standortangebote in Evidenz genommen. Dazu konnten 7 Kontakte hergestellt werden.

Für die im selben Zeitraum in Evidenz genommenen potentiellen in- und ausländischen Investoren bzw. Kooperationswerber wurden 29 Kontakte mit Interessenten bzw. Standortbietern im Bundesland Oberösterreich hergestellt. Als Erfolg dieser Bemühungen kann in einem Fall die Gründung eines Betriebes nachgewiesen werden.

Wesentlich für die Tätigkeit der Informationsstelle ist auch die Öffentlichkeitsarbeit. Die im In- und Ausland erscheinenden Publikationen über Investitionsvoraussetzungen in Österreich werden laufend erneuert. Es sind dies das "Handbuch für Investoreninformation", "Investitionen in Österreich rentieren sich" und "Förderung der Wirtschaftsentfaltung in Österreich".

Durch die Tätigkeit der Informationsstelle konnte auch der "MITTLER FÜR INDUSTRIEANSIEDLUNG - Jahresschrift für Industriekontakt und kommunale Planung", herausgegeben vom Deutschen Adreßbuchverlag, Darmstadt, der Werbung Österreichs um ausländische Investoren dienstbar gemacht werden, wobei in der sechsten Ausgabe, 1975, und in der siebenten Ausgabe, 1976 - ein einleitender informativer Artikel des Herrn Bundesministers über Investitionsmöglichkeiten, Investitionsförderungen in Österreich erschien.

- 106 -

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat eine Reihe von Studien und Untersuchungen in Auftrag gegeben bzw. finanziell gefördert, die der Industrie in den einzelnen Bundesländern Entscheidungsgrundlagen und Entscheidungshilfen bieten.

Im einzelnen sind folgende Projekte anzuführen:

- * Marktuntersuchung für die österreichische Besteckindustrie (1976).

Ziel dieser Studie ist es, eine Entscheidungsgrundlage für die heimischen Unternehmen bezüglich Absatzchancen auf dem Inlandsmarkt sowie auf den Exportmärkten zu schaffen und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Erzeugungsbetrieben zu analysieren.

- * Marktuntersuchung für die österreichische Emailindustrie (1976).

Diese Untersuchung analysiert die Import-, Export-, Konkurrenz- und Kostensituation auf den Sektoren Emailgeschirr, Sanitär- und hygienische Artikel. Sie kommt besonders Firmen in Wien, Niederösterreich und Kärnten zugute.

- * Gemeinschaftsprojekt Emailindustrie.

Dieses Projekt stellt eine Fortführung der oben angeführten Marktuntersuchung dar und berücksichtigt die Ergebnisse dieser Untersuchung (Notwendigkeit enger Kooperation auf dem In- und Auslandsmarkt). Das in Rede stehende Gemeinschaftsprojekt ist eine Untersuchung der Aspekte der Kooperationsbasis und -möglichkeiten aus der Sicht der betroffenen Unternehmungen.

- 107 -

- * Quantex-Studien einschließlich Trendstudien und kurzfristige Vorschauen über Produktionsveränderungen in der Textilindustrie.

Diese Studien stellen wichtige Orientierungsunterlagen für die österreichische Textilwirtschaft dar.

- * Strukturanalyse der österreichischen Lederwaren- und Kofferindustrie.
- * Prospektivstudie für die Erzeuger flexibler Verpackungen.
- * Marktuntersuchung für die Schraubenindustrie.
- * Studie über Unternehmensplanung in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie, Nichteisen-Metallindustrie und Elektroindustrie.
- * Beratungsaktion "Unternehmensplanung betreffend Erzielung von Emissionsminderungen in der Eisen- und Metallwarenindustrie".
- * Beratungsaktion für die Sägeindustrie.
- * Untersuchung über Organisationsformen im Baugewerbe.
- * Studienprojekt "Weiterverwertung der Kunststoffe im Müll".
- * Substitutionsmöglichkeiten für Hauptimporte in den einzelnen Branchen.
- * Technologietransfer.
- * Versuch einer Aussage über die Anwendbarkeit innovationspolitischer Instrumente unter Berücksichtigung der Besonderheiten der österreichischen Wirtschaftsstruktur.
- * Marktuntersuchung für die Erzeuger von leichten Bauteilen aus Aluminium.
- * Marketingprojekt der Schuhindustrie.
- * Förderung der Entwicklung neuer Linien für die Mühlviertler Erzeugnisse.

- 108 -

Folgende Studien wurden in Auftrag gegeben, sind aber noch nicht fertiggestellt:

- * Produktionsentwicklung für künftige Marktbedürfnisse.
- * Forschungsvorhaben über abfallholzgefeuerte Dampfkessel.
- * Strukturanalyse der österreichischen Motoreninstandsetzungsbetriebe.
- * Studie über die Lage der österreichischen Industrie.
- * Studie "Marktforschung für die Glasindustrie".
- * Erstellung von Design-Entwürfen für die Glasindustrie.

Stärkeförderung

Förderungen nach dem Stärkeförderungsgesetz 1969, BGBl. Nr. 154, werden in Wege der Stärkeindustrie flüssig gemacht. Lag das Förderungsziel in den Jahren 1970 bis 1972 in der Sicherung der Stärkeerzeugung und der Kartoffelverwertung und damit mittelbar auch in der Sicherung des Kartoffelanbaues, so kam ab dem Jahre 1973 als Förderungsziel die Sicherung des Absatzes von bestimmten Erzeugnissen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Papier- und der papierverarbeitenden Industrie dazu.

Wegen dieser verschiedenen Zielsetzungen und der ständigen vornehmlich durch Preisschwankungen auf dem Weltmarkt bedingten Änderungen der Rohstoffpreisdifferenz bei Stärke ist die Zurechnung der Förderungen zu Unternehmen oder Betrieben der betroffenen Branchen schwierig. Eine solche Zurechnung ist aber die Voraussetzung für die Aufteilung der Gesamtförderung nach Bundesländern. Bei der Zurechnung wurde daher folgender Weg gewählt:

1. In Aufstellung I wurde die Förderung den förderungsberechtigten Unternehmen entsprechend dem Standort deren einzelnen Betriebe zugerechnet. Es wurden dabei nur die stärkeproduzierenden Betriebe berücksichtigt, wobei die den Stärkeverarbeitungsindustrien zukommenden Förderungen darin auch enthalten sind.
2. In Aufstellung II scheinen diejenigen Förderungsmittel auf, welche der Stärke zugewendet wurden, die in den Stärkeverarbeitungsindustrien weiterverarbeitet wurde. Es erfolgte diesbezüglich zusätzlich eine Aufteilung nach den Betriebsstandorten dieser Industrien.

- 110 -

An das Bundesland Oberösterreich wurden in der Zeit vom 1.10.1975 bis 31.12.1978 folgende Förderungen geleistet:

Aufstellung I: S 45,633.428,-

Aufstellung II: S 14,981.836,-

- 111 -

Energiepolitik und Bergbau

Das von Österreich am 18. November 1974 unterzeichnete "Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm (IEP)", das die Mitgliedschaft in der Internationalen Energieagentur (IEA) begründet, wurde am 30. Juni 1976 ratifiziert und ist damit für Österreich voll in Kraft getreten.

Das Übereinkommen sieht ein Notstandsprogramm zur kollektiven Sicherung der Energieversorgung der Teilnehmerstaaten in künftigen Krisenfällen und den Rahmen für eine langfristige internationale Zusammenarbeit auf dem Energiesektor, etwa bei der rationellen Energienutzung und der Erschließung neuer Energiequellen, vor. Weiters setzt sich das Übereinkommen zum Ziel, einen Dialog mit den Ölförderstaaten und mit anderen Verbraucherstaaten, insbesondere Entwicklungsländern, vorzubereiten, um eine weltweite Stabilisierung der Energieversorgung zu erreichen.

Durch das Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetz BGBl. Nr. 318/76 und das Energielenkungsgesetz BGBl. Nr. 319/76 sind die wesentlichen Voraussetzungen für die Erfüllung der aus der Mitgliedschaft am "Übereinkommen über ein internationales Energieprogramm" erwachsenden Pflichten geschaffen. Es konnte daher die Ratifizierungsurkunde über den Beitritt zu diesem Übereinkommen am 30. Juni 1976 hinterlegt werden. Auf Grund des Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetzes wurde in der Zwischenzeit mit dem systematischen Aufbau von Krisenlagern an Erdöl und Erdölprodukten begonnen. Damit wird in Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen auch ein wesentlicher Beitrag zur wirtschaftlichen Landesverteidigung gesetzt.

Die Bundesregierung ist nach wie vor bemüht, die Transportsysteme für Rohöl und Erdgas zu verbessern. Insbesondere wird dem Bau entsprechender Rohrleitungen große Aufmerksamkeit gewidmet.

So führen in zunehmendem Maße auch internationale Rohrleitungen über österreichisches Hoheitsgebiet.

Für die Sicherung der Auslandsbezüge an Energie wurden die Planungsarbeiten an der West-Austria-Gaspipeline eingeleitet und zügig vorangetrieben. Die Bauarbeiten an der Süd-Ost-Leitung (Marburg - Agram) wurden bereits in Angriff genommen. Durch diese Maßnahmen erhält Österreich auch eine wichtige Verbindungsfunktion zwischen den ost- und westeuropäischen Gasversorgungsnetzen.

Die Bemühungen um den Erdgasimport aus Persien sind vorerst soweit gediehen, daß das Projekt durch Unterzeichnung der Grundsatzverträge mit Persien und der UdSSR abgeschlossen ist und die Lieferungen im Jahre 1981 beginnen sollen.

Der österreichische Energieplan, der erstmals Anfang 1975 vom Ministerrat zur Kenntnis genommen und im Juli 1976 einer ersten Aktualisierung unterzogen wurde, ist in einer neuen Fassung vorbereitet worden. Die erarbeiteten Materialien werden derzeit redigiert.

Die Anpassung des Energieplanes an die mittlerweile geänderten Verhältnisse stellt eine organische Fortführung der Ideen dar, die in den "Leitlinien für eine österreichische Energiepolitik" vom Jänner 1974 und in den Energieplänen 1975 und 1976 ihren Ausdruck gefunden haben.

Der Empfehlung der Internationalen Energieagentur folgend, aber auch der Notwendigkeit entsprechend, die Öffentlichkeit systematisch und regelmäßig über die österreichische Energiepolitik zu informieren, ist beabsichtigt, diese Fortschreibung der früheren Energiepläne dem Parlament zuzuleiten. Nicht zuletzt wird deshalb die neue Ausarbeitung auch den Titel "Energiebericht" tragen.

Auch der neue Energiebericht enthält als Schwerpunkt:

- Weitestgehende Nutzung der heimischen Energiequellen
- Sicherung der unerläßlichen Importe
- Aufbau einer ausreichenden Bevorratung

Die Untersuchung über die Versorgung Vorarlbergs, Tirols und Salzburgs mit Erdölprodukten und Erdgas ist im Einvernehmen mit den betreffenden Landesregierungen abgeschlossen und in Form einer Broschüre vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie herausgegeben worden. Derzeit ist eine solche Untersuchung für das Land Oberösterreich in Vorbereitung, der eine für den Raum Steiermark/Kärnten und Wien, Niederösterreich und Burgenland folgen. Diese Studien werden u.a. die Grundlage für die Dispositionen von Lagern für Pflichtnostandsreserven für diese Länder liefern, wodurch deren Versorgungssicherheit erhöht wird.

- 113 -

In der laufenden Legislaturperiode wurde zur Frage der Kernenergie eine umfassende Informationskampagne durchgeführt. Als vorbereitende Information zu dieser Veranstaltungsreihe wurde vom Bundespressedienst die Broschüre "Kernenergie - Ein Problem unserer Zeit" herausgegeben. Auf der Grundlage des Ergebnisses der Informationskampagne wurde der Regierungsbericht erstellt.

Durch die Inbetriebnahme des Tanklagers St. Valentin mit einer Kapazität von 350.000³ und der Produktenpipeline vom Tanklager der Raffinerie Schwechat zu dem neuen Vorratslager im Oktober 1976 ist eine entscheidende Verbesserung der Versorgung Westösterreichs mit Erdölprodukten eingetreten.

Im Jahre 1975 wurde der Baubeschluß für das Donaukraftwerk Abwinden-Asten der Donaukraftwerke AG. gefasst, die Inbetriebnahme wird 1979 erfolgen. Dieses Donaukraftwerk hat eine Leistung von 168 MW und ein Arbeitsvermögen von 1020 Mio. kWh. Die Gesamtkosten werden sich auf 5,2 Mrd. S belaufen (davon wurden bisher über 4 Mrd. S aufgewendet). Der Bundesminister für Finanzen hat für die Finanzierung dieses Kraftwerkes an Kapitaldienst (Tilgung und Zinsen) für Kredite in Höhe von 1,658 Mrd. S übernommen, bzw. 1976 500 Mio. S, 1977 648 Mio. S und 1978 510 Mio. S. An ERP-Krediten wurden 90 Mio. S bereitgestellt.

Die Verbundgesellschaft hat für Hochspannungsleitungen Investitionen in Höhe von 150 Mio. S durchgeführt.

Österreich ist bei der Versorgung mit mineralischen Roh- und Grundstoffen derzeit etwa zu einem Drittel auf Importe angewiesen.

In Anbetracht der internationalen Entwicklung auf den Rohstoffmärkten und der sich daraus ergebenden Probleme wurde ein Programm für eine intensive Durchforschung des Bundesgebietes nach mineralischen Rohstoffen entwickelt, das in den nächsten Jahren durchgeführt werden soll.

Hiezu wurden 1978 erstmals im Bundesfinanzgesetz für die Vollziehung des Lagerstättengesetzes 10 Mio. S bereitgestellt.

- 114 -

Im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und dem Amt der Oberösterreichischen Landesregierung wurden 1978 folgende Projekte vergeben:

Titel	Kosten in Mio S
Detailaufnahme und Bewertung der Linzer Sande im Bezug auf die Verwendung in der Feuerfest- und Glasindustrie	0,6486
Geologische Aufnahme und Erkundung der Vorkommen von Steinen und Erden (Sande, Schotter, Hartgesteine) im Raum Linz und Mühlviertel	0,250
Systematische geochemische Untersuchung des Bundesgebietes Teil 1 Mühlviertel	1,414
Summe	2,3126

Im Jahre 1979 sollen in Zusammenarbeit mit dem BMWuF unter Berücksichtigung der Interessen des Landes Oberösterreich 9 Projekte vergeben werden. 6 Projekte betreffen die Aufsuchung von Lagerstätten, 2 die Verwertung von Abfallstoffen (Recycling); 1 Projekt betrifft die Fortsetzung der im Vorjahr begonnenen geochemischen Aufnahme des Mühlviertels.

Den in Oberösterreich gelegenen Kohlenbergbauen der SAKOG und WTK flossen in der Berichtszeit aus Mitteln der Bergbauförderung insgesamt 193,0 Mio S zu. Mit dieser Unterstützung konnten nicht nur die Prospektions- und Explorationsarbeiten fortgesetzt, sondern auch bedeutende Rationalisierungsmaßnahmen wie z.B. das Abteufen eines neuen Förderschrägschachtes bei der SAKOG durchgeführt werden.

Über Initiative des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wurde eine aeromagnetische Vermessung des gesamten Bundesgebietes in die Wege geleitet. An der Finanzierung des 12 Mio. S Projektes beteiligten sich der Bund,

- 115 -

die Länder und die Industrie zu je einem Drittel. Diese Arbeiten werden einen Zeitraum von 4 Jahren beanspruchen. Die Aeromagnetik liefert nicht nur wertvolle Unterlagen für die Suche nach mineralischen Rohstoffen sowie für wissenschaftliche Fragen, sondern gibt darüber hinaus wichtige Entscheidungshilfen für die Probleme der Raumordnung.

Seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wurde beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung die Ausarbeitung einer Studie über die Rohstoffversorgung in Österreich unter Berücksichtigung des internationalen Hintergrundes sowie die Ausarbeitung von Marktanalysen und Trends für die Jahre 1978 bis 1982 in Auftrag gegeben. Diese Studie wird auch dem Bundesland Oberösterreich zugute kommen.

Die Arbeiten an der Erstellung des Konzeptes für die Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh- und Grundstoffen sind weit fortgeschritten, ebenso die beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung aufgenommenen Arbeiten an einem komplementären Rohstoffforschungskonzept.

Am 7. Juni 1977 hat der Ministerrat den 1. Bericht über das erarbeitete Konzept zur Koordinierung und Intensivierung der Aufsuchungstätigkeit für fossile Energieträger in Österreich zur Kenntnis genommen. Damit wurde ein wesentlicher Beitrag zur besseren Sicherung der österreichischen Energieversorgung geleistet. Dieses Konzept befindet sich bereits in Realisierung.

Die vor dem Auslaufen gestandenen Aufsuchungsermächtigungen der Rohöl-Aufsuchungs Ges.m.b.H. (RAG) für Kohlenwasserstoffe wurden jeweils verlängert; zuletzt bis 31.März 1979.

- 116 -

In den Jahren 1976, 1977 und 1978 wurden insgesamt 49 von der RAG bekanntgegebene Gewinnungsfelder (Gesamtausmaß von rund 154 km²) und ein von der ÖMV Aktiengesellschaft bekanntgegebenes Gewinnungsfeld vom Bund anerkannt, mit denen festgestellte abbauwürdige Kohlenwasserstoffvorkommen oder Teile solcher abgedeckt wurden. Der Kohlenwasserstoffbergbau hat in den letzten Jahren für das Bundesland Oberösterreich an Bedeutung erheblich zugenommen, was für einen längeren Zeitraum gesicherte Arbeitsplätze mit sich bringt.

Gewerblicher Rechtsschutz

Ein Hauptanliegen der österreichischen Wirtschaft ist die Verbesserung des Innovationsprozesses. Der Verwirklichung dieses Zieles dienen insbesondere die Aktivitäten des österreichischen Patentamtes und der Arbeitsgemeinschaft für Patentförderung.

Das Österreichische Patentamt trägt durch seine umfangreiche Dokumentation zur technologischen Infrastruktur Österreichs erheblich bei. Die Bibliothek des Patentamtes verfügt derzeit über etwa 22 Millionen Patentedokumente (jährlicher Zuwachs etwa 1 Million Patentedokumente), 36 Patentblätter, 365 technische und juristische Fachzeitschriften sowie über 28.000 Bücher und Monographien.

Die Serviceleistungen des Österreichischen Patentamtes wurden weiter ausgebaut.

Neben der Möglichkeit, Gutachten über den Stand der Technik bezüglich eines konkreten technischen Problems (Recherchen) zu erhalten, können für die Wirtschaft aufgrund der am 1. August 1977 in Kraft getretenen Patentgesetz-Novelle auch Gutachten über die Frage erstellt werden, ob eine patentfähige Erfindung gegenüber dem vom Antragsteller bekanntgegebenen oder vom Patentamt zu recherchierenden Stand der Technik vorliegt. Keine der beiden Arten von Gutachten setzt die Tätigkeit einer Patentanmeldung voraus.

Durch die am 1. Mai 1978 in Kraft getretene Patent- und Markenverordnung wurde die Möglichkeit geschaffen, diejenigen Patentanmeldungen abzufragen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes bzw. innerhalb eines bestimmten Zeitraumes in einer bestimmten Klasse bzw. von einem bestimmten Anmelder eingereicht wurden.

- 118 -

Die Arbeitsgemeinschaft für Patentförderung, der als ordentliche Mitglieder die Republik Österreich, vertreten durch den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, und die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft angehören, erfüllt folgende Aufgaben:

1. unentgeltliche Beratung österreichischer Erfinder über sachliche und formale Voraussetzungen für Patentanmeldungen im In- und Ausland;
2. Aufklärung über Förderungsmöglichkeiten für Erfindungen und Entwicklungen;
3. finanzielle Förderung für Patentanmeldungen österreichischer Erfinder, insbesondere im Ausland, soweit diese nicht schon ausreichend öffentlich gefördert werden;
4. Hilfe bei der Patentverwertung, insbesondere durch Zusammenführung von Patentinhabern und an einer Lizenznahme Interessierten;
5. Herausgabe von Publikationen zwecks Information der Erfinder, Patentanmelder und Patentinhaber.

An die Arbeitsgemeinschaft für Patentförderung wurden seit ihrer Gründung bis 31.12.1978 insgesamt 1.893 Erfindungsfälle herangetragen.

Die Aufgliederung auf die einzelnen Jahre für Österreich bzw. das Bundesland Oberösterreich zeigt folgendes Bild:

	1974	1975	1976	1977	1978	Insgesamt
Oberösterr.	14	35	35	46	49	179
Österreich-gesamt	105	377	595	397	419	1.893

Auch die ebenfalls am 1. August 1977 wirksam gewordene Markenschutzgesetz-Novelle dient der Förderung der heimischen Wirtschaft.

- 119 -

Durch die sogenannte "freie Übertragbarkeit" (Übertragung einer Marke ohne dazugehöriges Unternehmen) wird den Erfordernissen des modernen wirtschaftlichen Lebens besser Rechnung getragen.

Die schriftlichen Auskünfte darüber, ob ein bestimmtes Zeichen Marken, deren Waren und Dienstleistungen in die im Antrag bezeichneten Klassen fallen, möglicherweise gleich oder ähnlich ist, wurden auf eine neue Basis gestellt: Solche Auskünfte können nunmehr entweder einmalig oder laufend (für jedes halbe Jahr, für jedes Jahr oder für alle zwei Jahre) beantragt werden.

- 120 -

Bundesministerium für Inneres

Während der laufenden Legislaturperiode wurden im Bereich des erwähnten Ressorts für das Bundesland Oberösterreich folgende Maßnahmen gesetzt:

A BUNDESPOLIZEI

Organisatorische Maßnahmen

Wesentliche Sicherungsaufgaben sind im Zusammenhang mit der Sicherung von Geldinstituten notwendig gewesen. Ein besonderes Überwachungssystem wurde zur erhöhten Sicherung von Geldinstituten geschaffen. Aufgrund der Beobachtung, daß nach Alarmfahndungen ein Rückgang bei Einbruchsdiebstählen und ähnlichen Delikten zu verzeichnen war, wurden im Bereich des Bundeslandes Oberösterreich die Funkpatrouillendienste von Polizei und Gendarmerie in Abständen von 2 Wochen jeweils für einige Stunden zu einer kriminalpolizeilichen Kontrolle der Hauptverkehrsstrecken zusammengefaßt.

Der Ausbau des Netzes von Datenstationen ist durch die Errichtung von solchen Stationen bzw. von Terminalplätzen mit Abfragemöglichkeit abgeschlossen. Die Datenstation bei der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Oberösterreich hat bereits vor einigen Jahren den Betrieb aufgenommen. Vom elektronischen Datenverarbeitungssystem sind bis jetzt erfaßt: Strafregister, Personenfahndung, Sachenfahndung, Kraftfahrzeugfahndung und Kraftfahrzeugzulassung für Wien.

In Zusammenarbeit mit der Sanitätsabteilung des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung ist die Sicherheitsdirektion derzeit bemüht, dem in Hörsching stationierten Hubschrauber des Bundesministeriums für Inneres zur ärztlichen Betreuung verunglückter Personen entsprechende Teams von Flugärzten zur Verfügung zu stellen. Die wesentlichen Vorarbeiten sind dabei bereits abgeschlossen.

Technische Maßnahmen

a) Motorisierung

Bei erreichter Vollmotorisierung wurden den Behörden in Oberösterreich im Rahmen des regelmäßigen Austauschprogrammes insgesamt 52 neue Kraftfahrzeuge für ausgeschiedene Fahrzeuge zugewiesen. Derzeit verfügen die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Oberösterreich und die

Bundespolizeidirektion Linz, die Bundespolizeidirektion Steyr und die Bundespolizeidirektion Wels zusammen über insgesamt 133 Dienstkraftfahrzeuge einschließlich der Motorfahrräder.

Es wurde von den gewöhnlichen blauen Drehleuchten für Einsatzfahrzeuge abgegangen und der Ankauf neuer Leuchten mit Halogenlampen sowie von elektronisch gesteuerten Schaltern für die Tonfolgehörner der Einsatzfahrzeuge der Bundespolizei vorgenommen.

Ausstattung sämtlicher bei der Bundespolizei vorhandener VUK-Wagen mit reflektierenden und fluoreszierenden Sicherheitsstreifen, wodurch eine bessere Wahrnehmbarkeit dieser Fahrzeuge gegeben ist.

b) Fernmeldewesen

Auf dem Gebiete des Fernmeldewesens wurde die Modernisierung und der weitere Ausbau fortgesetzt. Es wurden weitere 37 Stück tragbare und 8 Stück mobile Funksprechgeräte zugewiesen. Derzeit verfügt die Sich.Dion. für das Bundesland O.Ö. über insgesamt 13 und die Bundespolizeidirektion Linz über insgesamt 108, die Bundespolizeidirektion Steyr über insgesamt 44 und die Bundespolizeidirektion Wels über insgesamt 45 angeschaffte tragbare, mobile und ortsfeste Funkgeräte.

c) Bauliche Maßnahmen

Beginn der Errichtung des Bundesamtsgebäudeneubaus für die Sich.Dion. für das Bundesland O.Ö. und die Bundespolizeidirektion Linz und Teile des Landesgendarmeriekommandos für Oberösterreich in Linz, am Hühnersteig. Die Errichtungskosten werden sich nach derzeitigen Schätzungen auf ca. S 207 Millionen belaufen. Fertigstellung der für die Bundespolizeidirektion Linz und die Pädagogische Akademie Linz bestimmten Sportplatzanlage, Fertigstellung des neuen Direktionsgebäudes im Bundesamtsgebäudeneubau Wels.

Grenzübergänge und internationale Zusammenarbeit

Eröffnung des Grenzüberganges WEIGETSCHLAG durch Verordnung des Bundesministers für Inneres vom 28.11.1978.

- 122 -

B) BUNDESGENDARMERIEAktivitäten auf personellem Gebiet

Der systemisierte Personalstand blieb im wesentlichen unverändert.

Um die natürlichen Abgänge jeweils möglichst zeitgerecht zu kompensieren, wurde das Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich in den letzten Jahren immer ermächtigt, VB/S über den für den Gendarmeriedienst systemisierten Stand aufzunehmen. Im einzelnen wurde das Landesgendarmeriekommando zur Aufnahme folgender Anzahl von VB/S ermächtigt:

Im Jahre 1975:	20
"- 1976:	25
"- 1977:	50
"- 1978:	50

Aktivitäten auf kriminalpolizeilichem Gebiet

In der laufenden Gesetzgebungsperiode erfolgte aufgrund der Dienstvorschrift für die Kriminalabteilung die Organisation und Gliederung der Kriminalabteilungen.

Weiters wurde der Kriminalpolizeiliche Beratungsdienst auf Landesebene (bei der Kriminalabteilung) ausgebaut und auf Bezirksebene neu eingeführt.

Die technische Ausstattung der Kriminalabteilung wurde um wesentliche Anschaffungen bereichert.

Die Beamten der Kriminalabteilung wurden in Observationskursen, in Seminaren für Wirtschaftsdelikte und deren kriminalpolizeiliche Behandlung in Seminaren für Sichtgiftreferenten und Suchtgiftbearbeiter und in Seminaren für das Erkennen von Kunstgegenständen und Kunstwerken besonders ausgebildet. Weiters wurden die Bezirks- und Postenkommandanten sowie die auf kriminalpolizeilichem Gebiet tätigen Beamten der Gendarmerieposten

in ein- bzw. zweiwöchigen Kursen geschult.

Im Berichtszeitraum wurden dem Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich 9 Junghunde zugewiesen (davon 2 für die Ausbildung zu Suchtgift-Spürhunden). 38 Gendarmeriebeamte wurden in Fährten-, Lawinensuchhunde-, Suchtgiftspürhunde- und Abrichterkursen aus- bzw. weitergebildet.

Aktivitäten auf verkehrspolizeilichem Gebiet

Dem Landesgendarmeriekommando wurden in den Jahren 1975 - 1978 212 Kraftfahrzeuge zugewiesen bzw. ausgetauscht; es wurde dafür ein Betrag von insgesamt 16'8 Millionen Schilling aufgewendet. Für das Jahr 1979 ist die Anschaffung von 47 Kraftfahrzeugen mit einem Kostenaufwand von 4'1 Millionen Schilling geplant; der derzeitige Stand beträgt 400 Kraftfahrzeuge.

Mit diesen Fahrzeugen wurde u.a. der allgemeine Sicherheitsdienst durch Funkpatrouillen intensiviert. Ferner sind im LGK-Bereich 38 Motorrad-Verkehrsposten errichtet, wobei 46 Motorräder und 114 Gendarmeriebeamte im Motorrad-Verkehrsdienst verwendet werden. Dadurch konnte die Verkehrsüberwachung wirksamer gestaltet und effizienter durchgeführt werden.

Im Jahre 1976 wurde ein Motorboot der Type "V 21 Spyder" mit einem Kostenaufwand von 337.300'-- Schilling angeschafft und auf der Donau in Verwendung genommen.

Aktivitäten auf organisatorischem Gebiet

Im Bereich des Landesgendarmeriekommandos für Oberösterreich wurden im Berichtszeitraum 24 Unterkünfte für Gendarmeriedienststellen, 45 Garagen und eine Naturalwohnung sowie Grundstücke für die Aufstellung von 2 Relaisstationen angemietet.

Für den Gendarmerieposten Sattledt wurde eine Unterkunft mit Garage in das Wohnungseigentum des Bundes erworben. In be. Amtshausneubauten wurden die Bezirksgendarmeriekommanden und die Gendarmerieposten Perg, Kirchdorf a.d. Krems, Schärding und Vöcklabruck untergebracht.

Für die Unterkunft des Gendarmeriepostens Scharnstein wurde eine Mietzinsvorauszahlung geleistet. Im Jahre 1979 sind für die Neuunterbringung der Gendarmerieposten Gallspach, Pichl

- 124 -

bei Wels und Neumarkt am Hausruck noch Mietzinsvorauszahlungen beabsichtigt.

In der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden im Bereich des Landesgendarmeriekommandos für Oberösterreich 5 Diensthundestationen neu errichtet, und zwar auf den Gendarmerieposten Goisern, Freistadt, Ried im Innkreis, Suben und Thalheim bei Wels. Damit ist auch in diesen Bereichen die ständige und rasche Erreichbarkeit eines Diensthundes gegeben.

Aktivitäten auf dem Fernmeldesektor

An Fernmeldeeinrichtungen wurden dem Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich 1 Fixstation, 162 Mobilfunkgeräte, 153 Handfunkgeräte, 11 Fernschreibmaschinen und 7 Fernsprechanlagen im Gesamtwert von 25 Millionen Schilling zugewiesen bzw. ausgetauscht. Der derzeitige Stand beträgt 584 Funkgeräte.

- 125 -

C ZIVILE LANDESVERTEIDIGUNG

Im Bundesland Oberösterreich wurde im Jahre 1976 eine Teststrecke zur Funkfernauslösung von Sirenen im Rahmen des Warn- und Alarmdienstes eingerichtet und hiefür - aus Zivilschutzkrediten des ho. Ressorts - ein Betrag von S 250.000,- aufgewendet.

Weiters wurden im Rahmen der Förderung von Zivilschutzerfordernissen der Feuerwehren aus den beim Bundesministerium für Inneres veranschlagten Zivilschutzkrediten in den Jahren 1975 bis einschließlich 1978 S 800.000,- in annähernd gleichen Jahresbeträgen zur Verfügung gestellt. Es ist beabsichtigt, im Jahre 1979 im Wege über den Österreichischen Bundesfeuerwehrverband S 200.000,- für die gleichen Erfordernisse bereitzustellen.

D ENTMINUNGSDIENST

Von den zuständigen Stellen des Bundeslandes Oberösterreich wurden vom 4.11.1975 bis 31.1.1979 dem Entminungsdienst

1.086 Funde bzw. Wahrnehmungen

von sprengkräftigen Kriegsrelikten verschiedener Art und aller Gefährlichkeitsgrade mit dem Ersuchen um rasche Erledigung übermittelt.

Auf Grund dieser Meldungen wurden im angeführten Zeitraum im Gebiet des Bundeslandes Oberösterreich sprengkräftige Kriegsmunition im Gesamtgewicht von

28.418 kg

einzelnen geborgen, untersucht und zum Sprengplatz Großmittel transportiert. In der angegebenen Berichtszeit waren zahlreiche schwierige Munitionsbergungen von Baustellen der Industrie, der öffentlichen und privaten Hand, von land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsflächen und aus Gewässern durchzuführen.

- 126 -

In der ausgewiesenen Gesamtmenge sind die unter besonders schwierigen bzw. gefährlichen Verhältnissen freigelegten, entschärften und beseitigten

82 Stück	Fliegerbombenblindgänger,
3 "	Wasserbomben,
1 "	Wassermine,
412 "	Handgranaten,
322 "	Panzerfäuste und
54 "	S und T Minen

enthalten.

Als Vorarbeiten bzw. zur Ortung dieser angeführten Kriegsrelikte waren

71.740 m²

minen- und munitionsverseuchte Geländeteile mit Minen- oder Metallsuchgeräten systematisch abzusuchen.

Bei diesen Bergearbeiten mußte ein Erdaushub von

82 m³

geleistet werden.

Aus Gewässern von exponierten Stellen wurden von den Tauchern des Entminungsdienstes in 176.5 Tauchstunden 3.977 kg Kriegsrelikte geborgen.

E FLUGPOLIZEI UND FLUGRETTUNG

Einsätze zu unerläßlichen Hilfeleistungen bei Unglücksfällen und Gemeingefahr. Die Bergungs- und Krankentransporte verunglückter Personen wurden zum größten Teil in alpinen Gebieten durchgeführt, wobei das Luftfahrzeug vielfach das einzige Mittel war, um Verunglückten rechtzeitig lebenserhaltende erste

- 127 -

Hilfe zu bringen.

Zahl der Einsätze	86
Flugzeit	88 Stunden und 28 Minuten.
Durch diese Einsätze konnten	56 Männer und 23 Frauen

geborgen werden.

Einsätze für verkehrspolizeiliche Aufgaben	415
davon bei Großveranstaltungen	.7
mit einer Gesamtflugzeit von	1.108 Stunden und 9 Minuten.

Einsätze zur Unterstützung sonstiger Landes- oder Gemeindebehörden sowie anderen Institutionen, um diesen die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen oder zu erleichtern.

Zahl der Einsätze	28
Gesamtflugzeit	36 Stunden und 47 Minuten.

Diese Daten konnten auf Grund der bisherigen Speicherung bis 31.12.1978 abgefragt werden.

- 128 -

Bundesministerium für Justiz

Zu den Leistungen, die das Bundesministerium für Justiz in der laufenden Legislaturperiode für das Bundesland Oberösterreich erbracht hat bzw. zu den Initiativen, die noch geplant sind, möchte ich folgendes bemerken.

Seit dem Inkrafttreten des Unterhaltsvorschußgesetzes mit 1. November 1976 wurden im Bundesland Oberösterreich bis 31. Jänner 1979 in 3.881 Fällen Unterhaltsvorschüsse im Gesamtbetrag von etwa 44,800.000 S geleistet. Im selben Zeitraum sind rund 14,300.000 S von den Unterhaltsverpflichteten wieder eingebracht worden.

Mit dem Bundesgesetz vom 15. Juni 1978, BGBl.Nr. 280, über Änderungen des Ehegattenerbrechts, des Ehegüterrechts und des Ehescheidungsrechts sind auch besondere "familienrechtliche Abteilungen" bei bestimmten Bezirksgerichten geschaffen worden, bei denen seit 1. Feber 1978 die außerstreitigen Eheangelegenheiten (besonders die Angelegenheiten der "Scheidung im Einvernehmen" sowie der "Aufteilung ehelichen Gebrauchsvermögens und ehelicher Ersparnisse") konzentriert sind. Ab 1. Jänner 1980 werden die "familienrechtlichen Abteilungen" auch zur Erledigung der Unterhaltsstreitigkeiten und der Abstammungssachen zuständig sein. Derartige familienrechtliche Abteilungen, die einen weiteren Schritt zum verbesserten Zugang zum Recht bilden, sind bei allen Bezirksgerichten errichtet worden, die ihren Sitz in einer Ortsgemeinde (Stadt mit eigenem Statut) haben, die gleichzeitig Amtssitz einer Bezirksverwaltungsbehörde ist. In Oberösterreich wurden außerdem noch bei den Bezirksgerichten Urfahr-Umgebung, Bad Ischl, Grünburg, und Kremsmünster familienrechtliche Abteilungen eingerichtet.

- 129 -

Auf dem Personalsektor konnten die Planstellen der Richter in dieser Gesetzgebungsperiode um 6, die der nichtrichterlichen Bediensteten um 12 erhöht werden. Bei den Justizanstalten wurden die Planstellen um 7, bei der Bewährungshilfe um 8 vermehrt.

Das Bezirksgericht Mondsee wurde in dieser Gesetzgebungsperiode in einem Neubau untergebracht. Für die Erneuerung und Verbesserung der Einrichtungen von Gerichten in Oberösterreich sind seit 1975 bisher 9,6 Mill S aufgewendet worden.

Folgende Baumaßnahmen bei Gerichten und Strafvollzugsanstalten wurden während der laufenden Gesetzgebungsperiode durchgeführt bzw. sind noch im Gange (gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik):

Strafvollzugsanstalt Garsten:

Teilsanierung der barocken Außenfassaden, Schaffung einer Entlassungsvollzugsabteilung, Errichtung eines neuen Spazierhofes, Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse und Planung für Schlachthausneubau.

Strafvollzugsanstalt Suben:

Fertigstellung des neuen Wirtschaftstraktes und Erstellung einer baureifen Planung für den letzten Generalsanierungsabschnitt (neuer Unterkunftstrakt, Verwaltungstrakt und Wachenzentrum), Errichtung eines Sportplatzes und Schaffung einer Beamtenküche.

Außenstelle Linz-Urfahr:

Generalsanierung.

Außenstelle Asten:

Erstellung einer baureifen Planung für eine neue Arbeitshalle.

- 130 -

Kreisgerichtliches Gefangenenheim Ried:

Errichtung einer neuen Werkhalle und Schaffung eines Sportplatzes.

Kreisgerichtliches Gefangenenheim Steyr:

Teilumbau und Verbesserung.

Kreisgerichtliches Gefangenenheim Wels:

Umbau des Eingangsbereiches, Schaffung eines neuen Besucher-
raumes und Schaffung von Ledigenunterkünften.

Gebäude des Oberlandesgerichtes Linz:

Zubau.

Gerichtsgebäude Kirchdorf:

Neubau.

Kreisgerichtsgebäude Ried im Innkreis:

Generalsanierung.

Gerichtsgebäude Rohrbach:

Neubau.

Gerichtsgebäude Vöcklabruck:

Neubau.

Gerichtsgebäude Windischgarsten:

Generalsanierung.

Gerichtsgebäude Linz-Land:

Generalsanierung.

- 131 -

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wäre zur gegenständlichen parlamentarischen Anfrage betreffend Maßnahmen für das Bundesland Oberösterreich folgendes zu bemerken:

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat in der laufenden Legislaturperiode bedeutende legislative Vorhaben vorbereitet. Von den in den letzten Jahren in Kraft getretenen Gesetzen, die für alle Bundesländer - somit auch für Oberösterreich von Bedeutung sind, dürfen folgende besonders hervorgehoben werden:

Landwirtschaftsgesetz 1976, BGBl. Nr. 299, in der Fassung der Novelle BGBl. Nr. 267/1978,

Marktordnungsgesetz-Novelle 1976, BGBl. Nr. 259,

Marktordnungsgesetz-Novellen 1978, BGBl. Nr. 269, 672

Viehwirtschaftsgesetz 1976, BGBl. Nr. 258, in der Fassung der Novelle BGBl. Nr. 270/1978,

Flurverfassungsnovelle 1977, BGBl. Nr. 390,

Bundesgesetz über den Wirtschaftskörper "Österreichische Bundesforste" BGBl. Nr. 610/1977.

- 122 -

Darüber hinaus wird auch auf die Forstrechtserneuerung hingewiesen, die im Berichtszeitraum durch die Erlassung zahlreicher Verordnungen auf der Grundlage des Forstrechtes 1975 fortgesetzt wurde und demnächst abgeschlossen werden wird.

Von besonderem Interesse für die Fragesteller erscheinen jedoch die Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft für Vorhaben und Projekte, die in Oberösterreich durchgeführt werden bzw. wurden.

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß eine genaue regionale Zuordnung öffentlicher Mittel teilweise nicht möglich ist. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen aus dem Titel Preisausgleiche.

Zur Förderung der oberösterreichischen Land- und Forstwirtschaft wurden in dieser Legislaturperiode vom Bund 876,0 Millionen Schilling aufgewendet (einschließlich Bundesmineralölsteuerrückvergütung, aber ohne Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitions- und anderen verbilligten Krediten).

Aus Mitteln des "Grünen Planes" standen für Oberösterreich 441,478.000,-- Schilling zur Verfügung, wobei 219,002.000,-- Schilling auf das Bergbauernsonderprogramm entfallen.

Wie die Mittel des Agrarbudgets 1976 bis 1978 verwendet wurden, ist aus Tabelle 1 ersichtlich. In den in der Tabelle angeführten Summen sind auch jene Beträge enthalten, die im Rahmen des Bergbauernsonderprogrammes zur Verfügung gestellt wurden.

Zusätzlich zu den in Tabelle 1 angeführten Förderungen werden für die Land- und Forstwirtschaft Oberösterreichs noch folgende Bundesmittel zur Verfügung gestellt:

In den Wirtschaftsjahren 1975/76 bis 1978/79 (einschließlich) wurden bzw. werden Oberösterreich rund 160 Millionen Schilling an ERP-Krediten zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen einer ERP-Zinsenzuschußaktion erhielt Oberösterreich rund 6,4 Millionen Schilling, bei der ERP-Sonderkreditaktion rund 30 Millionen Schilling.

-133 -

Zu den in Anspruch genommenen Agrarinvestitionskrediten werden Zinsenzuschüsse aus den Mitteln des Grünen Planes gewährt. Rund 5650 Darlehensnehmern stand ein Kreditvolumen von rund 1,2 Milliarden Schilling zur Verfügung.

Unter dem Titel 1/622 Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten wurden Bundesmittel zur Verfügung gestellt für:

	Stück	Betrag
Kälbervermittlungsaktion 1976 - 1978	460	80.050,--
Kälbermastprämienaktion ab August 1977	1.226	537.800,--
Rindermastförderungsaktion 1975/76 - 1977/78	1.368	länderweise nicht aufgliederbar

Verwertungszuschüsse im Inland:	Stk/kg	Betrag
Rinderverwertungsaktion (1976)	4.982 Stk	5,757.265,--
Rindfleischverbilligungsaktion (1976)	511.016 kg	5,110.169,--
Selchfleischverbilligungsaktion (1976, 1977)	45.834 kg	91,668,--
Fohleninlandverwertung (1976 - 1978)	266 Stk	

Mit Bundesmitteln wurden folgende Exporte durchgeführt:

Zucht- und NutZRinder (1976 - 1978)	43.990 Stk
Einstellrinder (1976 - 1978)	362 Stk
Transportkostenpauschale (1976)	600 Stk
Drittlandexporte (1976 - 1978)	2.527 Stk
Fohlen (1976 - 1978)	374 Stk
Schafe (1976 - 1978)	126 Stk
Schweinefleisch (1978)	4.098 kg
Schlachtrinder und Rindfleisch (1976 - 1978)	49.910 Stk

- 134 -

An Einlagerungsvergütungen wurden im Berichtszeitraum für 6.102 t Fleisch 51,03 Millionen Schilling ausbezahlt.

Für die Wildbach- und Lawinenverbauung wurden S 132,105.000,-- seitens des Bundes aufgewendet. An Leistungen wurden unter anderem erbracht:

729 Stk Querwerke
24.134 lfm Längswerke
134.176 m3 Bachräumung
11.464 lfm Regulierungen und Künetten
1.403 lfm Schneebrücken und Schneerechen
720 m2 Lawinenterassen

Die wichtigsten Bauvorhaben waren:

Grünaubach, Gemeinde Grünau, Bezirk Gmunden; Gschliefgraben, Gemeinde und Bezirk Gmunden; Ortergraben, Gemeinden Unterach und Innerschwand, Bezirk Vöcklabruck; Diesenleitenbach, Stadtgemeinde Linz; Dambach, Gemeinde Rosenau, Bezirk Kirchdorf; Rindbach, Gemeinde Ebensee, Bezirk Gmunden; Pechgraben, Gemeinde Großbraming, Bezirk Steyr-Land; Haibach, Gemeinde Freinberg, Bezirk Schärding.

-135 -

Für den Schutzwasserbau wurden für Bundesflüsse unter Interessentengewässer S 223,601.000,-- an Bundesmitteln ausgegeben und folgende Leistungen erbracht:

Fluß- und Bachregulierung	49 km
Erhaltungsarbeiten an Bächen und Flüssen	36 km
Flächen neu vor Hochwasser geschützt	891 ha
Flächen, bei denen die Regulierung Vorbedingung für eine Entwässerung war	904 ha
Sohlstufen und Sohlrampen	203 Stk
Wehr	1 Stk
Traversen und Buhnen	40 Stk
Brücken und Stege	50 Stk

Die bedeutendsten Maßnahmen waren bzw. sind in Oberösterreich:

Agerregulierung Vöcklabruck und Regau
Regulierung Obere Traun Bad Ischl
Regulierung Untere Traun, HW-Dämme
Kremsregulierung Neuhofen
Pramregulierung Andorf
Vöcklaregulierung in Timelkam
Feldaistregulierung in Kefermarkt
Pramregulierung Schärding-Allerding
Ottnanger Redl, Regulierung
Staigerbachregulierung Schwanenstadt
Gusenregulierung St. Georgen
Untere Krems, Regulierungen Neuhofen, Kematen, Achleiten
Messenbachregulierung Andorf
Errichtung des Atterseeklauswehres
Sulzbachregulierung in der Gemeinde Rohr
Grünbachregulierung in Gunskirchen
Errichtung einer Hochwasserrückhalteanlage am Hainbach
Traunregulierung in Bad Ischl

- 136 -

Schwerpunkte 1979

Im zweiten Bergbauernsonderprogramm werden die Förderungsmittel erheblich aufgestockt. Allein die oberösterreichischen Landwirte der Zone 3 werden 1979 mit 19,4 Millionen Schilling um 4,5 Millionen Schilling mehr an Bergbauernzuschüssen erhalten als im vergangenen Jahr. Noch nicht abschätzbar ist der Mehraufwand, der durch die Einbeziehung der Betriebe in der Zone 2 mit einem Einheitswert bis zu 300.000,-- Schilling entsteht.

Rinderhaltungsprämien sollen den Bergbauernzuschuß in der Zone 3 ergänzen, wobei sie an die Voraussetzung geknüpft sein werden, daß der Betrieb ab Einführung der neuen Milchmarktordnung die Milchlieferung an Molkereien einstellt.

Einen besonderen Schwerpunkt in der Förderung bilden nach wie vor die Verbesserung der Infrastruktur durch die Verkehrserschließung und nunmehr in verstärktem Maße die Förderung von Telefonanschlüssen. Da die dafür vorgesehenen Budgetmittel beträchtlich erhöht werden ist gesichert, daß für Oberösterreich aus diesem Titel mehr Mittel zur Verfügung stehen werden.

Die angegebenen Summen enthalten für 1978 meist vorläufige oder geschätzte Werte. Eventuell vorhandene Zahlen für 1979 sind geschätzt.

Tabelle 1

Oberösterreich

Maßnahme	Förderungsmittel 1976 bis 1978	Leistungen
Bildungswesen, Beratungswesen Kammereigene Bildungsstätten	61,8	Personalaufwand 33 Häuser der Bäuerin in Betrieb Investitionen bei der kammereigenen Bildungsstätte Linz/Gugl und der Landwirtschaftl. Fachschule Weyregg/Attersberg
Pflanzliche Produktion	1,9	Feldversuche - Raps, Sonnenblumen, Sojabohnen 20 Tabakanbauprämien bezahlt Beratung, Information
Technische Rationalisierung	9,2	Förderung von 68 Maschinenringen mit 11.706 Mitgliedern, von 162 landtechnischen Kursen (2.637 Teilnehmer) und Diesel- und Heizölbevorratung (2,2 Mio. l Tankraum)
Viehwirtschaft	12,4	Schulung, Beratung, Hygieneprogramm Investitionen (Laborausstattung, Geräte etc), Milchleistungskontrolle, Tierleistungsprüfungen, Beihilfen zu Messen und Schauen Unterstützende Maßnahmen für die Tierzucht
Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	2,4	Beihilfen: zur Welser internationalen Landwirtschaftsmesse Rieder Frühjahrsmesse zur Herausgabe von Broschüren Förderung von Vermarktungszusammenschlüssen, Erzeugerpreisberichterstattung und Werbung für Agrarprodukte .
Sozialpolitische Maßnahmen	14,7	Bundesbeihilfen wurden gewährt für 153 Eigenheime und 47 Dienstwohnungen von Land- und Forstarbeitern, 90 Berufsausbildungskursen * mit 2.549 Teilnehmern *. 560 Treueprämien* wurden ausbezahlt. * ohne 1978 !

Maßnahmen	Förderungsmittel 1976 bis 1978	Leistungen
Landw. Geländekorrekturen	13,5	Bei 6.465 Interessenten wurden rund 5.200 ha Flächen bereinigt und dabei rund 1,6 Millionen Maschinenarbeitsstunden geleistet.
Forstliche Maßnahmen	25,0	Forstliche Beratung, 3.248 ha Neu-, Wiederaufforstung, Bestandesumwandlung, 135 km Forstaufschließungs- und Bringungsanlagen, 1.151 ha Forstschutz, 4 Projekte zur Förderung der Erholungswirkung des Waldes wurden bezuschußt. 1978 wurde für rund 41.111 ha Waldfläche ein 25 %iger Bundeszuschuß zu den Waldbrandversicherungsprämien gewährt.
Verkehrerschließung ländlicher Gebiete	148,0	Gefördert wurde der Anschluß von 1.776 Höfen. 595 km Wege und 123 Brücken wurden neu gebaut
Elektrifizierung ländlicher Gebiete	5,0	Restelektrifizierung und Netzverstärkung für 52 Höfe und 4 andere Objekte. 14 km Hoch-, 20 km Niederspannungsleitungen und 14 Trafostationen wurden neu- bzw. umgebaut.
Landw. Regionalförderung	77,8	In dieser Sparte wurden unter anderem 161 Maßnahmen zur Erschließung und Strukturverbesserung durchgeführt; darunter wurden 61 km Güterwege, Hofzufahrten und Almwege neu gebaut oder instandgesetzt. 433 Maßnahmen zur Trink- und Tränkwasserversorgung, 28 Geländekorrekturen (36 ha).

Maßnahmen	Förderungsmittel 1976 bis 1978	Leistungen
		232 Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage (davon sind 808 ha betroffen) 3.038 Maßnahmen zur Verbesserung der heimischen Viehwirtschaft 3.168 Baumaßnahmen, 2.314 Maßnahmen zur Verbesserung der Mechanisierung 2.599 - " - Hauswirtschaft 214 - " - des bauerlichen Fremdenverkehrs (434 Gästebetten) wurden durchgeführt.
Landwirtschaftlicher Wasserbau	13,3	Gefördert wurden: 4 km Regulierungen 19 km Betonrohrkanäle 60 ha Hochwasserschutz 1.814 ha Entwässerungsfläche 1 Brücke 12 Sohlstufen und Sohlrampen
Agrarische Operationen	21,8	12.420 ha Zusammenlegungen und Flurbereinigungen 330 km Wege neu gebaut 31 km Gräben 472 ha Entwässerungen
Landwirtschaftliches Siedlungswesen	0,4	Hochbaumaßnahmen, Aus-, Neu- und Zulehenssiedlungen wurden gefördert
Bergbauernzuschuß	41,3	siehe Tabelle 2 Oberösterreich erhielt im Rahmen der Dürreschädenaktion 1976 S 1,704.000,--.
Bundesmineralölsteuerrückvergütung	427,5	Rund 54.000 Betriebe erhielten jährlich die Bundesmineralölsteuerrückvergütung
Gesamt	876,0	

Tabelle 2

BERGBAUERNZUSCHUSS 1976 - 1978

Oberösterreich

IV. GP - Anfragebeantwortung (gesamtes Original)

- 140 -	Jahr	Z O N E 3				SUMME	
		fiktiver Einheitswert bis S 40.000,--		fiktiver Einheitswert S 40.001,- bis S 300.000,--			
		Betriebe	S	Betriebe	S		
	1976	744	2,232.000	3.430	8,575.000,--	4.174	10,807.000,--
	1977	672	2,688.000	3.686	11,058.000,--	4.358	13,746.000,--
	1978	484	2,178.000	3.638	12,733.000,--	4.122	14,911.000,--
	1979					4.200	19,400.000,--

Im Jahr 1979 werden auch die Bergbauern der Zone 2 einen Zuschuß erhalten. Der Aufwand dafür ist noch nicht absehbar.

- 141 -

Bundesministerium für Landesverteidigung

Seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung sind während der laufenden Legislaturperiode insbesondere Maßnahmen auf den Gebieten des Versorgungswesens des Bundesheeres (Beschaffung, Reparaturen, Baumaßnahmen, Verpflegung usw.) sowie der Assistenz- und Hilfeleistung durch das Bundesheer und des Personalwesens insoweit berücksichtigt, als sie für das Bundesland Oberösterreich bzw. seiner Bewohner im weitesten Sinn von Bedeutung sind.

Es ist somit hervorzuheben, daß im Zeitraum vom 4. November 1975 bis 24. Jänner 1979 seitens des Bundesheeres für das Bundesland Oberösterreich Aufwendungen in der Höhe von rund 611,186.000,-- Schilling getätigt wurden.

Übersichten der wichtigsten gesetzten Maßnahmen aus dem Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung sowie der bis zum Ende dieser Legislaturperiode noch vorgesehenen Ausgaben sind den beiliegenden Anlagen zu entnehmen.

Ich möchte aber bemerken, daß in der Übersicht der beabsichtigten Maßnahmen Assistenzleistungen des Bundesheeres sowie Personalmaßnahmen nicht berücksichtigt werden, weil sich Maßnahmen in diesen Bereichen einer Prognose entziehen.

Bundesland: OBERÖSTERREICH (4. November 1975 bis 24. Jänner 1979)

öS

Stunden Bedienstete

1. Versorgung des Bundesheeres:

a) Beschaffungen (Waffen, Munition, Sprengmittel, Kraftfahrzeuge und E-Teile, Leder, Textilbekleidung, Brenn-, Kraft-, Schmierstoffe, Maschinen, Werkzeuge etc.)

391,045.698,--

b) Reparaturen (an Kraftfahrzeugen, Waffen, Fernmelde- und sonstigem Gerät)

4,770.088,--

c) Baumaßnahmen (militärisches Bauwesen und Aufwendungen für den Wohnbau)

52,314.720,--

d) Verpflegung

132,745.882,--

e) Reinigung von Wäsche, Ausrüstung und Bettensorten sowie Ausgaben im Rahmen der Jahreskreditverläge und Ausgabebefugnisse

30,309.287,--

2. Assistenzleistungen (§ 2 Abs. 1 lit. c des Wehrgesetzes 1978); Hilfeleistungen des Bundesheeres im Rahmen der Ausbildung:

75.021

3. Personalaufnahmen:

374

- 142 -

Bundesland: OBERÖSTERREICH (Schätzung für den Zeitraum vom 25. Jänner 1979
bis Ende der Legislaturperiode)

öS

Wohnungen

Versorgung des Bundesheeres:

a) Beschaffungen (Waffen, Munition, Sprengmittel, Kraftfahrzeuge und E-Teile, Leder, Textilbekleidung, Brenn-, Kraft-, Schmierstoffe, Maschinen, Werkzeuge etc.)	40,250.000,--
b) Reparaturen (an Kraftfahrzeugen, Waffen und Fernmeldegerät)	500.000,--
c) Baumaßnahmen (militärisches Bauwesen und Aufwendungen für den Wohnbau)	5,360.000,--
d) Verpflegung	13,440.000,--
e) Reinigung von Wäsche, Ausrüstung und Bettensorten sowie Ausgaben im Rahmen der Jahreskreditverläge und Ausgabebe-fugnisse	3,050.000,--

21

- 143 -

- 144 -

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Seitens des Bundesministeriums für soziale Verwaltung wurden während der laufenden Legislaturperiode für das Bundesland Oberösterreich folgende Maßnahmen gesetzt:

Arbeitsmarktpolitik:

Grundlage der von der Arbeitsmarktverwaltung im gesamten Bundesgebiet gesetzten Aktivitäten war weiterhin das 1971 formulierte arbeitsmarktpolitische Konzept. Auf Grund dessen wird - basierend auf den Ergebnissen der Arbeitsmarktvorschau - alljährlich ein arbeitsmarktpolitisches Schwerpunktprogramm erstellt, das die Leitlinien für die jeweilige Arbeitsmarktpolitik, d. h. für den Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente festlegt. Entsprechend den übergeordneten Zielen der Arbeitsmarktverwaltung, die Einkommenssicherung für den einzelnen, die freie Wahl der Arbeit (des Berufes), die überlegte Wahl der Arbeit (des Berufes) und eine produktive Beschäftigung der einzelnen Arbeitskräfte zu verwirklichen, wurden die Aktivitäten der Arbeitsmarktverwaltung in den ersten beiden Jahren der Legislaturperiode auf folgende Schwerpunktbereiche des Arbeitsmarktgeschehens konzentriert:

- * Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung durch Sicherung von Beschäftigungsmöglichkeiten für die zunehmende inländische Erwerbsbevölkerung bzw. die größere Zahl der unselbständig Beschäftigten sowie die Unterbringung der größeren Zahl der neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Jugendlichen.
- * Möglichst optimale Anpassung des Arbeitsangebotes an die Nachfrage im Bereich der Berufsqualifikation sowie im Bereich der regionalen Verteilung.

- 145 -

- a) Verbesserung der Eingliederung sowie der beruflichen Situation von Frauen am Arbeitsmarkt.
- b) Verbesserung der beruflichen Resozialisierung von Behinderten und die Verbesserung der ergonomischen Bedingungen.
- c) Verbesserung der Situation älterer Arbeitsloser bzw. von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen.

Die Änderung des Konjunkturverlaufes veranlaßte die Arbeitsmarktverwaltung zu einer Modifizierung der Zielsetzung dahingehend, daß eine Erhöhung der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für ein zusätzliches inländisches Arbeitskräfteangebot erreicht werden sollte, wobei gleichzeitig der Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern war. Dafür schienen folgende Schwerpunkte geeignet:

- * Eine bessere Erfassung und Information über offene Stellen. Damit sollen insbesondere regionale Unterschiede im Beschäftigungsgrad ausgeglichen werden.
- * Mittel zur Beschäftigungssicherung und zur Arbeitsplatzbeschaffung sollen die Schulung, die Strukturverbesserung innerhalb der Betriebe, sowie auch die vorzeitige Aufnahme von Arbeitskräften unterstützen.
- * Für neu ins Berufsleben eintretende Jugendliche wird die Berufsaufklärung und -beratung verbessert sowie durch finanzielle Zuwendungen an Betriebe die Aufnahme von Lehrlingen erweitert.

- 146 -

* Die Ausländerbeschäftigungspolitik hat sich zum Ziel gesetzt, den Stand der in Österreich beschäftigten Ausländer durch Nichtersetzen des laufenden Abganges um etwa 15 % zu reduzieren.

Diese Politik wird im wesentlichen auch 1979 fortgesetzt werden.

Unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten hat das Landesarbeitsamt Oberösterreich seine Aktivitäten nach diesen Schwerpunkten ausgerichtet. Für den Bereich des Arbeitsmarktservice bedeutet dies eine weitere Ausgestaltung der Informations-, Vermittlungs- und Beratungsfunktion.

Um den großen Kundenkreis der Arbeitsmarktverwaltung erreichen und ansprechen zu können, war die leicht zugängliche und leicht verständliche schriftliche Information über den Arbeitsmarkt, die einzelnen Teilarbeitsmärkte, die überschaubare Entwicklung sowie die Verhältnisse und Anforderungen in einzelnen Berufen erforderlich. Auf diese Weise konnte mit geringem Personaleinsatz eine möglichst große Breitenwirkung der Arbeitsmarktinformation erreicht werden. Das moderne Organisationsschema der Arbeitsmarktverwaltung, das die weite Verbreitung der Information und den allgemeinen Zutritt zu ihr allen anderen Gesichtspunkten überordnet, ermöglicht eine flexible Organisation und die Integration der Dienste. Information kann heute überall gegeben werden, der gebotene Dienst kann nach dem individuellen Bedarf durch Inanspruchnahme des offenen oder geschlossenen Kundendienstes dosiert und dimensioniert werden.

- 147 -

Entsprechend der Schwerpunktsetzung erfolgte auch der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Förderungsinstrumente. Die vom Arbeitsmarktförderungsgesetz vorgesehenen Förderungsmöglichkeiten beziehen sich im wesentlichen auf folgende Bereiche:

Berufliche Mobilität

Die Förderung der beruflichen Mobilität wird als Arbeitsmarktausbildung bezeichnet. Darunter ist die Ein-, Um- und Nachschulung oder die nicht in einem Lehrberuf erfolgende berufliche Ausbildung, ferner eine Arbeitserprobung, eine Berufsvorbereitung oder ein Arbeitstraining sowie die Weiterentwicklung im Beruf zu verstehen. Im Rahmen der Arbeitsmarktausbildung werden den Schulungsteilnehmern Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt, die sie zum Erwerb einer bisher fehlenden Qualifikation zur Verbesserung der bereits erreichten beruflichen Qualifikation brauchen.

Die Arbeitsmarktausbildung ist das wichtigste arbeitsmarktpolitische Instrument, weil sie in Zeiten des konjunkturellen Aufschwunges für die Höherqualifizierung von Arbeitskräften, für die Gewinnung von zusätzlichen Arbeitskräften sowie für die Umschichtung auf eine produktivere Beschäftigung herangezogen werden kann. In konjunkturellen Abschwungphasen kann diese Förderung als beschäftigungssicherndes Instrument verwendet werden, da sie in den Zeiten der Nichtauslastung von in Beschäftigung stehenden Arbeitskräften bzw. von Arbeitskräften während der Dauer ihrer Freisetzung für den Erwerb zusätzlicher Kenntnisse und Fertigkeiten genutzt werden kann.

- 148 -

Die Wichtigkeit dieses Instrumentes beweist auch die Tatsache der Ausweitung von Schulungskapazitäten. So wurden z.B. dem Berufsförderungsinstitut (BFI) OÖ im Jahre 1975 ein Zuschuß von 600.000 S für maschinelle Ausstattung gewährt. An der Errichtung des Ländlichen Fortbildungsinstitutes (LFI) Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentrum in Linz beteiligte sich die Arbeitsmarktverwaltung mit 176,187.000 S. Weiters wurde dem Berufsförderungsinstitut (BFI) OÖ im Jahre 1978 ein Zuschuß von 9 Mio. S für den Ausbau des Lehrgebäudes gewährt. Dem Ländlichen Fortbildungsinstitut (LFI) OÖ wurde im Jahre 1975 ein Zuschuß von 18 Mio. S für den Bau des Ausbildungszentrums dem Wirtschaftsförderungsinstitut (WIFI) OÖ an Zuschüssen im Jahr 1975 10 Mio. S für die Errichtung des Internates, im Jahr 1976 400.000 S für die Errichtung der Lehrküche und im Jahr 1978 400.000 S für maschinelle Ausstattung zur Verfügung gestellt.

Geographische Mobilität

Die Mitwirkung an der Lösung von Problemen, die sich aus strukturellen Mängeln oder regionalen Besonderheiten ergeben, gehört ebenfalls zu den Aufgaben der Arbeitsmarktverwaltung.

Die Mobilitätsbeihilfen erleichtern es dem Arbeitsuchenden, an einem anderen Ort als seinem Wohnort eine Beschäftigung oder Ausbildung anzutreten oder aufrecht zu erhalten. Dadurch kann eine volkswirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch wünschenswerte Besetzung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen

- 149 -

begünstigt und eine unerwünschte Fluktuation hintangehalten werden.

Diese Beihilfen sind ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument, um einen Ausgleich in geographischer Hinsicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu bewirken bzw. um Anreize zum Antritt oder zur Aufrechterhaltung arbeitsmarktpolitisch interessanter Beschäftigungen und Ausbildungen zu bieten. Zur Mobilitäts- und Arbeitsantrittsförderung werden jene Beihilfen gezählt, die den Antritt eines Arbeits- oder Ausbildungsplatzes oder notwendige Anschaffungen im Zusammenhang mit dem Auffinden, dem Beginn oder der Aufrechterhaltung einer Beschäftigung bzw. Ausbildung aus beschäftigungspolitischen Gründen erleichtern.

Arbeitsbeschaffung

Das Instrumentarium des Arbeitsmarktförderungsgesetzes enthält Möglichkeiten für Maßnahmen zum Ausgleich sowohl kurzfristiger als auch längerfristiger Beschäftigungsschwierigkeiten.

Darüber hinaus kann mit Hilfe des Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetzes insbesondere auch ein Beitrag zur Verhinderung der Winterarbeitslosigkeit geleistet werden.

Ausbildung in einem Lehrberuf

In der Möglichkeit, Beihilfen zur Erleichterung der beruflichen Ausbildung in einem Lehrberuf zu gewähren, verfügt die Arbeitsmarktverwaltung über ein Instrument, das ergänzend

- 150 -

zu den Beratungs- und Vermittlungsdiensten die Erlangung eines Ausbildungsplatzes oder die Sicherung einer beruflichen Ausbildung erleichtert. Für die Lehrstellensuchenden der Jahre 1976, 1977 und 1978 wird im Einvernehmen mit dem geschäftsführenden Ausschuß des Beirates für Arbeitsmarktpolitik ein Sonderprogramm durchgeführt, das die Förderung zusätzlich geschaffener Lehrstellen vorsieht.

Behinderte

Der Kreis der Behinderten umfaßt nach dem AMFG sowohl Personen mit körperlichen und psychischen Behinderungen als auch Personen, die es aus anderen Gründen besonders schwer haben, sich auf dem freien Arbeitsmarkt zu behaupten. Die Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung haben besondere Bemühungen für diese Personen zu unternehmen, wobei angestrebt wird, für diesen Personenkreis eine dauerhafte Lösung ihres Beschäftigungsproblems herbeizuführen.

Das im Herbst 1977 der Öffentlichkeit vorgestellte Konzept zur Eingliederung Behinderter (Rehabilitationskonzept) sieht neben der Intensivierung der bisherigen Aktivitäten den verstärkten Ausbau der geschützten Werkstätten unter Wahrung des Prinzips, primär die Beschäftigung Behinderter auf dem offenen Arbeitsmarkt anzustreben, vor. Aufgrund von Erhebungen der Arbeitsmarktverwaltung ist die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in geschützten Werkstätten in der nächsten Zeit erforderlich.

Ausstattung

Außer den investiven Förderungsmaßnahmen für Einrichtungen der Rehabilitation hat die Arbeitsmarktverwaltung die Möglichkeit, weitere Förderungsmaßnahmen einzusetzen. Es handelt sich dabei um Förderungen der Ausstattung, Erweiterung und Errichtung von beruflichen Schulungsstätten. Diese Möglichkeiten, die vorerst nur für den Bereich der Erwachsenenbildung vorgesehen waren, bestehen seit dem Inkrafttreten der 4. Novelle zum AMFG im Jahre 1976 auch für Jugendliche, die einen Lehrberuf erlernen. Der Einsatz aller dieser Instrumente erfolgt nach den Erfordernissen im Einzelfall.

Außer dem Aufwand für arbeitsmarktpolitische Förderungsmaßnahmen erbringt der Bund im Rahmen der Arbeitsmarktverwaltung noch Leistungen nach den Bestimmungen des Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetzes und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Ein detaillierter Überblick über den finanziellen Aufwand für alle diese Bereiche wird in der Beilage 1 gegeben.

Eine Übersicht über die mit diesen Mitteln finanzierten wesentlichen Förderungsmaßnahmen ist in der Beilage 2 enthalten.

Weiters wird noch darauf hingewiesen, daß am 1. Jänner 1978 das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz - IESG - in Kraft getreten ist. Durch das IESG wird sichergestellt, daß in Konkurs- und Ausgleichsfällen sowie in den Fällen, in denen

- 152 -

mangels hinreichenden Vermögens des Arbeitgebers nicht einmal ein Konkurs eröffnet wurde, die den Arbeitnehmern zustehenden, jedoch nicht erfüllten Forderungen (Entgeltansprüche, Abfertigungen usw.) durch die Gewährung des sogenannten Insolvenz-Ausfallgeldes sofort und in voller Höhe abgedeckt werden. Seit dem Bestehen dieses Gesetzes wurden im Bundesland Oberösterreich 1.376 Anträge erledigt und insgesamt S 37,002.970 an Insolvenz-Ausfallgeld bescheidmäßig zuerkannt.

- 153 -

Allgemeine und besondere Sozialhilfe:

Die Leistungen der allgemeinen und besonderen Sozialhilfe für Personen bzw. Institutionen im Bundesland Oberösterreich in der laufenden Gesetzgebungsperiode betrugen:

1. Kriegsopferversorgung

1.1. Anzahl versorgungsberechtigter Personen zum 1. Juli

Jahr	1975	1976	1977	1978
Besch.	18.016	17.437	16.874	16.360
Witwen	12.225	11.974	11.696	11.740
Waisen	720	661	621	577
Eltern	4.864	4.210	3.646	3.190
Summe	35.825	34.282	32.837	31.867

1.2. Erbrachte Leistungen in Mill. S

Jahr	1975	1976	1977	1978
Heilfürsorge	8,636	8,640	10,260	10,871
Berufliche Ausbildung	0,017	0,191	0,249	0,389
Orthop. Vers.	12,947	12,447	13,077	12,759
Vers. Geb.	550,441	618,234	668,094	728,747
Sonderfürsorge	0,073	0,111	0,110	0,122

- 154 -

2. Heeresversorgung

2.1. Anzahl versorgungsberechtigter Personen zum 1. Juli

Jahr	1975	1976	1977	1978
Besch.	107	116	111	113
Witwen	2	2	2	3
Waisen	4	5	5	6
Eltern	1	2	3	3
Summe	114	125	121	125

2.2. Erbrachte Leistungen in Mill. S

Jahr	1975	1976	1977	1978
Vers.Ge- bühren (weitere Lei- stungen sind in den unter 1.2. angeführ- ten Bereichen mitverrechnet)	3,073	3,310	3,481	3,638

3. Opferfürsorge

3.1. Anzahl versorgungsberechtigter Personen zum 1. Juli

Jahr	1975	1976	1977	1978
Opfer	155	147	144	140
Hinterblie- bene	147	139	140	124
Summe	302	286	284*)	264

*) Stand 1.1.

3.2. Erbrachte Leistungen

sind für das Bundesland Oberösterreich gesondert nicht feststellbar, da in den Rechnungsabschlüssen der ZEDVA nur Erfolgswerte für das gesamte Bundesgebiet aufscheinen.

4. Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen

4.1. Anzahl der Hilfeleistungen

Seit Inkrafttreten des Gesetzes wurden an 15 Personen Leistungen erbracht.

5. Kleinrentnerentschädigung

Die Anzahl der Bezugsberechtigten und die erbrachten Leistungen sind nur für das gesamte Bundesgebiet feststellbar.

6. Invalideneinstellungsgesetz - geleistete Zuschüsse

aus dem Ausgleichstaxfond in Mill. S

Jahr	1975	1976	1977	1978
Subventionen für Behinderten-einrichtungen:	0,291	2,488	0,319	1,463
Subventionen für KOV-Heime	0,017	-	3,171	0,192
Zuschüsse für Behinderte u. Arbeitsplatzausstattung:	0,427	0,608	1,213	1,909
Erholungsfürsorgemaßnahmen für Kriegsoffer:	1,074	1,073	1,071	1,307
Fürsorgemaßnahmen für Kriegsoffer:	0,840	0,849	0,850	0,877
<u>Summe Oberösterreich</u>	2,649	5,018	6,624	5,748

- 156 -

Es darf jedoch der Vollständigkeit halber bemerkt werden, daß darüber hinaus noch beträchtliche finanzielle Mittel aus dem Ausgleichstaxfonds für andere Zwecke, wie z.B. für Studien- und Lehrlingsbeihilfen, aufgewendet wurden.

7. Beratungsdienst in sozialen Angelegenheiten (Amtstage)

7.1. Anzahl der Personen hinsichtlich der Inanspruchnahme

1975	1976	1977	1978
304	250	233	*)

*) Zahlen liegen noch nicht vor

8. An Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege wurden für Zwecke der Fürsorge, insbesondere der Altenbetreuung und der Jugendwohlfahrt, folgende Beträge gewährt:

1975	1976	1977	1978
in Mill. S			
19,400	19,400	22,430	22,430

Eine Aufgliederung nach Bundesländern ist nicht möglich, weil die Subventionen an Dachverbände geleistet werden, die ihrerseits die Aufteilung auf die einzelnen Landesverbände vornehmen.

- 157 -

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Während der laufenden Legislaturperiode sind seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst bedeutende Maßnahmen für das Bundesland Oberösterreich, insbesondere im Bereich Bundesschulneubauten, durch die Übernahme von Privatschulen, durch Schülerheim- und Hallenbäderzuschüsse sowie auch für die Anschaffung von Geräten, Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen gesetzt worden. Außerdem wurden der Erwachsenenbildung, der außerschulischen Jugenderziehung und dem Sportstättenbau Förderungen zuteil.

Zu den einzelnen Bereichen, die oben nicht vollständig angeführt wurden, möchte ich konkret folgendes festhalten:

1) Schulbauten:a) Fertiggestellte Bundesschulneubauten:

Linz, BORG

Linz, BBA f.KG u. AL, BORG-Zubau

Linz, BSZ, Auhof

Braunau, HTBLA

Braunau, HBLA f.w.Frb.

Grieskirchen, BORG

Perg, BHAK und BHAS

Steyr, BHAK, BHAS, BBA f. KG

Ried, BSZ

Rohrbach, BRG

Schärding, BG, BHAK und BHAS

Steyr, HTL (Turnhalle)

Bad Leonfelden, BORG, BFS f.Tourismus

Wels, BG, Zubau

- 158 -

Mit diesen Neubauten wurden insgesamt 10.290 Ausbildungsplätze mit einem Bauvolumen von 962 Mill. S geschaffen.

b) Derzeit befinden sich folgende Schulprojekte in Bau:

Linz, PÄDAK

Wels, HTBLA, 2. Bauabschnitt

Vöcklabruck, HTBLA

Altmünster, BEA

Hallstatt, BFS f. Holzbearbeitung

Steyr, BRG (Generalsanierung und Zubau)

Diese in Bau befindlichen Schulprojekte umfassen 3.030 Ausbildungsplätze mit einem Bauvolumen von 625 Mill. S.

c) Die konkrete Bauplanung läuft derzeit für die Schulneubauten:

Linz, BSZ, Oed

Perg, HBLA f.w.Frb.

Eferding, BHAK und BHAS

Diese Projekte werden zusätzlich 2.620 Ausbildungsplätze mit einem geschätzten Bauvolumen von 181 Mill.S bringen.

d) Übernahme von Privatschulen:

In der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden folgende Privatschulen in die Verwaltung des Bundes übernommen:

Bad Leonfelden, ORG, FS.f.Tourismus

Braunau, HTL

Gmunden, HAK und HAS

Linz, HAK der Arbeiterkammer

Steyr, HAK und HAS

- 159 -

e) Schülerheim- und Hallenbäderzuschüsse:

Im Rahmen des Schülerheimzuschußprogrammes des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst hat sich das Bundesministerium für Unterricht und Kunst an folgenden Heimneubauten beteiligt:

Linz, PÄDAK, Heimbauverein, 9 Mill.S

Ried/Innkreis, Schülerheim II, 4,3 Mill.S

Braunau, 20 Mill.S

Wels, 6,2 Mill.S

Projekte aus dem Hallenbäderzuschußprogramm mit den Mitteln des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, die in der laufenden Gesetzgebungsperiode aufgewendet wurden:

Linz (3 Bäder), 13,5 Mill.S

Kirchdorf/Krems, 1,5 Mill.S

Wels, 2,8 Mill.S

Weiters hat sich das Bundesministerium für Unterricht und Kunst an den Errichtungskosten der Sporthalle Gmunden mit 7 Mill.S beteiligt; die Stadtgemeinde Ried/Innkreis errichtet für das BORG Ried einen Turnsaalneubau, der vom Bund mit rund 7 Mill.S mitfinanziert wird.

2. Anlagenkredite (AHS)

Für die im Bereich des Landesschulrates für Oberösterreich situierten allgemeinbildenden höheren Schulen sind im Zeitraum 1. Jänner 1976 bis 31. Dezember 1978 für die Anschaffung von Geräten, Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen nachfolgend angeführte Kredite zu Lasten (1/12703) bereitgestellt worden:

- 160 -

1976	S	8,157.550
1977	"	10,835.781
1978	"	21,101.676
<hr/>		
Summe	S	40,095.007

3. Förderungsausgaben

An private Institutionen (Einrichtungen) sind für die Sanierung von Gebäuden, Sportplätzen sowie für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, Geräten und Lehrmitteln nachfolgend angeführte Förderungskredite gewährt worden:

1976	S	820.000,-
1977	"	80.000,-
1978	"	--
<hr/>		
Summe	S	900.000,-

4. Höhere und mittlere berufsbildende Lehranstalten

siehe Tabelle 1

5. Planstellen

Während der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden vom Bund für das Bundesland Oberösterreich im Rahmen der erbrachten Leistungen folgende Nicht-lehrer-Planstellen zugewiesen:

- 161 -

Planstellenbereich:	Dienststelle:	Planstellen:					Summe:
		I/b	I/c	I/d	II/p4	II/p5	
Schulaufsichtsbehörden:	LSR.f.Oö.	1		1			
	BSR.Kirchdorf			1/2			
	BSR.Schärding			1/2			3
Allgemeinb.Höhere Schulen:	BG.Schärding				1		
	BORG.Linz-Urfahr	1		1			3
	BORG.Bad Leonfelden	1/2					2
	2.BRG.Wels	1/2					
	BG.BRG. Linz-Urfahr			1/2			9 1/2
Bild.Anst.f.Al.,Kg.u. Erzieher:	BA.f.A.Linz				1		
	BA.f.Kg.Steyr	1/2	1	1		1	4 1/2
Techn.u.gewerbl. Lehranst.:	HTBLVA.Braunau	1	2		2	5	10
SA.-LA f.FV., FB- und Sozialberufe:	HBLA f.w.FB. Linz-Auhof	1/2	1			2	
	HBLA f.w.FB Ried/I.	1/2	1			4	1/2
	FS.f.Tourismus B. Leonfelden	1/2	1			1	1/2
	HBLA f.w.FB. Braunau	1					
	FS.f.w.FB. Steyr	1	1				
	FS.f.w.FB. Ebensee	1/2					16

- 162 -

Planstellenbereich:	Dienststelle:	Planstellen:					Summe:
		I/b	I/c	I/d	II/p4	II/p5	
Handelsakademien und Handelsschulen	Gmunden	1	1			2	
	Ried/I	1	1			3	
	Steyr	1	1		3	4	
	Linz-Auhof	1/2			1		
	Rohrbach				1		
	Schärding	1/2	1				22
<hr/>							
Berufspädagog. Akademien	BPA. Linz			1 1/2	1	1	3 1/2
<hr/>							
Summe:							68 1/2

Von den insgesamt 68 1/2 zusätzlichen Nichtlehrer-Planstellen entfallen für Verbundlichungen von Schulen bzw. für Schulneugründungen und Schulneubauten in Oberösterreich insgesamt 62 1/2 Planstellen.

6. Schul- und Heimbeihilfen für Schüler an Schulen in Oberösterreich ¹⁾

Schuljahre	Beihilfenbezieher		Beihilfen
1975/76	8.534	S	63,429.609,-
1976/77	8.122	"	58,585.989,-
1977/78	9.229	"	83,586.692,-
1978/79 2)	9.700	"	87,800.000,-

1) Quelle: Schülerbeihilfe, eine Bilanz

2) Erwartete Werte aufgrund mehrjähriger statistischer Aufzeichnungen

- 163 -

7. Schulbuchaktion:

Gutschein- und Fachbuchbestellungen von Schulen
in Oberösterreich

Schuljahre	Gutscheinaktion	Fachbuchaktion
1975/76	S 153,960.774	S 3,021.573
1976/77	" 156,149.615	" 3,798.374
1977/78	" 166,050.010	" 3,921.730
1978/79	" 178,973.334	" 4,768.815

8. Höhere Internatsschule des Bundes Schloß Traunsee1976:

Verbesserung der Sportanlagen (Hochsprung-
anlage) Anschaffung von audiovisuellen
Geräten für den Unterricht und die Frei-
zeit, Rasenpflegegeräte Summe S 154.516

1977:

Austausch des Kombiwagens, Anschaffung
von Instrumenten und audiovisuellen
Lehrmitteln, Ergänzung der Einrichtung
in Internatsräumen Summe " 268.135

1978:

Lehrmittel für Werkerziehung, Instru-
mente, Overheadprojektoren Summe " 221.581

9. Förderungen im Bereiche der außerschulischen
Jugenderziehung

siehe Tabelle 2

10. Förderungen im Bereiche der Erwachsenenbildung

siehe Tabelle 3

- 164 -

11. Sportstättenbau - Investitionsförderung

siehe Tabelle 4

12. Kunstförderungen

siehe Tabelle 5

OBERÖSTERREICH

Höhere und mittlere berufsbildende Lehranstalten	Zuweisung 1975		Zuweisung 1976		Zuweisung 1977		Ausgabenhöchst- betrag 1978	
	Anlagen	Auf- wendungen	Anlagen	Auf- wendungen	Anlagen	Auf- wendungen	Anlagen	Auf- wendungen
	In Tausend Schilling							
Technische und gewerbl. Lehranstalten	13 347	12 197	19 002	15 217	24 623	17 742	20 990	18 263
Sozialakademien, LA f. Frauen-, Fremdenverkehrs-u. Sozialberufe	1 580	3 730	3 416	4 393	3 304	5 395	9 780	7 966
Handelsakademien und Handelsschulen	15 428	9 085	10 265	10 870	16 259	11 236	13 530	16 425
Konvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufs- bildende)	1 537	3 539	1 328	4 273	4 53	4 062	921	4 855
	31 892	28 551	34 011	34 753	44 639	38 435	45 221	47 509

Tabelle 1

Außenmilitäre Jugendberufshilfe

Bundesland OBERÖSTERREICH

Name der Organisation	1975	1976	1977	1978	GESAMTSUMME
	S	S	S	S	S
Stadtkapelle Gmunden - Jugendkapelle - Musikinstrumente	--	10.000	--	--	10.000
Arbeitsgemeinschaft für Gruppenberatung Linz - verschiedene Arbeitsprojekte	--	--	--	15.000	15.000
Volkstumsgruppe Hönnhart Zuschuß für Israelfahrt	--	--	--	10.000	10.000
Verein zur Förderung der öst. Jugend Linz Jugendheim Grünau/Almtal	--	500.000	800.000	500.000	1.800.000
Katholische Jugend / Katholische Jungschar Sarleinsbach - Ausbau eines Jugendheimes	50.000	--	--	--	50.000
Jugendinformationszentrum Kirc hdorf/Krems Arbeitsprogramme	--	--	50.000	40.000	90.000
Kolpingsblasorchester Linz - Konzertreise	20.000	--	--	--	20.000
Landwirtschaftskammer für Oberösterreich - Studienreise des Jugendwerkes	--	--	15.000	--	15.000

Tabelle 2

Name der Organisation	1975	1976	1977	1978	GESAMTSUMME
	S	S	S	S	S
Jugendchor der Dompfarre Linz - Inter. Jugendchor- festival in Rotenburg/Wümme	--	--	--	10.000	10.000
Jugendheim Dr. Eder-Haus Verwaltungsausschuß Linz Adaptierung des Jugend- heimes in Gosau	--	--	50.000	--	50.000
Arb.Gem.der Musikerzieher Linz - Kongreß der ISME	--	20.000	--	--	20.000
Linzer Mädchenchor - Kon- zertreise nach England	--	--	--	20.000	20.000
Arb.Gem.oberöstr.Jugend- organisationen Linz internat. Jugendaustausch	--	10.000	10.000	20.000	40.000
Pfadfinder Österreichs - Landesverband Linz internat. Jugendbegegnung	--	--	--	10.000	10.000
Pfarrgemeinderat Rieders- bach - Freizeitzentrum	25.000	--	--	--	25.000
St.Florianer Sängerknaben - Konzertreisen	10.000	20.000	20.000	20.000	70.000
Jugendkapelle des Musik- vereines St.Marien - Ankauf von Musikinstru- menten	--	--	10.000	-	10.000

Name der Organisation	1975	1976	1977	1978	GESAMTSUMME
	S	S	S	S	S
Sig- und Spielgruppe oö. Lehrer Leonding - jugendl. Teilnehmer und Studierende an Päd. Ak. - Finnland- Tournee	--	--	--	15.000	15.000
Sozialistische Jugend Öst. Ausbau von Jugendzentren, insbesondere Europa-Camp Weissenbach/Attersee	150.000	150.000	150.000	150.000	600.000
Theater des Kindes Linz	--	15.000	30.000	--	45.000
Musikverein Windischgar- sten	--	10.000	--	--	10.000
Evangelisches Jugendwerk Jugendfreizeitheim Bad-Goisern	--	--	70.000	--	70.000
Österr. Kinderfreunde Jubiläumskonferenz in Linz	--	--	--	20.000	20.000
Österr. Naturschutzjugend Koordination Linz Jugendaustausch mit Frankreich	--	--	--	5.000	5.000
Gesamtsumme					3,030.000,--
=====					=====

- 168 -

Förderungen für das Bundesland Oberösterreich
im Rahmen der Erwachsenenbildung

	1975	1976	1977	1978
Bildungswerke	935.000.--	951.000.--	836.000.--	903.000.--
Volkshochschulen	745.473,--	1,177.568,60	1,052.249,--	
Heime	300.000.--	300.000.--	300.000.--	300.000.--
Büchereien	1, 227.000.--	1,340.000.--	1,655.000.--	1,313.000.--
Volkskulturelle Verbände	80.000.--	80.000.--	80.000.--	80.000.--
Summe:	3, 287.473,--	3,848,568,60	3,923.249,--	2,596.000,--
=====				

- 169 -

Außerdem erhielten Büchereien im Rahmen der Gesamtsubvention an das Österr. Borromäuswerk sowie durch den Österr. Büchereiverband und einzelne Institutionen der Erwachsenenbildung über die Subventionen an die gesamtösterreichischen Verbände weitere Förderungsbeträge.

Tabelle 3

- 170 -

OBERÖSTERREICH 1977SPORTSCHWIMMBÄDER:

Gem. Losenstein, Hallenbad	100.000,--
Landessportschule O.Ö., Hallenbad	2.500.000,--

SPORTHALLEN:

TV Wels, Tennishalle	100.000,--
----------------------	------------

SPORTANLAGEN:

Gem. Andorf, SA	100.000,--
OÖ. Landessportfeld, Union	150.000,--
Union OÖ., Sportanlage Neue Heimat	100.000,--
Union Ebensee, LA-Anlage	100.000,--
SV Weyregg, SA	60.000,--
SK Altheim, SZ	150.000,--
TSV Ottensheim, SA	100.000,--
ASKÖ OÖ., SA Kleinmünchen	100.000,--
ASKÖ Neuzeug, SA	100.000,--

SPEZIALSPORTANLAGEN:

RC Steyr, Reithalle	80.000,--
Union RC Neumarkt, Reithalle	100.000,--
WSV Ottensheim, Wassersportzentrum	100.000,--
Landeshauptschießstand Linz	300.000,--
ATSV Bruck-Peuerbach, Sportheim	80.000,--
EKRV Donau-Linz, Bootshafen	80.000,--
	<u>4.400.000,--</u>

Tabelle 4

- 171 -

INVESTITIONSFÖRDERUNG 1978U B E R Ö S T E R R E I C HHallenbäder:

Lds. Sportschule OÖ., Hallenbad	S	2,500.000.--
---------------------------------	---	--------------

Sporthallen:

Union Enns, Tennishalle	S	100.000.--
ATV Steyr, Sporthalle	S	150.000.--
Union Grieskirchen, Tennishalle	S	150.000.--
Union TC Ried, Tennishalle	S	100.000.--
OÖ. Studentenwerk, Turnhalle Linz	S	100.000.--
Gem. Gmunden, Sporthalle	S	500.000.--
Gem. Linz, Sporthalle Kleinmünchen	S	1,000.000.--

Sportanlagen:

TSV Uttendorf, Sportanlage	S	100.000.--
HSV Ried, Sportanlage	S	200.000.--
ASKÖ Katsdorf, "	S	150.000.--
ASKÖ Linz-Kleinmünchen, Sportanlage	S	50.000.--
ASVÖ Admira-Linz, "	S	150.000.--
SV Pichl, "	S	100.000.--
SV Hohenzell, "	S	50.000.--
SV Garsten, "	S	50.000.--
SV Fuchsfeld, "	S	50.000.--
ASKÖ Hattingsdorf, Tennisanlage	S	250.000.--
ASKÖ OÖ., Tenniszentrum Wels	S	200.000.--
Union Linz, Kunststoffbahn	S	300.000.--
Gem. Uttendorf, Wassersportzentrum	S	100.000.--
Gem. Braunau, Kunststoffbahn	S	350.000.--
	S	<u>6,700.000.--</u>

vorsehen für 1979: S 2,240.000.--

<u>Investitionsförderung O.Ö.:</u>	1975: 5,620.000.--
	1976: 3,000.000.--
	1977: 4,400.000.--
	1978: 6,700.000.--
<u>vorgesehen</u>	1979: 2,240.000.--

21,960.000.--

- 172 -

Investitionsförderung 1975OberösterreichSportschwimmbäder:

Gem. Neuhofer/Krems, Hallenbad	200.000.--
Gem. Losenstein, Hallenbad	250.000.--
Gem. Enns, Hallenbad	200.000.--
Landessportschule O.Ö., Hallenbad	2,500.000.--

Sporthallen:

Gem. Gmunden, Sporthalle	300.000.--
ATV Wels, Turnhalle	200.000.--

Sportanlagen:

Union O.Ö., SA Neue Heimat	100.000.--
UTC Ried, Tenniszentrum	300.000.--
Forelle + ATSV Steyr, Kajakzentrum	100.000.--
SK Donau Linz, SA	120.000.--
ATV Enns, SA	100.000.--
SK Blau-Elf Linz, SA	200.000.--
FK RV Donau Linz, Bootshaus	100.000.--
IFA Linz, Schießzentrum	200.000.--
Gem. Riedau, Sportzentrum	300.000.--
Gem. Neumarkt/Kallham, Sportzentrum	200.000.--
Gem. Gallneukirchen, Sportzentrum	250.000.--
	<u>5,620.000.--</u>

Bundesland: OBERÖSTERREICH

- 173 -

1976 Investitionsförderung

Union OÖ.,Landessportfeld.....S	200.000.--
Union Wels,Sportanlage.....S	150.000.--
SV Garsten,Kabinengebäude.....S	150.000.--
ATSV Bruck-Peuerbach,Sportheim.....S	150.000.--
Union Schwanenstadt,Sportzentrum.....S	150.000.--
RV Ister-Linz,Bootshaus.....S	150.000.--
WSV Ottensheim,Wassersportzentrum.....S	200.000.--
SK Donau-Linz,Sportanlage.....S	100.000.--
SK Blaue-Elf Linz,Sportzentrum.....S	150.000.--
Landeshauptschießstand Linz,Fertigstellung.....S	300.000.--
Sporthauptschule Windischgarsten,Schülerheim.....S	200.000.--
SK Altheim,Sportzentrum.....S	150.000.--
Gem.Losenstein,Hallenbad.....S	100.000.--
Gem.Rohrbach,Sporthalle.....S	200.000.--
Gem.Zwettl a.d.R.,Sportanlage.....S	150.000.--
Gem.Andorf,Sportzentrum.....S	200.000.--
Gem.Gmunden,Sporthalle.....S	300.000.--

SUMME

S 3.000.000.--
=====

O b e r ö s t e r r e i c h

- 174 -

	1975	1976	1977	1978
<u>Bildende Kunst:</u>				
Kunstabkäufe	322.420	334.650	352.112	351.740
Club der Begegnung Linz	50.000	50.000	50.000	50.000
Oberösterr.Künstlerbund	5.000	15.000	5.000	5.000
Kulturvereinigung Almegg	75.000	35.000	35.000	35.000
Kulturkreis Schloß Walchen	-----	10.000	5.000	10.000
Oberösterr.Kunstverein	-----	-----	200.000	50.000
Künstlerverinigung MAERZ	-----	20.000	40.000	120.000
- " - ,a.o.Subv.	-----	70.000	110.000	-----
<u>Allgemeine Kunstförderung:</u>				
Linzer Kellertheater	135.000	119.000	107.000	123.000
Bruckner Orchester Linz	630.000	630.000	600.000	600.000
Linzer Veranstaltungsverein	60.000	60.000	-----	40.000
LIVA	-----	150.000	150.000	350.000
Operettengemeinde Bad Ischl	310.000	310.000	380.000	404.000
Sommerspiele Grein	35.000	35.000	40.000	40.000
Theater a.Bauernhof/Meggenhofen	30.000	30.000	30.000	30.000
Intern.Brucknerfest	350.000	350.000	350.000	550.000
Linzer Ballettschule	-----	25.000	20.000	20.000
Bruckner Konservatorium	45.000	-----	45.000	45.000
Oberösterr.Musikschulwerk	105.000	105.000	315.000	300.000
<u>Literatur, Verlagswesen:</u>				
Edition "Neue Texte"	-----	52.000	140.000	180.000
Die Rampe, Zeitschrift	-----	20.000	20.000	20.000
Literarisches Forum Linz	-----	220.000	225.000	220.000
Schriftstellerbegegnung MAERZ	-----	30.000	30.000	30.000
<u>Filmförderung:</u>				
Cine Art Club Linz	-----	-----	50.000	110.000

- 175 -

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR

Schwerpunkte1. Österreichische Bundesbahnen1.1. Investitionsschwerpunkte

- Von Oktober 1975 bis zum Ende der Legislaturperiode wurden bzw. werden im Bundesland Oberösterreich nachstehende Investitionsmittel für die ÖBB bereitgestellt:

Baudienst	S 1.295	Mio
Sicherungsdienst	S 206,7	Mio
Fernmeldedienst	S 161,8	Mio Beschaffung
von Bussen	S 45,6	Mio
	S 1.709,1	Mio Bei allen

Investitionen wurde darauf geachtet, einen möglichst hohen Anteil der Aufträge an die heimische Wirtschaft zu vergeben. Dementsprechend wurden mit Bauaufträgen nahezu ausnahmslos einheimische Firmen betraut; ebenso wurden nur Autobusse österreichischer Erzeugung angeschafft. Nur im Rahmen der Investitionen für den Fernmelde- und Sicherungsdienst mußte ein Teil der Aufträge an ausländische Lieferfirmen vergeben werden.

- Im Rahmen der Beschaffung von Fahrbetriebsmittel (Lokomotiven und Waggonen) läßt sich eine Zuordnung der aufgewendeten Investitionsmittel für ein bestimmtes Bundesland nicht ohne weiteres vornehmen.

- 176 -

Von Oktober 1975 bis zum Ende der Legislaturperiode wurden bzw. werden für den Bundesbereich bestellt:

96 E-Loks	im Bestellwert von	S 2,022 Mrd
41 Elektrotriebwagen	" " "	S 1,535 Mrd
30 Dieselloks	" " "	S 235 Mio
376 Reisezugwagen	" " "	S 1,976 Mrd 3398
Güterwagen	" " "	S 1,747 Mrd

- Darüber hinaus haben die ÖBB in der laufenden Legislaturperiode für die Beschaffung von Waren Lieferaufträge in der Höhe von rund 700 Mio S an Firmen im Bundesland Oberösterreich vergeben. Damit wurde ein weiterer wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in Oberösterreich geleistet.
- Zusätzlich zu den genannten Neueinstellungen beabsichtigen die ÖBB im Rahmen eines Waggonbauprogrammes 400 Inland- und 200 internationale Reisezugwagen modernster Bauart im Auftragswert von 3,5 Mrd S bei einheimischen Waggonbaufirmen zu bestellen. Dadurch werden rd. 4000 Arbeitsplätze in der einschlägigen Industrie gesichert.

1.2. Reisezugverkehr

1.2.1. Personenfernverkehr

Verbesserungen im Personenfernverkehr wurden hauptsächlich durch die Hebung des Reisekomforts, Einrichtung günstigerer Anschlüsse und Kürzung von Fahrzeiten erzielt.

- Besonders hervorzuheben ist der Ausbau der Städteschnellzugsverbindungen, wodurch es gelang, zwischen den österreichischen Zentren ein attraktives Angebot im Schienenverkehr und eine günstige Alternative zum PKW zu schaffen. Dem Bundesland Oberösterreich kommen im einzelnen die Einrichtung eines 2-Stunden-Taktverkehrs zwischen Wien und Salzburg und die Führung der neuen Triebwagenschnellzugsverbindungen "Alpenland" zwischen Wien und Innsbruck, "Mirabell" zwischen Wien und Salzburg, "Bundesländer-Expresß" Linz - Salzburg - Klagenfurt - Wien,

- 177 -

"Anton Bruckner" zwischen Linz und Graz und "Johannes Kepler" zwischen Linz und Graz zugute.

- Die Restaurationsdienste in den Zügen auf der Westbahnstrecke wurden durch die Anschaffung von fünf modernen klimatisierten Speisewagen, die unter anderem beim "Transalpin" eingesetzt werden, erheblich verbessert. Die Triebwagenzüge für Städteschellzugsverbindungen wurden nahezu zur Gänze mit Vollspeisewagen ausgerüstet und neue Reisezugwagen mit einem Buffetdienst im Zug ("Minibar") ausgestattet.

1.2.2. Personennahverkehr

Im Zuge der Bemühungen um die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs wurden neue Anschlußverbindungen hergestellt sowie einzelne Verkehrslücken durch die Führung neuer Züge geschlossen. Darüberhinaus wurde das Verkehrsangebot bei einzelnen Zügen erweitert.

Im Rahmen der für den Nahverkehr zur Verfügung stehenden Mittel wurden für den oberösterreichischen Zentralraum von den ÖBB 50 vierachsige Nahverkehrswagen der Bauart "Schlieren" bestellt, die noch im Jahr 1979 ausgeliefert werden. Die Anschaffungskosten für diese Wagen betragen insgesamt S 300 Mio, 20 % davon bringt das Land auf.

1.3. Güterverkehr

Durch die Einrichtung neuer Güterzugsverbindungen und den Ausbau bzw. die Verbesserung der Verladeeinrichtungen in den Bahnhöfen wurden die Beförderungs- und Umschlagzeiten verkürzt. Von diesen, der verladenden Wirtschaft und den Konsumenten dienenden Verbesserungen sind besonders zu erwähnen:

- Einrichtung eines neuen Güterschnellzuges Buchs (SG) - Wien mit einer gesonderten Frachtgruppe für Linz, wodurch Frachten aus der Schweiz und ab Innsbruck beschleunigt befördert werden können.

- 178 -

- Einrichtung eines Güterschnellzuges Villach - Wels - Budweis zur rascheren Beförderung der vorwiegend verderblichen Frachten von den italienischen Mittelmeerhäfen für den Raum Wels und im Transit durch Österreich.
- Schaffung einer direkten Frachtführung zwischen Wels Verschiebebahnhof und Enns zur Bewältigung des zu erwartenden erhöhten Frachtaufkommens im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Werkes der Chemie Linz AG.
- Einrichtung eines Gütereilzuges Salzburg - Wien über Wels Verschiebebahnhof, wodurch Frachten aus dem Raum Wels nach Wien beschleunigt wurden.
- Schaffung neuer Nachtsprungverbindungen in den Relationen Villach - Linz, Wien - Salzburg mit eigenen Frachtgruppen für Wels und Attnang Puchheim sowie Linz - Innsbruck, Wien - Linz - Wien, Wolfurt/Innsbruck - Linz.
- Obwohl nicht in Österreich gelegen, ist der Bau der Rosenheimer Schleife für das Bundesland Oberösterreich dennoch von großer Bedeutung, weil mit dieser Schleife ein rascher durchgehender Personen- und Güterverkehr, ohne umständliches Rangieren in Rosenheim, zwischen dem oberösterreichischen Zentralraum und Tirol und Vorarlberg ermöglicht wird.

1.4. Anschlußbahnen

Die Errichtung firmeneigener Anschlußgleise wurde bzw. wird im Berichtszeitraum mit einem Gesamtbetrag von 22,3 Mio S gefördert. Zweck dieser Förderungen ist die Herstellung kundengerechter Gleisanschlüsse - bis zum Lagerplatz oder zur Produktionshalle - sowohl für Absender als auch Empfänger.

1.5. Bausektor

Während der laufenden Legislaturperiode wurden bzw. werden in Oberösterreich auf dem Hoch- und Tiefbausektor sowie für Streckenarbeiten umfangreiche Investitionen vorgenommen, die durch eine gezielte Auftragsvergabe an heimische Firmen zur Stabilisierung der Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft beitragen. Folgende Schwerpunkte seien hervorgehoben:

- 179 -

- Insgesamt 145 Eisenbahnkreuzungen konnten durch die Errichtung von Über bzw. Unterführungen oder Ersatzwegen aufgelassen werden. Dadurch wird nicht nur die Sicherheit des Straßen- und Schienenverkehrs erhöht sondern auch eine größere Fahrgeschwindigkeit der Bahn ermöglicht.
- Ein weiterer Investitionsschwerpunkt im Interesse der Verkehrssicherheit lag bei der Sanierung zahlreicher Brücken, wie z.B. der Ennsbrücke auf der Strecke Wien - Salzburg und der Braunauer Innbrücke, und Tunnels, insbesondere auf den Strecken Linz - Selzthal und Schärding - Stainach/ Irdning.
- In den Bahnhöfen Enns, Linz Wegscheid und in der Haltestelle Linz-Franckstraße wurden im Interesse der Sicherheit der Reisenden Inselbahnsteige mit Personentunnels errichtet.
- Mit dem Neubau der Lehrwerkstätte Linz wurde begonnen. Nach Fertigstellung des Baues werden die ÖBB in Linz über nach den letzten Erkenntnissen gestaltete Lehrwerkstätten verfügen.

1.6. Investitionen auf dem sicherungstechnischen Sektor

Auf diesem Gebiet sind insbesondere die Errichtung von 24 Elektroschrankenanlagen, der Bau moderner Gleisbildstellwerksanlagen in den Bahnhöfen Wels Verschiebebahnhof, Linz Wegscheid, Linz Verschiebebahnhof, Nettingsdorf und Hinterstoder sowie die Einrichtung der induktiven Zugsicherung im Streckenabschnitt Linz Hauptbahnhof - Summerau zu erwähnen. Die Einrichtung der induktiven Zugsicherung im Streckenabschnitt Attnang-Puchheim - Stainach/Irdning befindet sich im Bau. Dadurch wird die Verkehrssicherheit auf dieser schwierigen Strecke erhöht.

1.7. Investitionen auf dem fernmeldetechnischen Sektor

Von diesen Maßnahmen ist insbesondere die Errichtung von Verschiebfunkanlagen in den Bahnhöfen Steyr, Kleinreifling, Vöcklabruck, Linz Vbf., Ebensee und Gmunden hervorzuheben, wodurch die Sicherheit im Verschiebdienst erheblich gesteigert werden konnte.

1.8. Elektrifizierung

Im Herbst 1977 konnte die Elektrifizierung der Phyrnbahn abgeschlossen und der elektrische Betrieb auf der Strecke Linz - Spital am Phyrn aufgenommen werden. Dadurch konnten bei den Personen und Eilzügen auf der Strecke Linz-Selzthal beträchtliche Fahrzeitverkürzungen erzielt werden. Die Elektrifizierung ermöglichte den Einsatz von Städteschnellzügen der Reihe 4010 und damit die Einrichtung schneller und komfortabler Zugverbindungen ohne Umsteigen zwischen Linz und Graz.

Insgesamt wurden für die Elektrifizierung in Oberösterreich rund 195 Millionen Schilling aufgewendet.

1.9. Fahrpark

1.9.1. Triebfahrzeuge

Im Zuge des bereits eingangs erwähnten umfangreichen Erneuerungsprogrammes für den Fahrpark wurden leistungsfähigere Diesellokomotiven und elektrische Triebfahrzeuge beschafft, wodurch einzelne Fahrzeitverkürzungen möglich waren. Neben der Neubeistellung von Triebfahrzeugen wurden ältere durch 30 moderne, stärkere Elektrotriebfahrzeuge ersetzt, wodurch die Pünktlichkeit der Züge verbessert werden konnte. Die neuen Triebfahrzeuge ermöglichen es, das in der Industriezone Linz häufig konzentrierte Frachtaufkommen besser zu bewältigen.

1.9.2. Reisezugwagen

Neben der Beschaffung neuer Wagen ist auch die kundengerechte Modernisierung älterer Wagen, insbesondere durch Neubepolsterung, zu erwähnen. Mit diesen neuen und modernisierten Wagen wird auch den Fahrgästen in Oberösterreich ein zeitgerechter Reisekomfort auf der Bahn geboten.

- 181 -

1.9.3. Güterwagen

Wie bereits angeführt wurden bzw. werden während der laufenden Legislaturperiode bei den ÖBB insgesamt rund 3400 neue Wagen angeschafft, die auch für die oberösterreichische Wirtschaft bereitgestellt werden. Es handelt sich dabei um Wagen, die den Erfordernissen der verladenden Wirtschaft entsprechend entwickelt wurden und die Möglichkeit einer mechanisierten Be- und Entladung bieten.

- 182 -

2. Post- und Telegraphenverwaltung

2.1. Investitionsschwerpunkte

Von Beginn des Jahres 1976 bis Ende 1979 werden bzw. wurden für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung im Bundesland Oberösterreich nachstehende Investitionsmittel bereitgestellt:

Postdienst	S 7,4 Mio
Postautodienst (Busse und sonstige Fahrzeuge)	S 192,1 Mio
Fernmeldedienst	
a) Leitungsbau	S 1261,0 Mio
b) Übertragungstechnik	S 232,0 Mio c)
Vermittlungstechnik	S 1434,0 Mio
Hochbau	S 624,0 Mio

Auch bei der Post- und Telegraphenverwaltung wurde darauf geachtet, einen möglichst hohen Anteil an Aufträgen an die heimische Wirtschaft zu vergeben. Die Aufträge im Hochbau wurden zur Gänze von inländischen Firmen besorgt. Auch die Busse wurden zur Gänze in Österreich hergestellt.

2.2. Postdienst

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Postversorgung im Bundesland Oberösterreich zielten verstärkt auf die Beschleunigung der Postbeförderung, auf die Verbesserung des Landzustelldienstes, auf die Schaffung weiterer kundendienstfreundlicher Postamtsräume sowie die innerbetriebliche Mechanisierung ab. Hierbei wären besonders zu erwähnen:

- Im Rahmen der Motorisierung des Landzustelldienstes wurden in den Jahren 1976 bis 1978 den Postämtern in Oberösterreich insgesamt 109 zweispurige Kraftfahrzeuge zugewiesen. Weitere 54 KFZ wurden zur Verbesserung der Paket-, Eil- und Telegrammzustellung sowie der Postbeförderung neu eingesetzt. Damit ist eine wesentlich schnellere Postbeförderung und Zustellung, auch an außerhalb der Ortszentren gelegene Empfänger, gewährleistet.

- 183 -

- Beim Postamt 4020 Linz wurde im Jahr 1978 der Paletten-dienst aufgenommen, durch den die Annahme und Weiterlei-tung von Massensendungen beschleunigt und vereinfacht wird.

2.3. Fernmeldedienst

- Die Zahl der Fernsprechhauptanschlüsse stieg in Oberöster-reich von Ende 1975 bis Ende 1978 von 175.336 auf 236.053, somit um 60.717. Dies bedeutet eine Steigerung um rund 34,6 %.
- Die Zahl der Fernschreibanschlüsse erhöhte sich im selben Zeitraum von 1.954 auf 2.455, also um 501, was eine Stei-gerung um rund 25,6 % ergibt.
- Die Verlegung von Weitverkehrskabeln und der verstärkte Ortsnetzausbau haben zu dieser Entwicklung maßgeblich bei-getragen. Beim Bau der Kabelverbindungen wurde besonders darauf geachtet, durch Einsatz modernster Systeme allen Kommunikationserfordernissen zu entsprechen. Die bestehenden Kabelanlagen wurden ebenfalls weiter ausgebaut; so wurde das Koaxialkabel Wien - Linz bzw. Wien - Salzburg durch ein neues Übertragungssystem auf eine Kapazität von 2.700 Fern-sprechkanälen erweitert. Durch die Errichtung des Richt-funkturmes Ansfelden wurde es möglich, Mitte des Jahres 1978 je einen Richtfunkkanal für 1.800 Fernsprechkanäle zwischen Linz und Salzburg sowie zwischen Linz und Wien in Betrieb zu nehmen.
- Die Aufnahmefähigkeit der Wählämter in Oberösterreich hat von Ende 1975 bis Ende 1978 durch die Inbetriebnahme von 30 Wählämtern und 31 Wählamtscontainern um insgesamt 76.628 Anschlußmöglichkeiten zugenommen. Bis Ende 1979 werden, dem steigenden Bedarf an neuen Anschlüssen entsprechend, neben der fortlaufenden Erweiterung bestehender Wählämter 20 neue Wählämter in Betrieb genommen bzw. errichtet werden, wodurch sich die Aufnahmefähigkeit der oberösterreichischen Wähl-ämter um insgesamt weitere 25.000 Anschlußmöglichkeiten erhöhen wird.

- 184 -

- Die Aufnahmefähigkeit der Fernschreibämter Oberösterreichs für neue Fernschreibanschlüsse nahm von Ende 1975 bis Ende 1978 um 700 zu und wird sich im Jahr 1979 um weitere 150 erhöhen, wodurch auch in diesem Bereich der zu erwartenden Verkehrssteigerung entsprochen werden kann.
- Auch die Kurzwahlverbindungen wurden in Oberösterreich weiter ausgebaut. Zur Zeit sind in diesem Bundesland bereits 15 derartige, von den Fernsprechteilnehmern bevorzugte Kurzwahlverbindungen in Betrieb, 1979 werden noch 2 weitere hinzukommen.
- In den öffentlichen Personenrufdienst ("Piepserl") wurden die Versorgungsbereiche Braunau, Enns, Frankenmarkt, Gmunden, Linz, Ried im Innkreis, Schärding, Seewalchen, Steyr, Vöcklabruck und Wels einbezogen. Auch der öffentliche bewegliche Landfunkdienst ("Autotelefon") wurde weiter ausgebaut, sodaß nunmehr Ferngespräche von und zu Fahrzeugen auf der Autobahn Wien - Kufstein - Innsbruck nahezu bis zur Staatsgrenze am Brenner geführt werden können.

2.4. Hochbau

- Seit Beginn der Legislaturperiode wurden die Postämter 4403 Steyr, 4600 Wels, St. Georgen im Attergau, das Fernmeldegebäude Linz - Fadingerstraße sowie 31 Wählämter neu gebaut bzw. erweitert.
- Im selben Zeitraum wurden in Oberösterreich 42 Postämter umgebaut, instandgesetzt oder in neu erworbene oder gemietete Räume verlegt.
- Derzeit sind noch 3 Postämter, 3 Verbundämter und 2 Wählämter im Bau. Mit 9 größeren Neubauten soll noch im laufenden Jahr begonnen werden, darunter dem Postamt 4400 Steyr - Bahnhof.

Diese umfangreiche Bautätigkeit stellt die Voraussetzung für eine weitere Verbesserung der Serviceleistungen im Post- und Fernmeldedienst dar und trägt im übrigen zur Arbeitsplatzsicherung bei den einschlägigen Betrieben des Baugewerbes bei.

- 185 -

3. Postautodienst und Kraftwagendienst der ÖBB

Der Postautodienst und der Kraftwagendienst der ÖBB wurden insbesondere unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Berufsverkehrs, der Schülerbeförderung und des Fremdenverkehrs systematisch weiter ausgebaut. Von den zahlreichen Verbesserungen seien folgende hervorgehoben:

- Gemeinsam haben der Postautodienst und der Kraftwagendienst der ÖBB auf den Strecken Linz - Ottensheim und Wels - Gunskirchen einen 1-Stunden-Taktverkehr mit Verstärkungen während der Verkehrsspitzen eingerichtet. Für den Verkehrsraum Enns - Linz haben der Postautodienst und der Kraftwagendienst der ÖBB ein Verkehrskonzept erarbeitet, das die Zubringerverkehre zu den neuen Industriezentren in Enns und zur VÖEST in Linz für die nächsten Jahre regelt.
- Zur weiteren Verdichtung des Verkehrsangebotes haben sowohl der Postautodienst als auch der Kraftwagendienst der ÖBB neue Linien eingerichtet bzw. bestehende Anschlußmöglichkeiten verbessert. Auf den Strecken Linz - Enns - Steyr, Linz - Wels sowie von Wels als Zubringer zum Flughafen Linz Hörsching wurden beispielsweise Schnellkurse eingerichtet.
- Den Angehörigen der Firmen Steyr Daimler Puch AG und Fischer in Ried wurde durch die Einrichtung von Werksverbindungen ermöglicht, ihre Arbeitsstätten rasch und ohne Umsteigen zu erreichen.
- Die Attraktivität des Busverkehrs von Bahn und Post wurde weiters durch eine ständige Erneuerung des Fahrparks gehoben. Der Kraftwagendienst der ÖBB beschaffte seit Beginn der Legislaturperiode für den Bereich des Bundeslandes Oberösterreich 39 moderne Großraumomnibusse, der Postautodienst setzte in den vergangenen Jahren 78 neue derartige Omnibusse ein.

4. Bundesministerium für Verkehr

4.1. Zivilluftfahrt

4.1.1. Die Anlagen des Flughafens Linz wurden den Verkehrsbedürfnissen entsprechend erneuert. Die Instrumentenpiste wurde saniert und erweitert, die Flugsicherungsstelle ausgebaut und die Planung für ein neues Abfertigungsgebäude abgeschlossen. Im Interesse der in der Nähe des Flughafens wohnenden Bevölkerung wurden der Sichtflugverkehr neu geordnet und lärmmindernde Flugverfahren vorgeschrieben.

4.1.2. Zivilluftfahrtförderung

Seit Beginn der Legislaturperiode wurden in Oberösterreich bisher insgesamt rund S 4,05 Mio an Förderungsmitteln für Investitionen im Interesse der Sicherheit der allgemeinen Luftfahrt bereitgestellt.

4.2. Schifffahrt

Im Berichtszeitraum wurden den Stadtbetrieben Linz für den verkehrstechnischen Ausbau des Linzer Hafens nach dem Hafeneinrichtungs-Förderungsgesetz Mittel von insgesamt rund S 8,47 Mio zur Verfügung gestellt.

4.3. Allgemeine Verkehrsförderung

4.3.1. Jene Unternehmen, die für den Fremdenverkehr bedeutende Seilbahnen oder Schlepplifte errichten, erhalten Investitionsmittel entweder in Form von ERP-Krediten oder durch auf den Zinssatz der ERP-Kredite abgestellte Zinsenzuschüsse zu Bankkrediten. Oberösterreichische Seilbahnbauten wurden demgemäß im Berichtszeitraum mit ERP-Kreditmitteln von insgesamt S 32 Mio unterstützt. Darüberhinaus wurden im Rahmen der Verkehrsförderung insgesamt rund S 6 Mio, vor allem als Zinsenzuschüsse im Rahmen der ERP-Ersatzaktion für solche Unternehmen, aufgewendet. Mit diesen Maßnahmen wurde ein wesentlicher Beitrag zum Ausbau des oberösterreichischen Fremdenverkehrs geleistet.

- 187 -

4.3.2. Im Rahmen der Privatbahnförderung trägt der Bund zur Erhaltung der noch wichtige Transportaufgaben erfüllenden privaten Bahnlinien bei. Das Eisenbahnunternehmen Stern & Hafferl erhielt im Berichtszeitraum für die von diesem Unternehmen betriebenen Privatbahnstrecken S. 64,8 Mio. Damit konnten die Lokalbahnstrecke Linz-Eferding-Waizenkirchen sowie die Strecke Neumarkt - Waizenkirchen - Peuerbach ausgebaut und der Fahrpark für die Strecke Gmunden - Vorchdorf und für die Linzer Lokalbahnen erneuert werden.

Gesamtdarstellung

ÖSTERREICHISCHE BUNDESBAHNEN

"I. ReisezugverkehrPersonenfernverkehr

Im Personenfernverkehr wurde besonderes Augenmerk auf besseren Reisekomfort, günstigere Anschlußmöglichkeiten und Kürzung der Reisedauer gerichtet.

Im einzelnen wären dabei nachstehende Verbesserungen hervorzuheben:

- Einrichtung eines Taktverkehrs Wien - Salzburg im zweistündigen Intervall.
- Erweiterung des Verkehrsangebotes durch 2 neue Stadtschnellzugpaare: TS 140 - TS 141 "Alpenland" Wien - Innsbruck - Wien
TS 146 - TS 147 "Mirabell" Wien - Salzburg - Wien

- 189 -

- Ausbau des Städteschnellzugsnetzes durch Einrichtung nachstehender Verbindungen:
 - . TS 191 "Bundesländer-Expresß" Linz - Salzburg - Klagenfurt
- Wien (ab Sommer 1977)
 - . TS 114/104 "Anton Bruckner" Graz - Linz (ab Winter 1977/78)
 - . TS 105/115 Linz - Graz (nur im Winter 1977/78)
 - . TS 105 "Anton Bruckner" Linz - Graz (ab Sommer 1978)
 - . TS 110/100 "Johannes Kepler" Graz - Linz (ab Sommer 1978)
 - . TS 101 "Johannes Kepler" Linz - Graz (ab Sommer 1978)
- Beschleunigung des Zuglaufes von D 220 "Donau-Kurier" zwischen Wien und Passau um 20 Minuten (ab Sommer 1977) - dadurch Verbesserung der Anschlußsituation in St. Valentin und Linz (aus Selzthal/Graz)

Für das Fahrplanjahr 1979/80 sind folgende Verbesserungen vorgesehen:

- Neue günstigere Fahrplanlage des Zugpaares "Prinz Eugen" und Führung von Wagen 1. und 2. Klasse im Gesamtlauf (Wien - Hannover - Wien).
- Kürzung der Fahrzeiten der Taktzüge zwischen Wien und Salzburg um 5 Minuten.
- Neuer Aufenthalt bei D 226 (neu D 426) in Neumarkt-Kallham.
- Günstige Verbindung ins Gasteinertal und nach Kärnten durch den neuen Anschlußzug E 711 in Salzburg an Ex 262.
- Herstellen des Anschlusses von TS 101 "Johannes Kepler" in Selzthal an TS 110 "Ennstal" - dadurch ergibt sich eine ausgezeichnete Frühverbindung von Linz in das Ennstal.
- Verbesserung der Verkehrsbeziehung Linz - Jugoslawien durch Führung des "Beograd-Expresß" ab Winterfahrplan 1979/80 über die Pyhrnstrecke womit sich eine beachtliche Reisedauerverkürzung und günstigere Fahrplanlage ergibt.

- 190 -

- Führung des TS 104 ab Winterfahrplan in einer um 5 Stunden früheren Fahrplanlage - dadurch Schaffung einer Mittagsverbindung Graz - Linz, die in Linz einen Anschluß an Ex 228 "Johann Strauß" nach Frankfurt/Main erhält.
- Verbesserung des Reisekomforts durch verstärkten Einsatz von vierachsigen Inlandreisezugwagen sowie durch lokbespannte Führung der Zugpaare "Transalpin" und "Rosenkavalier" mit modernsten, klimatisierten Eurofima-Reisezugwagen.

Auf der Westbahnstrecke wurden die Restaurationsdienste im Zug erheblich verbessert bzw. ausgebaut. Es wurden fünf moderne klimatisierte Speisewagen angeschafft (die unter anderem beim Expreszug "Transalpin", Wien - Linz - Salzburg - Innsbruck - Basel, eingesetzt werden), weiters die Triebwagenzüge für Städteschnellzugverbindungen nahezu zur Gänze mit Vollspeisewagen ausgerüstet und neue Reisezugwagen mit einem Buffetdienst im Zug ("Minibar"-Stützpunkt) ausgestattet.

Personennahverkehr

Im Zuge der Bemühungen um die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Nahverkehrs wurden neue Anschlußverbindungen hergestellt sowie einzelne Verkehrslücken durch die Führung neuer Züge geschlossen. Darüberhinaus erfolgte bei einzelnen Zügen eine Verlängerung der Laufstrecke, Verkürzung der Reisedauer sowie eine Erweiterung der Verkehrstage.

II. Kraftwagenpersonenverkehr

Seit Beginn der Legislaturperiode wurden für den Bereich des Bundeslandes Oberösterreich 39 moderne Omnibusse beschafft. Diese ermöglichen eine Komfortsteigerung für die Fahrgäste sowie eine Erweiterung und Verdichtung des Verkehrsangebotes. Die Gesamtkosten dieser Omnibusse betrugen rund 46 Millionen Schilling.

- 191 -

Zur Erhöhung der Attraktivität des Kraftfahrlinienverkehrs wurden nachstehende Maßnahmen getätigt:

- Einrichtung von Taktverkehren auf den Kraftfahrlinien
2143 Linz - Rottenegg - Wegscheid in Bayern, zwischen Linz und Ottensheim
2025 Linz - Wels - Vöcklabruck, zwischen Wels und Gunkskirchen.
- Einrichtung des Ortsverkehrs Marchtrenk - Wels - Gunkskirchen
- Führung von Schnellkursen auf den Kraftfahrlinien
2051 Linz - Enns - Steyr und
2025 Linz - Wels - Vöcklabruck, zwischen Linz und Wels
- Einrichtung des Flughafenschnellverkehrs Wels - Flughafen Linz Hörsching.

Den Angehörigen der Firma Steyr Daimler Puch AG sowie der Firma Fischer in Ried wurde durch die Einrichtung von "Werkverkehren" ermöglicht, ihre Arbeitsstätten rasch und ohne zeitraubendes Umsteigen zu erreichen.

III. Güterzugsverkehr

Zur Beschleunigung und Verbesserung des Güterverkehrs im Interesse der verladenden Wirtschaft und der Konsumenten wurden insbesondere folgende Maßnahmen gesetzt:

- Einrichtung eines Güterschnellzuges Buchs (SG) - Wien mit einer besonders gereihten Frachtgruppe für Linz Hbf zur Beschleunigung der Frachten aus der Schweiz und ab Innsbruck.
- Einrichtung eines Gütereilzuges Villach - Linz über Selzthal und dadurch Beschleunigung der Frachten aus dem Raum Kärnten.
- Führung eines Gütereilzuges Salzburg - Wien über Wels Vbf zur beschleunigten Abfuhr der Frachten aus dem Raum Wels für Wien.

- 192 -

- Kürzung der Beförderungszeiten auf der Strecke Linz - Summerau durch Aufnahme des E-Betriebes.
- Verbesserung der Frachtabfahren ab Braunau am Inn.
- Einrichtung eines Güterschnellzuges Villach - Wels - (Budweis) zur beschleunigten Weiterführung der vorwiegend verderblichen Frachten von den italienischen Mittelmeerhäfen für den Raum Wels und im Transit durch Österreich nach der CSSR und darüberhinaus.
- Einrichtung einer Güternachtsprungverbindung Villach - Linz über Selzthal.
- Trennung und direkte Führung der Frachten Summerau - Wels Vbf zur Beschleunigung des Frachtlaufes und Entlastung von Linz Vbf (nach Zulegung von 2 Gleisen in Summerau).
- Bildung einer eigenen Frachtgruppe für Attnang-Puchheim in Penzing Vbf und direkte Zuführung zur Kürzung des Frachtenlaufes und Entlastung von Linz Vbf.
- Neuordnung des Güterzugverkehrs in der Relation Linz - Wels - Lambach - Attnang-Puchheim - Vöcklabruck - Steindorf bei Straßwalchen - Salzburg Gnigl.
- Bildung einer eigenen Frachtgruppe für Enns in Wels Vbf und direkte Zuführung zur Bewältigung des prognostizierten erhöhten Aufkommens nach Errichtung des neuen Werkes der Chemie Linz AG.
- Einrichtung einer neuen Güternachtsprungverbindung Wien - Salzburg mit eigenen Frachtgruppen für Wels und Attnang-Puchheim.
- Einrichtung einer Güternachtsprungverbindung Linz - Innsbruck
- Aufnahme einer Direktzugbildung Linz - Wien nach erfolgter Fertigstellung des Teilausbaues Linz Vbf
- Vereinbarung eines zusätzlichen Zugpaares mit den Tschechoslowakischen Staatsbahnen zur Bewältigung des erhöhten Frachtaufkommens im Übergang Summerau.
- Aufnahme einer Direktzugbildung "Wels" in St. Valentin und Weiterführung von 2 Güterzügen von Summerau über Wels

- 193 -

nach Attnang-Puchheim zur Vermeidung zeitaufwendiger Umstellungen in Linz Vbf bzw. Wels Vbf.

- Bildung einer Frachtgruppe "Wörgl" bei zwei von Linz ausgehenden Ferngüterzügen zur Vermeidung zeitaufwendiger Umstellungen in Salzburg Gnigl.
- Einrichtung von Güternachtsprungverbindungen Wien - Linz bzw. Linz-Wien, Wolfurt/Innsbruck - Linz - (Wien).
- Abbeförderung aller im Raum Graz und Obersteiermark anfallenden Sendungen Richtung Linz ohne zeitaufwendige Unterwegsbehandlung.
- Verbesserung der Frachtzufuhr aus dem Raum Kärnten nach Ebensee durch neue Abendverbindung von Stainach-Irdning nach Ebensee.

Auf dem Gebiet der Anschlußbahnförderung wurden seit Beginn der Legislaturperiode von den ÖBB 32 Förderungsanträge mit einem Gesamtförderungsbetrag von 22,3 Millionen Schilling behandelt. Von diesen 32 Vorhaben konnten bisher 30 mit einem Förderungsbetrag von insgesamt 18,5 Millionen Schilling realisiert werden. Mit der Fertigstellung der beiden restlichen Vorhaben ist noch in diesem Jahr zu rechnen.

Zweck dieser Förderung ist die Herstellung funktionsgerechter Gleisanschlüsse (bis zum Lagerplatz oder zur Produktionshalle) sowohl für Absender als auch Empfänger.

Ab Fahrplanwechsel 1979/80 sind an Verbesserungen weiters geplant:

- Einrichtung von zwei neuen durchgehenden Güterzügen Regensburg - Wels
- Einrichtung einer zusätzlichen Güternachtsprungverbindung Wels - Wien
- Einrichtung einer neuen Anschlußverbindung zur Güternachtsprungverbindung "Wolfurter" Wien - Wolfurt von Linz, Wels, Attnang-Puchheim
- Einrichtung einer zusätzlichen Güterabfuhr Amstetten - Linz

- 194 -

- Schaffung von 4 direkten Verbindungen Wels - Klein Schwechat und Neuordnung des Verkehrs Wels - Wien.
- Verkürzung der Verschubruhezeit in Wels Vbf zum Wochenende zur Erzielung kürzerer Beförderungszeiten.

IV. Leistungen baulicher und technischer Art

In der laufenden Legislaturperiode wurden bzw. werden in Oberösterreich für Bauvorhaben und für technische Einrichtungen rund 1 664 Millionen Schilling aufgewendet, die vorwiegend der heimischen Wirtschaft zugute kommen. Folgende Investitionsvorhaben größeren Umfanges wären zu erwähnen:

1. Investitionen auf dem Bausektor

- Auflassung von 145 Eisenbahnkreuzungen durch die Errichtung von Über- bzw. Unterführungen oder Ersatzwegen.
- Erneuerung der Ennsbrücke auf der Strecke Wien - Salzburg sowie der Braunauer Innbrücke auf der Strecke Neumarkt-Kallham - Simbach (Inn).
- Zulegung neuer Gleise im Bahnhof Enns.
- Erneuerung des Rundlokschuppens 2 in der Zugförderungsleitung Linz.
- Ausbau des Verschiebebahnhofes Linz
- Neubau des Sozialgebäudes in Linz
- Beginn des Neubaus der Lehrwerkstätte Linz
- Linienverbesserung auf der Strecke Linz - Spital am Pyhrn
- Umbau der Gleisanlagen, Errichtung von zwei Unterführungen sowie eines Personentunnels und Renovierung des Aufnahmsgebäudes im Bahnhof Nettingsdorf
- Errichtung des KWD-Autobusbahnhofes in Steyr
- Baubeginn des KWD-Stützpunktbahnhofes in Steyr
- Teilerneuerung der Widerlager im Bosrucktunnel auf der Strecke Linz - Selzthal.
- Abdichtung des Sonnsteintunnels auf der Strecke Stainach-Irdning- Schärding.

- 195 -

- Errichtung von Inselbahnsteigen mit Personentunnels in den Bahnhöfen Enns, Linz Wegscheid und in der Haltestelle Franckstraße.
- Vergrößerung der Gepäck- und Expreßgutanlage im Bahnhof Bad Ischl
- Erneuerung des Frachtenmagazines im Bahnhof Wels
- Sanierung der Ladestraßen in den Bahnhöfen Grein-Bad Kreuzen (zuzüglich Sanierung des Bahnhofsvorplatzes), Gmunden, Garsten, Uttendorf-Helpfau, Lambach und Rohrbach-Berg.

2. Investitionen auf dem sicherungstechnischen Sektor

- Bau moderner Gleisbildstellwerksanlagen in den Bahnhöfen Wels Vbf., Linz Wegscheid, Linz Vbf., Nettingsdorf und Hinterstoder.
- Errichtung von automatischen Blockstellen in den Bahnhöfen Taufkirchen an der Pram und Ebensee.
- Errichtung der induktiven Zugsicherung im Streckenabschnitt Linz Hbf - Summerau.
- Errichtung von 24 Elektroschrankenanlagen.
- Einbau einer Gleisbrückenwaage im Bahnhof Vöcklabruck.

Im Bau befinden sich derzeit:

- Gleisbildstellwerksanlagen in den Bahnhöfen Taufkirchen an der Pram und Windischgarsten,
- Automatische Blockstellen in den Bahnhöfen Timelkam, Frankenmarkt und Wels.
- die induktive Zugsicherung im Streckenabschnitt Stainach-Irdning - Attnang-Puchheim.

- 196 -

3. Investitionen auf den fernmeldetechnischen Sektor

- Verkabelung der Fernmeldeleitungen in den Streckenabschnitten Stainach-Irdning - Attnang-Puchheim, Linz - Summerau und Linz - Spital am Pyhrn.
- Errichtung einer Heißbläufarmeldeanlage im Bahnhof Gunskirchen.
- Einrichtung der Wehrgraben-Fernsehüberwachungsanlage im Bahnhof Obertraun - Dachsteinhöhlen.
- Errichtung von modernen Fernsprechanlagen (Basaanlagen) in den Bahnhöfen Steyr, Frankenmarkt, Linz Hbf und Bad Schallerbach - Wallern.
- Errichtung von Verschiebepfahnanlagen in den Bahnhöfen Steyr, Kleinreifling, Vöcklabruck, Linz Vbf, Ebensee und Gmunden
- Errichtung einer Fernmeldeanlage in der Hauptwerkstätte Linz.

V. Elektrifizierung und Elektrobetrieb

In der laufenden Legislaturperiode wurden nachstehende Investitionsvorhaben fertiggestellt:

- Elektrifizierung der Strecke Linz - Spital am Pyhrn
- Errichtung einer 110 kV-Übertragungsleitung von Attnang-Puchheim nach Wartberg an der Krems
- Errichtung der Unterwerke Gaisbach-Wartberg und Wartberg an der Krems
- Errichtung der Fahrleitungsmeistereien Pregarten und Wartberg an der Krems sowie ^{der} Fahrleitungskuppelstelle Marchtrenk.

Die Gesamtkosten betrugen rund 195 Millionen Schilling.

- 197 -

VI. Fahrpark

1. Triebfahrzeuge

In der laufenden Legislaturperiode wurden bzw. werden im Gesamtbereich der ÖBB 96 Elektrolokomotiven und 41 Elektrotriebwagenzüge mit einem Bestellwert von rund 2,022 Milliarden Schilling für Lokomotiven bzw. von 1,535 Milliarden Schilling für Triebwagen sowie 30 Diesellokomotiven (Auslieferung bereits 1977 abgeschlossen) mit einem Bestellwert von rund 235 Millionen Schilling ausgeliefert.

Im Bundesland Oberösterreich befinden sich an Zugförderungsdienststellen die Zugförderungsleitungen Linz, Attnang-Puchheim und Wels sowie die Nebenstelle Garsten mit einem Personalstand von rd. 1.800 Bediensteten. Triebfahrzeuge und Personal dieser Dienststellen tragen einen großen Teil der im Bundesland anfallenden Traktionsaufgaben.

Die bedeutsamste zugförderungstechnische Maßnahme innerhalb der Legislaturperiode war die Aufnahme des elektrischen Betriebes auf der Strecke Linz - Spital am Pyhrn mit Beginn des Winterfahrplanes 1977 am 25. September 1977. Damit kann die Strecke Linz - Selzthal durchgehend elektrisch befahren werden. Zusammen mit einer Überarbeitung des Fahrplangefüges wurden dadurch bei den Personen- und Eilzügen beträchtliche Fahrzeitverkürzungen erzielt. Weiters konnten mit Städteschnellzügen der Reihe 4010 schnelle und komfortable Verbindungen ohne Umsteigen zwischen Linz und Graz eingerichtet werden.

Auf dem Dieselfahrzeugsektor ist im Berichtszeitraum besonders die Vermehrung an leistungsfähigen Lokomotiven an Stelle schwächerer Loks zu erwähnen, wodurch

auf der traktionstechnisch schwierigen Mühlkreisbahn Linz Urfahr-Aigen-Schlägl, allerdings in Zusammenhang mit baulichen Verbesserungen, in dem starken auf Linz orientierten Berufs- und Schülerverkehr erhebliche Fahrzeitgewinne erzielt und die Führung schwerer Züge ermöglicht wurde. Weiters wurde es hiedurch möglich einen Eilzug Linz - Wels - Braunau mit einer Lok 2043 und modernen Reisezugwagen statt mit Schienenbussen zu führen und dadurch eine wesentliche Qualitätsverbesserung zu erzielen.

Auf dem Sektor der elektrischen Triebfahrzeuge erfolgte im Berichtszeitraum bei den oberösterreichischen Zugförderungsdienststellen der Ersatz alter E-Triebfahrzeuge durch 30 moderne und stärkere E-Triebfahrzeuge, wodurch die Pünktlichkeit der Züge verbessert werden konnte. Überdies wirkt sich die dadurch auch erfolgte Erhöhung des Reservestandes sehr günstig auf die Bereitstellung geeigneter Triebfahrzeuge zur Bewältigung des häufig geballten Frachtaufkommens in der Industriezone Linz aus.

2. Reisezugwagen

In der laufenden Legislaturperiode wurden bzw. werden 376 moderne Reisezugwagen mit einem Bestellwert von rund 1,976 Mrd S ausgeliefert. Darüberhinaus wurden noch eine große Anzahl älterer Wagen durch eine gefälligere Neubepolsterung und Anbringen von Kopfschutz sowie eines Zweifarbenanstriches zeitgemäß modernisiert.

Das Bundesland Oberösterreich berühren 97 Schnellzugswagen der gehobenen Komfortklasse (einschließlich Liege-, Schlaf- und Speisewagen) die im internationalen Verkehr den Fernreisenden zugute kommen, während 133 neue bzw. modernisierte Inlandsreisezugwagen die Reisen im eigenen Bundesland und innerhalb Österreichs angenehmer und bequemer machen. Dadurch können auf den oberösterreichischen Strecken modernere Wagen eingesetzt werden.

- 199 -

3. Güterwagen

Am Güterwagensektor wurden bzw. werden in dem in Frage stehenden Zeitraum 3398 Wagen mit einem Bestellwert von rund 1,747 Mrd S von der Industrie ausgeliefert und in Betrieb genommen. Es sind dies nach modernsten Erfordernissen für die verladende Wirtschaft entwickelte Fahrzeuge, wo auf rasche Be- und Entlademöglichkeit besonders Rücksicht genommen ist. Der Einsatz dieser Güterwagen wird auch der Transportwirtschaft des Bundeslandes Oberösterreich von Nutzen sein.

VII. Aufträge der Österreichischen Bundesbahnen an die Wirtschaft in Oberösterreich

Die Österreichischen Bundesbahnen haben an Firmen im Bundesland Oberösterreich in der laufenden Legislaturperiode für die Beschaffung von Waren Lieferaufträge in der Höhe von rund 696 Mio S vergeben. Die ÖBB haben damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der in diesem Bundesland befindlichen Arbeitsplätze geleistet.

VIII. Investitionsschwerpunkte

In der laufenden Legislaturperiode wurden bzw. werden im Bundesland Oberösterreich nachstehende Investitionsmittel bereitgestellt:

Baudienst	1295 Mio S	} 1 663,5 Mio S
Sicherungsdienst	206,7 Mio S	
Fernmeldedienst	161,8 Mio S	
Beschaffung von Bussen	<u>45,6 Mio S</u>	
	1.709,1 Mio S	

- 200 -

POST- UND TELEGRAPHENVERWALTUNG

I. POSTDIENST

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Postversorgung zielten verstärkt auf die Schaffung weiterer kundendienstfreundlicher Postamtsräume, auf die Verbesserung des Landzustelldienstes (Vermehrung der Zustellhäufigkeit auch bei extrem gelegenen Abgabestellen wie z.B. Bergbauern, Einbeziehung bisher unversorgter Empfänger, Zustellung von Paketen bis 20 kg u.dgl.), auf eine Beschleunigung der Postbeförderung (auf Schiene und Straße) und auf die innerbetriebliche Mechanisierung (Beschleunigung des Umleite- und des Schalterdienstes) ab. Folgende Maßnahmen wären besonders zu erwähnen (die Sanierung von Postämtern ist im Abschnitt IV detailliert dargestellt):

- Für die weitere Motorisierung der Landzustellung wurden in den Jahren 1976 bis 1978 insgesamt 109 zweispurige Kraftfahrzeuge beschafft. Dieses Programm wird auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.
- Weitere 54 Kraftfahrzeuge wurden zur Verbesserung der Paket-, Eil- und Telegrammzustellung sowie der Postbeförderung neu eingesetzt.
- Im Jahr 1977 wurde das Postamt 4403 Steyr neu errichtet (das 1976 errichtete Postamt 4480 Asten, Donaukraftwerk wurde im Jahr 1978 wieder aufgelassen).
- Im Jahr 1978 wurde der Paketbehälterverkehr in der Relation Linz - Wien - Linz eingeführt und in der Relation Linz - Innsbruck - Linz geplant.
- Das Postamt 4020 Linz wurde in den am 1. Februar 1978 aufgenommenen Palettendienst einbezogen; dadurch können Massensendungen rascher und einfacher angenommen und weitergeleitet werden.

II. POSTAUTODIENST

In den vergangenen Jahren war man bestrebt, den Postautodienst für die Öffentlichkeit attraktiver zu machen und vor allem die Infrastruktur der von diesem Dienst erschlossenen Gebiete zu verbessern. Dazu wurden insbesondere folgende Maßnahmen gesetzt:

- 201 -

In Ried im Innkreis wurde ein innerstädtischer Linienverkehr eingerichtet. Auf den Postautolinien

Linz/D. - Neustift, Mühlkreis,
 Braunau am Inn - Riedersbach,
 Braunau am Inn - Ostermiething - Salzburg,
 Ried im Innkreis - Bach,
 Schärding - Kopfung,
 Freistadt - Windhaag - Freistadt und
 Mondsee - St. Georgen am Attersee

wurden Streckenerweiterungen durchgeführt, die in erster Linie dem Berufs- und Schülerverkehr dienen. Weiters erfolgten die Einrichtung von Eilkursen auf der Linie Linz - Enns - Steyr und gemeinsam mit dem Kraftwagendienst (KWD) der ÖBB die Führung eines Taktverkehrs auf der Strecke Linz - Ottensheim. Für den Verkehrsraum Enns - Linz wurde mit dem KWD ein Verkehrskonzept erarbeitet, das die Zubringerverkehre zu den neuen Industriezentren in Enns und zur VÖEST in Linz für die nächsten Jahre regelt. Mehrere Postautolinien wurden verlängert:

Linz - Bad Leonfelden - Reichenenthal bis Freistadt,
 Linz - Zwettl - Traberg - Helfenberg bis Rohrbach,
 Grein - St. Georgen - Linden bis Perg,
 Vöcklabruck - Ottnang - Kohlgrube bis Altenhof am Hausruck.

Zwischen Wels und Gunkskirchen wurde gemeinsam mit dem KWD der ÖBB ein Taktverkehr mit einstündigen Intervallen eingerichtet. Im Interesse der Schülerbeförderung wurden teilweise durch Umwandlung von Gelegenheitsverkehren in Linienverkehre - neue Postautolinien auf folgenden Strecken eingerichtet:

Rohrbach i. OÖ - Niederranna,
 Freistadt - Pregarten,
 Schärding - Riedau - Braunau - Haselbach - Aching - Braunau,
 Taiskirchen - Bäck im Aigen,
 Steyr - Haidershofen - Steyr und
 Steyr - Behamberg - Steyr.

Die Postautolinie Schärding - Schardenberg - Waldschloß wurde um die Strecke Gattern - Hanzing - Neudorf - Winkl - Schardenberg erweitert.

Neue Streckenabschnitte wurden auch in die nachstehenden Postautolinien aufgenommen:

Der Ort Mörschwang in die Postautolinie Ried im Innkreis - Obernberg am Inn - Antiesenhofen.

St. Johann am Walde in die Postautolinie Ried im Innkreis - Mettmach - Großweiffendorf - Mattighofen.

Die Strecken Ried - Neuhofen - Pattighau - Prandt - Schildorn - Waldzell und Steiglberg - Hocheck - Höcken - Schneegattern in die Postautolinie Ried im Innkreis - Schneegattern - Salzburg.

- 202 -

Im Interesse der Schifahrer wird für die Dauer der günstigen Schneelage zwischen dem Ende der Schiabfahrt und der Talstation der Gosaukambahn ein Pendelverkehr geführt.

Für das Bundesland Oberösterreich wurden in den letzten Jahren 78 Großraumomnibusse beschafft. Der Neubau der Postgarage Gmunden (1. Bauabschnitt) wurde fertiggestellt.

Die Aktivitäten in den kommenden Jahren werden naturgemäß auf der gleichen Ebene liegen. Durch Erweiterung und allenfalls auch durch die Neueinrichtung von Postautolinien - soweit die Personalsituation dies zulässt - wird versucht werden, die Infrastruktur der betroffenen Gebiete zu verbessern.

Zur Hebung der Attraktivität des Postautodienstes werden laufend die noch im Einsatz befindlichen Omnibusse älterer Baujahre gegen neue Großraumbusse ausgetauscht.

Darüber hinaus wird dazu übergegangen werden, auf Linien, die sich auf Grund ihrer Eigenart (Fernlinien, besondere Konkurrenzverhältnisse etc.) anbieten, Omnibusse mit einer besseren Ausstattung - insbesondere komfortablere Sitze - einzusetzen.

II. FERNMELEDEDIENST

1. Leitungsbau

Die Zahl der Fernsprechhauptanschlüsse in Oberösterreich stieg im Zeitraum Ende 1975 bis Ende 1978 von 175.336 auf 236.053, somit also um 60.717 (das sind rd. 34,6 %). Die Zahl der Fernschreibteilnehmer erhöhte sich in der selben Zeit von 1.954 auf 2.455, also um 501 (ca. 25,6 %).

Folgende Weitverkehrskabel wurden verlegt bzw. sollen bis Ende 1979 noch verlegt werden:

1976: Linz - Eferding

Windischgarsten - Rosenau (Teilstück)

Gosauzwang - Gosau

Reith - Ostermiething

1977: Oberkappl - Hofkirchen - Lembach - Sarleinsbach

Öpping - Peilstein

Weyer - Kleinreifling

Großraming - Maria Neustift

Ottensheim - Feldkirchen/Donau

Linz - Enns (Teilstück)

Enns - St. Valentin (Teilstück)

Linz - Edramsberg

- 203 -

- 1978: Koaxialkabel Salzburg - Wien (Teilstück Mondsee - Regau)
 Linz - Lichtenberg (Teilstück)
 Linz - Ottensheim (Teilstück)
 Enns - Perg (Teilstück)
 Mondsee - Oberwang
 Steyr - Sierning
 Sierning - Schiedlberg
 Sierning - Gunersdorf
 Sierning - Bad Hall
- 1979: Koaxialkabel Salzburg - Wien (Teilstück Regau - Enns)
 Lichtenberg - Zwettl a.d. Rodl - Reichenau
 Enns - Mauthausen - Perg - Windhaag
 Linz - Ottensheim (Fertigstellung)
 StICKkabel nach Bad Schallerbach

In den folgenden Orten wurde das Kabelnetz ausgebaut,
 bzw. wird der Netzausbau bis Ende 1979 noch erfolgen:

- 1976: Ach, Altmünster, Andorf, Aschach an der Donau,
 Bad Ischl, Ebensee, Eferding, Eggerding, Enns,
 Esternberg, Gallneukirchen, Gmunden, Gosau,
 Grieskirchen, Grünburg, Haag am Hausruck,
 Hellmönsödt, Hörsching, Klaus, Laakirchen,
 Linz, Marchtrenk, Mauerkirchen, Mettmach,
 Mondsee, Neufelden, Neuhofen an der Krems,
 Neukirchen bei Altmünster, Neukirchen an der
 Enknach, Neukirchen am Walde, Neumarkt im
 Hausruckkreis, Ostermiething, Ottensheim,
 Perg, Pram, Ried im Innkreis, Riedau, St. Aegidi,
 St. Florian bei Linz, St. Martin im Innkreis,
 St. Wolfgang, Sarleinsbach, Scharthen, Seewalchen,
 Steyr, Vöcklabruck, Waizenkirchen, Wels, Wildshut,
 Windischgarsten.
- 1977: Aigen im Mühlkreis, Altheim, Altmünster, Aschach
 an der Donau, Bad Leonfelden, Bad Schallerbach,
 Ebensee, Eferding, Eggerding, Enns, Esternberg,
 Frankenburg, Gallneukirchen, Gosau, Grieskirchen,
 Großraming, Grünburg, Kefermarkt, Kematen an der
 Krems, Linz, Lochen, Losenstein, Maria Neustift,
 Maria Schmolln, Mauthausen, Neufelden, Neuhofen
 an der Krems, Neukirchen bei Altmünster, Neukirchen
 an der Enknach, Neukirchen am Walde, Neumarkt im
 Mühlkreis, Ottnang am Hausruck, Pregarten, Raab,
 Ried im Innkreis, Riedau, Sandl, St. Martin im
 Innkreis, St. Martin im Mühlkreis, St. Wolfgang,
 Steinerkirchen, Steyr, Strobl, Traunkirchen,
 Ulrichsberg, Vöcklabruck, Vöcklamarkt, Waldzell,
 Waizenkirchen, Wels, Weyer, Windischgarsten,
 Wolfen.

- 204 -

1978: Altheim, Andrichsfurt, Aschach an der Donau, Attnang, Bad Goisern, Bad Hall, Bad Kreuzen, Baumgartenberg, Behamberg, Braunau, Eggerding, Enns, Frankenburg, Frankenmarkt, Gallneukirchen, Haibach ob der Donau, Haslach, Hofkirchen, Hörsching, Kirchdorf an der Krems, Kleinraming, Kleinreifling, Laakirchen, Lembach, Linz, Maria Neustift, Mauthausen, Mondsee, Neufelden, Neukirchen an der Enknach, Neukirchen am Walde, Neumarkt im Mühlkreis, Oberkappel, Oberwang, Ostermiething, Pregarten, Raab, Rainbach, Ried im Traunkreis, Riedau, Sandl, Sarleinsbach, St. Florian, St. Georgen an der Gusen, St. Martin im Innkreis, Schardenberg, Schärding, Scharnstein, Schiedlberg, Schwand, Seewalchen, Sierning, Steinbach an der Steyr, Traunkirchen, Unterweißenbach, Waldhausen, Waldzell, Waizenkirchen, Wels, Wildshut.

1979: Alkoven, Altheim, Bad Hall, Bad Schallerbach, Braunau, Ebensee, Eggelsberg, Feldkirchen an der Donau, Grieskirchen, Haag am Hausruck, Hofkirchen an der Trattnach, Hörsching, Kematen an der Krems, Laakirchen, Lichtenberg, Linz, Mauthausen, Münzkirchen, Obernberg am Inn, Ottensheim, Peilstein, Perg, Peuerbach, Pram, Pregarten, Reichenau, Reichenthal, Ried im Innkreis, Rohrbach, St. Georgen an der Gusen, St. Georgen im Attergau, St. Wolfgang, Sattledt, Seewalchen, Sierning, Steinerkirchen, Steyr, Traun, Vöcklabruck, Vöcklamarkt, Vorchdorf, Waizenkirchen, Wels, Windhaag, Zell bei Zellhof, Zwettl an der Rodl.

2. Übertragungstechnik

Das bestehende Koaxialkabel Wien - Linz bzw. Linz - Salzburg wurde durch ein neues Übertragungssystem auf eine Kapazität von 2700 Fernsprechanälen erweitert. Auf neuen Koaxialkabeln wurde in den Abschnitten Linz - Freistadt und Linz - Steyr ein System für je 960 Fernsprechanäle eingerichtet.

In den bestehenden Kabelanlagen wurden 67 neue Systeme für die Übertragung von je 12 Fernsprechanälen ("Z 12-Systeme") in Betrieb genommen.

Die Umsetzereinrichtungen in den Trägerfrequenz-Ämtern wurden um 320 Kanalumsetzergarnituren für je 12 Fernsprechanäle erweitert.

Durch die Errichtung des Richtfunkturmes Ansfelden wurde es möglich, Mitte des Jahres 1978 je einen Richtfunkkanal für 1800 Fernsprechanäle zwischen Linz und Salzburg sowie zwischen Linz und Wien in Betrieb zu nehmen.

./.

- 205 -

In den öffentlichen Personenrufdienst wurden die Versorgungsbereiche Braunau, Enns, Frankenmarkt, Gmunden, Linz, Ried im Innkreis, Schärding, Seewalchen, Steyr, Vöcklabruck und Wels einbezogen.

Für den öffentlichen beweglichen Landfunkdienst ("Autotelefon") wurde der Streckenabschnitt Linz - Sattledt - Salzburg (Staatsgrenze) fertiggestellt und damit die Lücke in der Versorgung der Weststrecke geschlossen. Nunmehr können Ferngespräche von und zu Fahrzeugen auf der Autobahn Wien - Innsbruck (über die deutsche Autobahn) nahezu bis zur Staatsgrenze am Brenner geführt werden.

3. Vermittlungstechnik

Während der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden bisher 31 Wählamtscontainer und folgende neue Wählämter in Betrieb genommen:

Altenberg, Andrichsfurth, Altmünster, Bad Hall, Dietachdorf, Enns, Esternberg, Friedburg, Gutau, Katsdorf, Lichtenberg, Linz/Anastasius Grünstraße, Lochen, Maria Neustift, Mettmach, Neumarkt im Mühlkreis, Ostermiething, Rainbach im Mühlkreis, St. Aegidi, St. Marien bei Neuhofen, St. Marienkirchen an der Polsenz, St. Martin im Innkreis, Schwand, Schwanenstadt, Steyr-Tabor, Strobl, Traunkirchen, Vichtenstein, Weyregg und Wildshut.

Durch diese Maßnahmen und durch die Erweiterung bestehender Wählämter wurde die Aufnahmefähigkeit der Wählämter Oberösterreichs für Fernsprechnauptschlüsse von Ende 1975 bis Ende 1978 um 76.628 erhöht und dem steigenden Verkehr Rechnung getragen.

Die Aufnahmefähigkeit der Fernschreibämter Oberösterreich für neue Fernschreibanschlüsse wurde von Ende 1975 bis Ende 1978 um 700 erhöht.

Neben dem Ausbau der Wählämter Oberösterreichs für die Herstellung neuer Anschlüsse wurden, dem stark steigenden Verkehr entsprechend, die Fernverkehrseinrichtungen im notwendigen Ausmaß ausgebaut. Im besonderen wurde 1976 das neue Hauptbereichsamt Linz-Fadingerstraße in Betrieb genommen, das mit Einrichtungen des modernen, teilelektronischen Wählsystems ESK-F ausgestattet wurde. Auch das Verbundamt Mondsee wurde im selben Jahr fertiggestellt.

Dem gegebenen Bedarf an neuen Anschlüssen folgend, werden im Jahre 1979 in Oberösterreich neben der Erweiterung bestehender Wählämter die nachstehend angeführten neuen Wählämter in Betrieb genommen bzw. errichtet werden:

- 206 -

Alberndorf, Altheim, Asten, Attnang, Behamberg, Braunau am Inn, Gallneukirchen, Gramastetten, Kematen an der Krems, Krenglbach, Laakirchen, Lembach im Mühlkreis, Mauthausen, Mitterkirchen, Ottensheim, Peuerbach, Pöndorf, Ried im Traunkreis, Steinerkirchen und Wilhering.

Dadurch wird die Aufnahmefähigkeit der Wählämter in Oberösterreich 1979 um insgesamt 25.000 Fernsprechhauptanschlüsse zunehmen.

Auch die Fernwählämter in Oberösterreich werden, dem steigenden Bedarf entsprechend, weiter ausgebaut werden. So ist für die 1. Hälfte 1979 die Inbetriebnahme des ebenfalls mit ESK-F-Einrichtungen ausgestatteten neuen Netzgruppenamtes Ried im Innkreis vorgesehen. Weiters wird 1979 das Verbundamt Braunau am Inn mit solchen modernen Vermittlungseinrichtungen ausgestattet werden.

Die Aufnahmefähigkeit der Fernschreibämter Oberösterreichs für neue Fernschreibanschlüsse wird 1979 um 150 erhöht und die erwartete Verkehrssteigerung entsprechend berücksichtigt werden.

Auch in Oberösterreich wurden die von den Teilnehmern gern in Anspruch genommenen Kurzwahlverbindungen weiter ausgebaut. Derzeit sind in diesem Bundesland bereits 15 Kurzwahlverbindungen in Betrieb. 1979 sind Kurzwahlverbindungen von Bad Ischl und Perg nach Linz vorgesehen. Der weitere Ausbau des Kurzwahlnetzes wird dem Bedarf entsprechend erfolgen.

IV. HOCHBAU

1. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden folgende Neubauten (Erweiterungsbauten) fertiggestellt:

Postamt 4600 Wels (Zubau)

Postamt St. Georgen im Attergau

Verbundamt Steyr-Tabor mit Postamt 4403 Steyr

Fernmeldegebäude Linz-Fadingerstraße, 2. Bauteil

Wählamt und Telegraphenbauamt Linz, Anastasius Grün-Straße (Erweiterungsbau)

Wählamt Alberndorf in der Riedmark

Wählamt Altheim, Oberösterreich

Wählamt Altmünster

Wählamt Andrichsfurt

Wählamt Asten, Oberösterreich

Wählamt Attnang-Puchheim

Wählamt Bad Hall

Wählamt Dietachdorf

Wählamt Enns

Wählamt Esternberg

Wählamt Gallneukirchen

- 207 -

Wahlamt Katsdorf
Wahlamt Kematen an der Krems
Wahlamt Krenglbach
Wahlamt Lembach im Mühlkreis
Wahlamt Maria Neustift
Wahlamt Mauthausen
Wahlamt Mettmac..
Wahlamt Neumarkt im Mühlkreis
Wahlamt Ostermiething
Wahlamt Ottensheim
Wahlamt Pöndorf
Wahlamt Ried im Traunkreis
Wahlamt St. Marien bei Neuhofen
Wahlamt Schwand im Innkreis
Wahlamt Schwarzenstadt
Wahlamt Steinerkirchen an der Traun
Wahlamt Weyregg
Wahlamt Wildshut
Wahlamt Wilhering

Postgarage Gmunden

Postautowerkstätte Linz-Wegscheid, Spritzlackiererei

Richtfunkstation Ansfelden

2. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden folgende
Postämter umgebaut, instandgesetzt oder in neu
erworbene bzw. neu angemietete Räume verlegt:

Altenfelden
Attnang-Puchheim (Teilverlegung)
Bad Zell
Geinberg
Grünberg, Oberösterreich
Helfenberg
Kematen an der Krems
Kirchheim im Innkreis
Klaus an der Pyhrnbahn
Kleinzell im Mühlkreis
Kollerschlag
Lembach im Mühlkreis
4017 Linz, Donau
4018 Linz, Donau
4043 Linz-Pöstlingberg
Mistelbach bei Wels
Mönchdorf
Neufelden
Neukirchen bei Altmünster
Neukirchen bei Lambach
Putzleinsdorf
Reichenau im Mühlkreis
Ried im Traunkreis
Riedau
Roßleithen
St. Aegidi
St. Johann am Walde
St. Marienkirchen an der Polsenz
Sarleinsbach
Schardenberg

- 208 -

Schenkenfelden
Schwertberg
4406 Steyr
Suben
Ternberg
Tragwein
Ungenach
Wallern an der Trattnach
Wartberg ob der Aist
Waxenberg
Wendling bei Haag
Weyer, Oberösterreich

3. Zum 31. Jänner 1979 befinden sich folgende Neubauten im Bau:

Postamt Andorf, Oberösterreich
Postamt Pettenbach, Oberösterreich
Verbundamt Braunau am Inn
Verbundamt Gmunden
Verbundamt Wels (Erweiterungsbau)
Post- und Wählamt Gramastetten
Wählamt Traun

Fernmeldegarage Braunau am Inn
sowie 4 Wählerhaus-Einheitstypen

4. Mit folgenden größeren Neubauten (Erweiterungsbauten) soll noch im Jahr 1979 begonnen werden:

Postamt 4400 Steyr-Bahnhof
Post- und Wählamt Bad Goisern (Erweiterung)
Post- und Wählamt Linz-Kleinmünchen
Post- und Wählamt Linz, Steg-Dornach
Post- und Wählamt St. Georgen an der Gusen
Verbundamt Neufelden (Erweiterung)
Wählamt Haid bei Ansfelden
Wählamt Marchtrenk (Erweiterung)
Wählamt St. Wolfgang im Salzkammergut (Erweiterung)
Bautruppgebäude Gmunden
Postgarage Steyr
Postgarage Grieskirchen und Bautrupppunterkunft

- 209 -

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

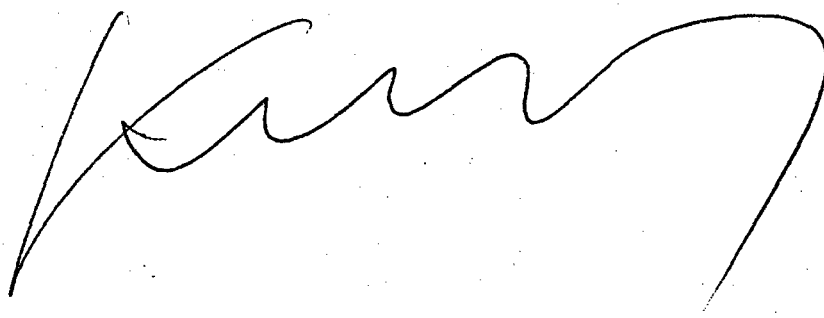
Seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung wurden in den Jahren 1975 bis 1978 für das Bundesland Oberösterreich Aufwendungen für Studentenheime und Mensen in der Höhe von 37'593 Mill.S aufgewendet. Aus dem Linzer Hochschulfonds wurden 257'810 Mill.S an Förderungen vergeben. Für die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz wurden (im Jahre 1978) 3 Mill.S, für das Universitäts-sportinstitut Linz 2 Mill.S aufgewendet. Für wissenschaftliche Einrichtungen wurden 1'544 Mill.S an Förderungsausgaben getätigt. Für Expertengutachten und Auftragsforschung wurden im oben erwähnten Zeitraum 4'379 Mill.S aufgewendet. Während aus dem Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (Universitäten und Kunsthochschule) 18'347 Mill.S und aus dem Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft (gefördert wurden: Gemeinschaftsforschungsinstitute, sonstige unabhängige Forschungsinstitute, Betriebe, Fachverbände, Einzelforscher und Arbeitsgemeinschaften) in der Höhe von 161'250 Mill.S zur Verfügung gestellt. Die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft erzielt 5'323 Mill.S und die Österreichische Akademie der Wissenschaften (Institut für Limnologie - Forschungsinstitut Mondsee) 11'310 Mill.S an Förderungen.

An die Universität für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften Linz wurde insgesamt 548'5 Mill.S, an die Universitätsbibliothek insgesamt 55'2 Mill.S und an die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz 78'2 Mill.S (in allen 3 Fällen beinhalten die Aufwendungen den Personalaufwand, die Anlagen und den Sachaufwand) zur Auszahlung gebracht. Die Kunsthochschulen wurden mit 0'090 Mill.S, die Museen (Zuschüsse an Träger des öffentlichen Rechtes, Unternehmungen, private Haushalte und nicht auf Gewinn berechnete Institutionen) mit 2'084 Mill.S gefördert. Für den Denkmalschutz zur Erhaltung und Pflege von Denkmälern, Profan- und Sakralbauten und Fassaden

- 210 -

wurden in diesen Jahren 28'206 Mill.S an Förderungsausgaben vergeben.

Im übrigen darf ich auf die beiliegende detaillierte Übersicht über die Maßnahmen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, aus der insbesondere Details über die Denkmalpflege zu entnehmen ist, verweisen.

A large, stylized handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke.

BUNDESMINISTERIUM
für
WISSENSCHAFT und FORSCHUNG

Kapitel 14

LEISTUNGEN
für das
BUNDESLAND
OBERÖSTERREICH
ab
1970*

QUELLEN:

1. Bundesrechnungsabschlüsse
2. Arbeitsberichte des Bundesministeriums für
Wissenschaft und Forschung
3. Berichte der Bundesregierung an den Nationalrat
(BMWF) gemäß §24, Abs. 3 des Forschungsförderungs-
gesetzes 1967
4. Meldungen der Fachabteilungen

* Grundsätzlich ab 1970, durch Änderung der Erfassungsmethodik wird ab 1975 ein noch detaillierteres Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt.

BUNDES LANDOBERÖSTERREICHZUSAMMENSTELLUNG

Finanzges.	Ausgaben für:	Gebahrungserfolge
Ansatz:		1970 bis 1978:
1/14106	Studentenheime und Mensen	56,923
1/14108	Linzer Hochschulfonds	404,836
	Hochschule f. künstlerische und industrielle Gestaltung	3,000
	Universitätssportinstitut Linz	2,000
1/14116	Wissenschaftliche Einrichtungen	1,544
1/14138	Expertengutachten u. Auftragsforschung	5,979
1/14146	Fonds zur Förderung der wissenschaftl. Forschung	25,319
1/14156	Forschungsförderungsfonds der gewerbl. Wirtschaft	300,315
1/14166	Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft	7,093
1/14176	Österr. Akademie der Wissenschaften	14,310
1/1420	Universität Linz	817,400
1/1423	Universitätsbibliothek	78,200
1/1430	Kunsthochschule Linz	92,200
1/14306	Kunsthochschule Linz	0,090
1/14406	Museen	3,209
1/14506	Denkmalschutz	42,636
	Denkmalpflege	
	Bauliche Maßnahmen	
	Kap. 14 - Gesamtsumme	<u>1.855,054</u>

O B E R Ö S T E R R E I C HAufwendungen für Studentenheime und Mensen

Jahr: Förderungen in Mill. S: Total:

1970	1,050	
1971	3,060	
1972	4,750	
1973	4,600	
1974	5,870	
1975	8,547	
1976	12,813	
1977	9,798	
1978	6,435	56,923

37,593

Zur Errichtung und Instandhaltung von Studentenheimen und Mensen wurden an folgende Empfänger Förderungsmittel vergeben: Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs, Studentenhilfsverein Linz, Oberösterreichisches Studentenwerk Linz, Katholische Hochschuljugend Österreichs, Diözese Linz, Verein zur Führung der Mensa an der Universität Linz.

OBERÖSTERREICHLINZER HOCHSCHULFOND - Förderungsausgaben

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill. S.:</u>	<u>Total:</u>
--------------	---------------------------------	---------------

1970	20,000	
------	--------	--

1971	19,426	
------	--------	--

1972	20,000	
------	--------	--

1973	30,600	
------	--------	--

1974	<u>57,000</u>	
------	---------------	--

1975	62,257	
------	--------	--

1976	61,110	
------	--------	--

1977	59,443	
------	--------	--

1978	<u>75.000</u>	404,836
------	---------------	---------

257.810

OBERÖSTERREICHAUFWENDUNGEN - HOCHSCHULE FÜR KÜNSTLERISCHE UND INDUSTRIELLE GESTALTUNG
LINZ

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill. S:</u>	<u>Total:</u>
--------------	--------------------------------	---------------

1970

1971

1972

1973

1974

1975

1976

1977

1978

3,000

3,000

OBERÖSTERREICHEXPERTENGUTACHTEN UND AUFTRAGSFORSCHUNG - AUFWENDUNGEN

Jahr: Förderungen in Mill. S: Total:

1970	--	
1971	0,400	
1972	0,400	
1973	0,400	
1974	<u>0,400</u>	
1975	0,770	
1976	1,274	
1977	1,800	
1978	<u>0,535</u>	5,979
	4379	

OBERÖSTERREICHFONDS ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNGUNIVERSITÄTEN UND KUNSTHOCHSCHULE

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill. S:</u>	<u>Total:</u>
--------------	--------------------------------	---------------

1970	--	
------	----	--

1971	1,102	
------	-------	--

1972	1,032	
------	-------	--

1973	3,185	
------	-------	--

1974	1,653	
------	-------	--

1975	3,973	
------	-------	--

1976	4,015	
------	-------	--

1977	4,463	
------	-------	--

1978	5,896	
------	-------	--

		25,319
--	--	--------

218347

O B E R Ö S T E R R E I C HForschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft

Gefördert wurden: Gemeinschaftsforschungsinstitute, sonstige unabhängige Forschungsinstitute, Betriebe, Fachverbände, Einzelforscher und Arbeitsgemeinschaften.

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill. S:</u>	<u>Total:</u>
1970	6,429*	
1971	25,186	
1972	25,637	
1973	40,437	
1974	41,376	
1975	45,419	
1976	30,329	
1977	38,906	
1978	46,596	300,315

* VIII-XII 1970, vorher beim BM f. Handel, Gewerbe und Industrie veranschlagt gewesen.

OBERÖSTERREICHLudwig-Boltzmann-Gesellschaft

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill. S:</u>	<u>Total:</u>
1970	0,150	
1971	0,250	
1972	0,300	
1973	0,400	
1974	0,670	
1975	0,980	
1976	1,030	
1977	1,388	
1978	1,925	7,093

O B E R Ö S T E R R E I C HÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Institut für Limnologie - Forschungsinstitut - Mondsee

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill. S:</u>	<u>Total:</u>
1970	--	
1971	--	
1972	--	
1973	--	
1974	3,000	
1975	2,450	
1976	2,860	
1977	3,000	
1978	3,000	14,310

OBERÖSTERREICHUNIVERSITÄT FÜR SOZIAL- U. WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN LINZ

<u>Jahr:</u>	<u>Personalaufwand:</u>	<u>Anlagen:</u>	<u>Sachaufwand:</u>	<u>Total:</u>
1971	29,4	--	11,1	40,5
1972	37,7	2,1	14,1	53,9
1973	48,8	2,5	28,0	79,3
1974	58,5	4,1	32,6	95,2
1975	73,3	11,2	35,3	119,8
1976	80,6	8,3	42,0	130,9
1977	89,5	6,2	46,9	142,6
1978	102,3	5,2	47,7	155,2
	<u>520,1</u>	<u>39,6</u>	<u>257,7</u>	<u>817,4</u>

in Mill. S.

OBERÖSTERREICHUNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK

<u>Jahr:</u>	<u>Personalaufwand:</u>	<u>Anlagen:</u>	<u>Sachaufwand:</u>	<u>Total:</u>
1971	2,4	0,1	0,9	3,4
1972	2,9	0,2	1,7	4,8
1973	3,6	0,1	3,1	6,8
1974	4,2	0,1	3,7	8,0
1975	6,2	0,1	4,6	10,9
1976	6,5	0,2	5,6	12,3
1977	7,1	0,4	5,4	12,9
1978	7,7	0,1	11,3	19,1
	40,6	1,3	36,3	78,2

in Mill. S.

OBERÖSTERREICHHOCHSCHULE FÜR KÜNSTLERISCHE UND INDUSTRIELLE GESTALTUNG LINZ

<u>Jahr:</u>	<u>Personalaufwand:</u>	<u>Anlagen:</u>	<u>Sachaufwand:</u>	<u>Total:</u>
1973	0,9	1,5	0,8	3,2
1974	4,9	1,3	4,6	10,8
1975	7,1	1,4	7,0	15,5
1976	8,8	1,8	10,2	20,8
1977	9,7	1,1	9,6	20,4
1978	9,9	1,0	10,6	21,5
	<u>41,3</u>	<u>8,1</u>	<u>42,8</u>	<u>92,2</u>

in Mill. S.

O B E R Ö S T E R R E I C HFÖRDERUNGS AUSGABEN IM BEREICH DER KUNSTHOCHSCHULEN

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill. S:</u>	<u>Total:</u>
--------------	--------------------------------	---------------

1970	--	
------	----	--

1971	--	
------	----	--

1972	--	
------	----	--

1973	--	
------	----	--

1974	--	
------	----	--

1975	0,050	
------	-------	--

1976	0,020	
------	-------	--

1977	0,020	
------	-------	--

1978	--	0,090
------	----	-------

OBERÖSTERREICHMUSEEN

Förderungsausgaben

das sind Zuschüsse an Träger des öffentlichen Rechtes, Unternehmungen, private Haushalte und nicht auf Gewinn berechnete Institutionen.

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill. S:</u>	<u>Total:</u>
1970	0,020	
1971	--	
1972	0,163	
1973	0,082	
1974	0,260	
1975	0,090	
1976	0,280	
1977	0,628	
1978	1,086	3,209

OBERÖSTERREICH

Förderungsausgaben für den Denkmalschutz zur Erhaltung und Pflege von
Denkmälern, Profan- und Sakralbauten und Fassaden.

<u>Jahr:</u>	<u>Förderungen in Mill. S:</u>	<u>Total:</u>
1970	2,180	
1971	2,153	
1972	2,787	
1973	3,070	
1974	4,240	
1975	7,878	
1976	6,523	
1977	7,358	
1978	6,447	42,636

OBERÖSTERREICHDENKMALPFLEGE1 9 7 1

Die dem Landeskonservator für Oberösterreich zur Verfügung gestellten Kredite wurden sehr gezielt zu Gunsten einiger Großprojekte, deren denkmalpflegerische Bedeutung weit über die Grenzen Österreichs bekannt ist, eingesetzt. Es handelt sich hierbei um sieben größere Restaurierungsvorhaben, zu denen folgende finanzielle Beihilfen beigesteuert wurden:

Stift Kremsmünster:	S 210.000,--
Instandsetzung der Fischbehälter	
Stift St. Florian:	S 400.000,--
Restaurierung der Turmfassaden und des Stiftsmeierhofes	
Stift Wilhering:	S 100.000,--
Restaurierung des Inneren der ehemaligen Rokoko-Stiftskirche	
Schloß Hohenbrunn:	S 250.000,--
Wiedererrichtung und Restaurierung	
Spital/Pyhrn:	S 150.000,--
Restaurierung der ehemaligen Stiftskirche	
Stadl-Paura:	S 175.000,--
Instandsetzung und Restaurierung der Dreifaltigkeitskirche	
Linz:	S 150.000,--
Restaurierung der Ursulinenkirche	

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß in Oberösterreich in zwei Städten die Fassadenerneuerungsaktion durchgeführt worden ist: In Steyr wurde bereits die 3. Phase, in Braunau am Inn die 1. Bauphase abgewickelt, für welche das Ministerium einen Kostenzuschuß von je S 100.000,-- zur Verfügung gestellt hat.

1 9 7 2
=====

In diesem Bundesland wurden an ca. 120 Bauwerken denkmalpflegerische Maßnahmen getroffen.

Als Schwerpunkte der denkmalpflegerischen Arbeit sind die Sanierung und Restaurierung der Stifte Kremsmünster, Wilhering und Reichersberg zu qualifizieren. Ferner wurde eine Anzahl von Pfarrkirchen mit Unterstützung des Bundesdenkmalamtes instandgesetzt.

1 9 7 3
=====

Als das aufwendigste Restaurierungsvorhaben in Oberösterreich muß das Stift KREMSMÜNSTER bezeichnet werden. Der Bund hat die Instandsetzungskosten für die bedeutende Sternwarte übernommen und die Leistung eines finanziellen Zuschusses in der Gesamthöhe von 1 Mill. Schilling, verteilt auf die Jahre 1973 bis 1977, zugesagt. Zusammen mit der Subvention des BDA beläuft sich der finanzielle Zuschuß des Bundes für den Berichtszeitraum auf S 450.000,--.

Nach der Größenordnung der jeweils gewährten Subventionen gereiht, rangieren auf dem Sektor der sakralen Denkmalpflege folgende Projekte:

REICHERSBERG/Inn, wo im Jahre 1974 die Schwanthaler-Ausstellung stattfinden wird. Für die Restaurierungsarbeiten wurde ein Betrag von S 300.000,-- zur Verfügung gestellt.

STADL-PAURA, Dreifaltigkeitskirche, Fortführung der Innenrestaurierung mit einer Subvention von S 300.000,--.

ST. FLORIAN, Stiftsmeierhof, Fassadeninstandsetzung, Subvention des Bundes S 250.000,--.

SCHLIERBACH, Kloster, Fortsetzung der bereits seit Jahren laufenden Restaurierungsarbeiten, Subvention des Bundes S 200.000,--.

Als Schwerpunkte auf dem Sektor der profanen Denkmalpflege sind Schloß HOHENBRUNN und Schloß SCHARNSTEIN zu erwähnen, wo umfangreiche Instandsetzungs- und Restaurierungsarbeiten durchgeführt und finanziell gefördert wurden.

1 9 7 4

Dem Jahresbericht des Landeskonservators für Oberösterreich, ist zu entnehmen, daß im Jahr 1974 an rund 170 Objekten denkmalpflegerische Maßnahmen getroffen wurden. 27 Vorhaben entfallen auf Profanbauten. Hervorzuheben ist die Instandsetzung der Ennser Stadmauer, die Restaurierung des Säulenarkadenhofes des Hauses Schmidtgasse 25 in Wels und die Horizontalisolierung des Hauses Kirchberg 45 in Kremsmünster. Weiters wurden Arbeiten an 23 Burgen, Schlössern und Ruinen durchgeführt. Auf Anregung der Gemeinde wurde mit der Sanierung des Schlosses Freistadt begonnen. Sicherungsarbeiten wurden am Schloß Almegg, an der Burg Klam und an den Ruinen Lichtenberg und Schaumberg durchgeführt. Die umfassenden Restaurierungsarbeiten an den Schlössern Scharnstein (Museum) und Zell an der Pram (Oberösterreichisches Kulturzentrum) wurden fortgesetzt.

Von den an 10 Klöstern und Stiften durchgeführten Arbeiten standen die Fassadeninstandsetzung des Stiftes Kremsmünster, die Sanierung und Revitalisierung des ehemaligen Ursulinenklosters in Linz, die Dachinstandsetzung des Stiftes St. Florian und die Instandsetzung des Stiftes Wilhering im Vordergrund. Weiters wurden an 17 Pfarrkirchen und 15 Filialkirchen Restaurierungen durchgeführt. Die Arbeiten an der Dreifaltigkeitskirche Stadl-Paura und an der Kalvarienbergkirche in Hallstatt wurden fortgesetzt. Die durch einen Brand sehr gefährdeten Stuckdecken im Pfarrhof von Thalheim bei Wels wurden abgenommen und nach der Dach- und Deckenerneuerung wieder appliziert.

Im Rahmen der Fassadeninstandsetzungsaktionen in Braunau, Freistadt und Steyr wurden 50 Objekte restauriert.

1 9 7 5

Zu den Großvorhaben in Oberösterreich zählt die Revitalisierung des Prunerstiftes in Linz zu einer Musikschule und das Ursulinenkloster, ebenfalls in der Landeshauptstadt, zum Oberösterreichischen Kulturzentrum. Die Arbeiten an den beiden letztgenannten Objekten werden noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. An den Schlössern Almegg, Freistadt, Neuhaus, Scharnstein, Ort bei Gmun-

den, Steyregg und Zell an der Pram wurden umfangreiche Maßnahmen getroffen. Mit der Sanierung der Bibliotheksräume im Schloß Lamberg in Steyr konnte ein wesentlicher Fortschritt in der geplanten Gesamtrestaurierung erzielt werden. Die Gesamtrestaurierung des Stiftes Kremsmünster wurde heuer mit großem Elan fortgesetzt. Die Restaurierung der Stiftskirche in Wilhering wurde im wesentlichen abgeschlossen. Beendet wurde auch die mehrere Jahre dauernde Gesamtrestaurierung der Dreifaltigkeitskirche in Stadl-Paura. Bezüglich der Erhaltung von wirtschaftsgeschichtlichen und technischen Denkmalen wären die Arbeiten am Sensenschmiedwerk "Am Gries" in Micheldorf und am Stiftsmeierhof in St. Florian anzuführen.

An kleinen Objekten wären etwa die Häuser Hartheim 34, Kremsmünster, Kirchberg 45, Traunkirchen 3. und Steyr, Kirchengasse 16 zu nennen. In Linz wurde das Haus Auf der Gugl 48, eine qualitätsvolle, neuzeitliche Villa baul. instandgesetzt.

In den Orten Braunau am Inn, Enns und Steyr wurden über Initiative der jeweiligen Stadtverwaltung unter Mitarbeit des Bundesdenkmalamtes Studien zur Funktionssicherung und Revitalisierung durchgeführt. Fassadenaktionen gab es in Braunau am Inn, Enns, Freistadt, Gmunden, Ried im Innkreis, Steyr und Wels.

1 9 7 6
=====

Enns: Im Stadtgebiet von Enns konnten mehrere wertvolle römische Funde im Rahmen von Rettungsgrabungen geborgen werden.

Mond- und Attersee: Fortsetzung der Vermessung und Lokalisierung der prähistorischen Pfahlbauten zwecks Unterschutzstellung.

Kremsmünster: Verzeichnung von archäologischen Funden, die im Zuge von Bauarbeiten im Norden der Stiftskirche zutage getreten sind.

In Oberösterreich wurden 170 Vorhaben betreut. An folgenden Bauwerken wurden Revitalisierungsmaßnahmen getroffen:

Bad Ischl, Marmorschlössl (Photomuseum); Linz, Ursulinenkloster (Landeskulturzentrum); Micheldorf, Sensenschmiedwerk (Sensenschmiedmuseum); Schloß Sierning

(Sitz des Traunviertler Kulturvereines); und Schloß Zell an der Pram (Musisches Bildungsheim des Landes).

Eine bauliche Sanierung, vor allem der Dachzonen, erfolgte an den Schlössern Achleiten, Almegg, Dietach bei Wels, Hartheim, Holzheim, Ort und Wels; weiters wurden die Fassaden der Schlösser Bogenhofen, Frankenburg, Parz und Tillysburg restauriert. Besonders umfangreiche Arbeiten wurden an folgenden Sakralbauten durchgeführt: Linzer Dom (Turmsanierung), Wilhering (Restaurierung der Stiftskirche) und Kremsmünster (Gesamtsanierung); außerdem an den Pfarrkirchen in Christkindl, Hallstatt und Schärding.

Erheblichen Aufwand erforderte auch die Sanierung von fünfzehn Filialkirchen. Da die seelsorgerische Bedeutung dieser Kirche meist zurückgegangen ist, müssen in den meisten Fällen die öffentliche Hand, private Mäzene oder diverse Organisationen und Institute finanziell zur Seite stehen, zumal es sich um sehr bedeutendes Kulturgut handelt.

1 9 7 7

Hier wurden rund 220 denkmalpflegerische Vorhaben registriert. Das jahrelang leerstehende Marmorschlößl in Bad Ischl wird in Hinkunft als Photomuseum verwendet werden, nachdem die umfangreichen Sanierungsarbeiten vor dem Abschluß stehen. Eine neue Widmung erhalten auch das Schloß Ebelsberg (Kulturzentrum), das ehemalige Sensenschmiedwerk in Micheldorf (Sensenschmiedmuseum), der Stiftsmeierhof in St. Florian (Sitz verschiedener Organisationen, Seniorenverband etc.) und das Schloß Zell an der Pram (Bildungsheim). An sämtlichen Objekten wurden umfangreiche Wiederherstellungsarbeiten durchgeführt.

Die größten Vorhaben in diesem Bundesland, die Revitalisierung des ehemaligen Ursulinenklosters in Linz und die Gesamtsanierung des Stiftes Kremsmünster, konnten abgeschlossen werden. Im Zuge der Erhaltungsmaßnahmen für die charakteristische Dachlandschaft von Hallstatt wurden weitere elf Dächer instandgesetzt. Auch die mit großem Erfolg laufende Kapellen- und Bildstockaktion wurde finanziell und durch Beratung unterstützt. Umfangreiche Sanierungsmaßnahmen wurden an 17 Burgen und Schlössern durchgeführt.

Auf dem Gebiet der Sakralbauten sind die Arbeiten an der ehemaligen Stiftskirche Spital am Pyhrn, an der ehemaligen Stiftskirche Mondsee, an der Stiftskirche Mondsee, an der Stiftskirche Wilhering und an den Kirchen in Weigersdorf, Steyr (Margaretenkapelle), Kematen, Hallstatt (evangelische Kirche), Bad Ischl und Linz (Martinskirche) hervorzuheben.

1 9 7 8
=====

In Oberösterreich war der vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung initiierten Fassadenaktion ein beachtlicher Erfolg beschieden. Nicht weniger als 150 Fassaden konnten im Rahmen dieser Aktion restauriert werden. Folgende, wegen ihrer Komplexität durch mehrere Jahre sich erstreckende Vorhaben konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden: Die Sanierung und Revitalisierung des ehemaligen Prunerstiftes in Linz als Musikschule, die Restaurierung und Revitalisierung des Marmorschlößls im Bereich der Kaiservilla in Bad Ischl zu einem Photomuseum, die Sanierung des Sensenschmiedwerkes in Micheldorf und des Schlosses Zell an der Pram. Die bedeutende Schloßanlage wird in Hinkunft als Bildungszentrum des Landes Oberösterreich eine neue Verwendung finden. Die Bemühungen um die Erhaltung der alten Dachlandschaft in Hallstatt sind weiter gediehen. Von den laufenden Vorhaben wären vor allem die Adaptierungsarbeiten der ehemaligen Kapuzinerkirche in Braunau am Inn, der Schlösser Ebelsberg-Linz und Sigharting sowie die Arbeiten am Stiftsmeierhof in St. Florian hervorzuheben. Am Schloß Lamberg in Steyr, welches 1980 Schauplatz der Landesausstellung über die Hallstattzeit sein wird, wurden umfangreiche Instandsetzungsarbeiten, wie Erneuerung des Ziegeldaches, Restaurierung der Hoffassaden und Sicherung des Vorwerkes durchgeführt. Im Berichtsjahr wurden in Oberösterreich 27 Burgen und Schlösser denkmalpflegerisch behandelt. Von den zahlreichen Aktionen an Sakralbauten seien nur einige herausgegriffen, so z.B.: die Restaurierung der Westfassade der Stiftskirche in Engelszell, die Westfassade des Stiftes Schlierbach oder die Generalsanierung der sehr bedeutenden Margaretenkapelle in Steyr.

OBERÖSTERREICHUNIVERSITÄTS- UND HOCHSCHULNEUBAUTEN UND INSTANDSETZUNGENUNIVERSITÄT

für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, TNF-Turm (erbaut durch Hochschulfonds) - seit 1972 in Bau - fertiggestellt + Hörsaaltrakt